

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 23 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Inferiorität-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 3. März 1896.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die politischen Parteien in Spanien.

Madrid, 28. Febr.

Die augenblicklich herrschende und fast unerträglich werdende Unsicherheit in den politischen Verhältnissen zwingt wieder einmal den Blick auf den Zusammenhang unserer politischen Parteien mit den Interessen des Landes und dem allgemeinen Volksbewusstsein. In allen parlamentarischen Ländern sollte es ja das politische Ideal sein, wenn in der Volksvertretung der wirkliche Wille des Volkes zum Ausdruck käme. Jedoch in keinem einzigen Lande wird dieses Ideal annähernd erreicht; aber nirgends besteht ein so schreiender Gegensatz zwischen Volksvertretung und Volkswillen, wie in Spanien.

Hier in Spanien ist das parlamentarische Leben bis auf die Stufe eines sinnlosen Fackelzuges herabgesunken; und das allgemeine Wahlrecht mit seinen anderen hoch klingenden Beiwörtern ist eine elende Farce geworden. Parlament und Wahlrecht, diese Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft, in denen man das letzte Ziel freierwilliger Bestrebungen fand, sind in Spanien so mißachtet und verhaßt, so mißbraucht und prostituiert, daß die Zahl derer, welche den Absolutismus oder gar die Diktatur herbeisehnen, eine sehr große ist. Das ist nur zu verständlich; denn die allgemeine Korruption ist so tief in das Volk gedrungen, daß parlamentarische Quackalbereien dem Uebel nicht mehr abhelfen können. Hier kann nur eine baldige Diktatur mit unumschränkter Gewalt vor einer plan- und ziellosen Revolution, die alles verschlingen würde und die nicht allzu lange ausbleiben kann, retten.

Die monarchischen Parteien haben vollständig abgewirksam; und die Monarchie selbst kriecht nur ein elendes Dasein dank der Blödigkeit des gesamten Volkes, das sich nicht der Kräfte bewußt ist, die in ihm schlummern, und das keine Ahnung hat von dem Gebrauch der Waffen, Parlament und Wahlrecht, welche ihm die geschnitzte Verfassung gewährt.

Soeben sind die liberalen Cortes, mit denen der konservative Ministerpräsident Canovas, wie er vorgibt, nicht zu regieren vermag, aufgelöst worden, obwohl die Liberalen ihm stets in Bezug auf die kubanische Frage in hohem Maße ihre Loyalität bezeugt haben und auch weiter entschlossen sind, alle Mittel zu bewilligen, welche zur Beseitigung des kubanischen Aufstandes notwendig erscheinen. Trotz dieser Versicherung hat Canovas die Cortes aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Morgen erfolgt die Bekanntmachung des Auflösungsdekretes; und wie es heißt, sollen die Neuwahlen am 12. April und 26. April (Kongress und Senat) stattfinden.

Die Konservativen betrachten sich als Herren der Lage und veröffentlichen schon die Listen der zu wählenden Kandidaten. Diese werden auch zweifellos gewählt, denn hier in Spanien sind bei den Wahlen die Wähler selbst unwesentlich und überflüssig, wenn nicht geradezu fehlend. Die Wahlen fallen stets so aus, wie die Regierung es will, gleichviel ob alle Stimmberechtigten wählen oder alle sich der Abstimmung enthalten.

Canovas hat für sich eine absolute Majorität von 280 Deputierten bestimmt; diese hungrigen, charakterlosen Politiker, welche mehrere Jahre in Madrid auf Pump gelebt haben, sind zum größten Teil schon in die Provinzen gereist und werden dort offiziell empfangen; denn sie sind, ob Wahl oder nicht, Deputierte.

120 Plätze räumt Canovas den Oppositionsparteien ein. Diese Plätze verteilen sich unter Liberale, Karlisten und Republikaner. Den Liberalen werden 80 Plätze eingeräumt, wenn sie sich den Konservativen unterwerfen; und die Republikaner schmelzen zu einer geringen Zahl zusammen; sie dürfen froh sein, wenn ihnen 10 Plätze in Gnadens gewährt werden. Die Herren Republikaner haben sich auch nicht fein und klug benommen; denn sie waren so unvorsichtig, auf den Kongressen der verflochtenen Wochen ihre Ohnmacht und Uneinigkeit zu zeigen. Wenn sie jetzt danach behandelt werden, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben. Die Karlisten werden dagegen mit Glacehandschuhen angefaßt und als Liebling behandelt; denn man weiß, daß sie entschlossen sind, bei günstiger Gelegenheit sich zu erheben. Fingerräumt man ihnen etwa 10 Plätze mehr ein. Nach Versicherung der offiziellen Zeitungen werden sie in den nächsten Kammern über etwa 25-30 Deputierten- und 8 Senatsitze verfügen; und Canovas denkt, wenn diese Herren aus dem Norden und aus Katalonien erst das lustige Leben in Madrid bei Champagner und schönen Mädchen kennen lernen, so werden ihnen schon die Revolutionsgedanken vergehen. Und die Sozialisten? Leider befinden die sich noch nicht auf der offiziellen Liste; jedoch ist es keineswegs ausgeschlossen, daß man ihnen einen oder zwei Sitze einräumt.

Das nennt man Volksvertretung, das nennt man parlamentarische Regierung! Mag die Korruption in anderen Ländern mit monarchisch-konstitutioneller oder republikanischer Regierung noch so groß sein, einen solchen Grad von offenkundiger Schamlosigkeit, wie in Spanien, hat sie gewiß nirgends erreicht. Die große Masse des Volkes sieht dieser Erscheinung indifferent und indolent gegenüber da; und leider nehmen diese verderblichen Eigenschaften von Tag zu Tag zu, so daß die Mächtigkeits herrschaft der Konservativen oder Liberalen wahre Orgien feiern kann und charakterlose Politiker sich auf Kosten des Volkes die Taschen füllen können.

Die Auflösung der Cortes konnte in keinem ungünstigeren Momente geschehen, als wie gerade jetzt. Auf Kuba lodert der helle Krieg, der dort geschnitzte Wahlen ohne weiteres ausschließt. Aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas erwartet man in diesen Tagen die Nachricht, daß man die Insurgenten auf Kuba als kriegsführende Macht anerkannt hat. Eine derartige Entscheidung bringt natürlich Konsequenzen mit sich, welche die sofortige Einberufung der Cortes absolut notwendig erscheinen lassen. Aber vor Mitte Mai können die Kammern nicht zusammentreten; es herrscht also mindestens eine 2 1/2 Monate lange parlamentslose Zeit, welche gefährlich werden kann.

Aber das kümmert einen Staatsmann wie Canovas nicht; er löst die Cortes trotz der wohlgemeinten Warnungen in Presse und politischen Kreisen auf. Damit übernimmt er eine große Verantwortlichkeit der Monarchie und dem Volke gegenüber. Das fahen auch er zu fühlen und wählte darum einen Teil der Verantwortlichkeit auf stärkere Schultern ab, auf den rücksichtslosen General Weyler, der den kubanischen Aufstand um jeden Preis in Blut erstickend soll.

An diesen telegraphische er nämlich am 21., ihn um seine Meinung behufs Auflösung der Cortes befragend. Glaube Weyler, daß sich mit Beibehaltung der liberalen Cortes die

Insel leichter pacifizieren lasse, so werde er (Canovas) mit seinen sämmtlichen Kollegen auf die Auflösung verzichten, aber auch zugleich die Regierung niederlegen. Am 24. erfolgte die Antwort Weyler's: die militärische und politische Situation und der Geist der Bevölkerung erlaubten sehr wohl, die Wahlen zu machen, besonders da man auf seine entschiedene Unterstützung rechnen dürfe.

Die Entscheidung in einer rein politischen Frage wird also dem Säbelregiment anheimgestellt; so arbeitet man der Militärdiktatur entgegen! Diese bedingungslose Unterwerfung der Konservativen unter einen durch seine Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit bekannten General wird die kühnste Militärdiktatur sich merken und in einem geeigneten Augenblick danach handeln.

Die Wahlen auf Kuba bedeuten nach den Versicherungen des Generals Weyler nichts anderes als eine elende Komödie. Wie gestimmt wird, wenn die Wähler an die Urne treten, läßt sich denken: Rominandorufe und Säbelgeräusch und blühende Kanonen auf den Straßen werden schon Eindruck machen. Man erwartet, daß die kubanischen Parteien, wenigstens die Autonomisten und Reformisten sich der Wahl enthalten werden.

Die Liberalen sind natürlich sehr ungehalten über die Auflösung der Cortes, wo sie bisher die Majorität hatten. In ihrer Presse schimpfen sie in der wüsten Weise auf die Rücksichtslosigkeit des Ministerpräsidenten Canovas. Die linke Seite der Liberalen scheint große Lust zu haben, einen Volksprotest gegen Canovas zu provozieren. Ob sie sich aber dazu aufraffen werden, scheint bei der Feigheit und Heuchelei Sagasta's und seiner nächsten Freunde sehr zweifelhaft. Andere fordern einen Parteibeschluß auf Wahlenthaltung; und die Zahl dieser ist nicht sehr gering. Es wäre ein löpliches Schauspiel, wenn die Liberalen sich der Wahl enthalten würden; denn dann wären die Konservativen unter sich allein, da auch die Karlisten in diesem Falle nicht stimmen würden.

Sagasta wird sich wohl zu einem Schachergeschäft mit Canovas bequemen, wie er es schon so oft gethan hat, obwohl er heute noch ganz rabiat erscheint.

Eine öffentliche Manifestation gegen Canovas könnte gar leicht zu weiteren Ereignissen führen; denn die Monarchie sieht auf sehr gebrechlichen Füßen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. März.

Der Reichstag begann heute die von den Zuckerprohibitoren so heiß ersehnte erste Beratung der Zucker-vertügerungs-Vorlage. Die Rechte hörte mit Geduld und Vergnügen den langathmigen Auseinandersetzungen des Staatssekretärs von Posadowsky zu, dessen Verantwortung der Vorlage allerdings für die Rechte der rechte Zucker war. Mit „anatomischer Ruhe“ wollte er, wie er sagte, die Vorlage begründen — außer der „Verankerung“ der deutschen Sprache durch diese an Posen's Gedulde erinnernde Wortbildung bot er aber nichts, was nicht schon in allen agrarischen Zeitungen

69

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

89.

Langenberg hatte seinem Freunde Händrich auch noch geschrieben, daß er nicht mehr nach der Residenz H. zurückkehren werde. Wo aber befand er sich? Wohin hatte er sich gewendet und was war aus Clotilden, seiner Frau, geworden? Um das zu erfahren, lehren wir dahin zurück, wo wir sie verließen: Clotilde bewußtlos in dem Wagen liegend, in welchem sich auch der Oberförster, seine Frau und deren Bruder befanden.

Die Oberförsterin war noch immer bemüht von Zeit zu Zeit der Kranken mit Aether Stirn und Schläfe zu benehen. „Sie regt sich nicht, ich bekomme Angst,“ sagte sie, „wenn wir nur erst zu Haus wären.“

„Die Pferde greifen tüchtig aus,“ sprach Rüdorf. „Und was wird dort Mary sagen, wenn wir ihr eine fremde Kranke bringen,“ fragte ihr Mann.

„O die ist ja das Mitleid selbst, sie hätte ebenso gehandelt, ich trete für diese Nacht der Kranken mein Bett ab.“

Etwas anders, begann der Oberförster wieder, hätte ich mir den Doktor Langenberg doch gedacht Deiner Schilberung nach.

Als aufmerksamem Chemann habe ich ihn Dir geschildert, war er das nicht? Weil seine Frau im Fieber liegt, wurde er rücksichtslos gegen andere.

Da sind wir! rief Rüdorf, es ist noch Licht beim Major, sie spielen Schach.

Der Wagen hielt.

Da wurde auch schon die Haustür geöffnet, Mary trat mit Licht heraus, ansrufend: „Aber so spät!“

Steig Du nur zuerst aus und entschuldige Dich wegen der Fuhre,“ raunte der Oberförster seiner Frau zu.

Diese entwand sich auch schnell seinem helfenden Arm und sprang Mary entgegen, dieser in aller Kürze mittheilend, was vorgefallen.

Zwischen war Rüdorf ausgestiegen und nahm, unterstützt durch den Kutscher, dem Oberförster die Kranke ab, und beide trugen dieselbe ins Haus.

Der Major rückte, unterrichtet von Mary, in der Stube schon den Tisch vom Sopha ab und kam dann, um zu leuchten.

Es war der erste helle Lichtstrahl, der Clotilden direkt in's Angesicht fiel.

„Gott, das ist ja,“ rief Rüdorf, „Clotilde Brambach — ich wollte sagen, Dr. Langenberg's Frau,“ fiel sich verbessernd die Oberförsterin ein. „Tragt sie nur gleich nach oben,“ fuhr sie fort; „sie liegt im Fieber, hat Langenberg ja selbst gesagt, er wußte nicht, daß seine Frau im Fieberanfall fortgelaufen.“

In diesem Augenblicke erwachte Clotilde zum Bewußtsein: „Wo bin ich, rief sie, und sah sich rings um Kreise um. Als sie Rüdorf, der ihre Knie umfaßt hielt, sah und erkannte, schrie sie laut auf und verfiel wieder in ihren starkkrampfartigen Zustand.

„Nun rasch zu Bett und schnell zum Arzt!“ befahl der Major, der näher getreten war.

„So kommt,“ rief die Oberförsterin und wollte voran die Stiegen empor.

„Nein, hier unten,“ erwiderte Rüdorf, „in mein Zimmer soll sie, ich komme diese Nacht ja doch nicht zum Schlaf, ich muß sogleich zu Langenberg,“ dabei klinkte er mit dem Ellenbogen eine hinter ihm liegende Thür auf und trat rückwärts schreitend in ein Zimmer, das von einer mattröthen Kugel erleuchtet war.

Clotilde wurde auf das Bett gelegt.

Rüdorf und der Kutscher eilten hinweg, den beiden Frauen die Kranke überlassend.

Der Major rief noch Rüdorf zu: „Du mußt zu unserem in der Nähe wohnenden Hausarzte fahren, da der Weg zu Langenberg hin und zurück doch zu lang ist. Wo die Kranke solche Besorgniß erweckt, muß Doktor und Apotheke in der Nähe sein, und auch zwei Ärzte schaden nicht.“

„Du hast recht, ich eile.“

Rüdorf ging und der Oberförster, der dem Kutscher die Pferde nun übergeben, trat ein ins Haus.

Gleich darauf rollte der Wagen fort.

„Fähst Du endlich zu Bau?“ redete den Herrn von der Mühle der Major an; wegen Deiner Verspätung habe ich von meiner Frau zweimal Schach und matt aufgebraunt bekommen.“

„Das war ein Püschgang auf waidwundes Edelwild! Ja die Frauen!“ erwiderte der Oberförster. „Auch meine Frau ruhte nicht, bis wir die kranke Niets eingeladen und in Sicherheit gebracht, unbekümmert, ob sie damit Dir zur Last fällt.“

„Christenpflicht, komm!“ sagte der Major, indem er seinen Gast ins Zimmer drängte und Platz nehmen ließ.

„Die wird hier bessere Pflege finden als im Hotel. Daß dies auch Dr. Langenberg's Frau sein mußte!“

„Was sagst Du?“

„Eben wurde sie von uns erkannt.“

„Ist's möglich? Dann bekommt aber Langenberg seine Zuhumanität tüchtig heimgezahlt. Wir fahren bei ihm mit der unbekanntem Ohnmächtigen vor — ich treffe ihn — bitte ihn — er verweigert, die Kranke anzusehen — und nun ist das seine eigene Frau. Jetzt erkläre ich mir alles, Langenberg hatte Argentinien geholt, denn er gab mir davon; in diesem unbewachten Augenblicke ist seine Frau vom Fieber befallen fortgegangen und dann ohnmächtig geworden.“

„Eine schöne Hochzeitreise!“

„Nun, sie ist ja jetzt in guten Händen. Stecke auch Du Dir eine Zigarre an und erzähle: Wie war es denn beim Forstmeister?“

Während die Männer weiter plauderten, boten die Frauen alles auf, Clotilden bequem zu betten.

Dann eilte Mary in die Küche, um Thee zu kochen, denn ein heftiger Frost durchschüttelte jetzt die Kranke.

(Fortsetzung folgt.)

gestanden hätte. Abg. Richter trat ihm ebenso scharf als sachlich entgegen und zeigte, wie das finanzielle Aufgebau, das der Schahsekreter vorgezogen hatte, nichts als eine fata Morgana ist. Einer plötzlichen Steigerung der Zuckerpunkte werde nur ein noch größerer Krach folgen. Als Vertreter der kleinen, aber einflussreichen Partei, welche die Gesetzgebung zu Recht und Frommen bezieht, die da haben, pöfist, trat Graf Bismarck auf, der sich unter anderem die staatsmännische und volksfreundliche Weisheit leistete, daß die Konsumenten sich an die hohen Preise gewöhnen. Ja — ganz so wie das Pferd, dem der schlaue Bauer täglich eine Portion Hafer entzog! Als es sich daran gewöhnt hatte, gar nicht mehr zu essen, streckte es alle Viere von sich! Nachdem noch Graf Bismarck den Zuckersack als „Genusmittel“ proklamirt hatte — jeder Physiologe kann ihn darüber belehren, daß er ein sehr notwendiges Nahrungsmittel ist — und das öffentliche Mitleid für die „Nothleidenden“ zu erwecken versucht hatte, gab er auch noch einen Stich nach dem Präsidium, das den Zuckersack nicht den Gefallen gethan, vor der Vertagung das Gesetz zur Verhandlung zu bringen. Der Zentrums-Abgeordnete Spahn wies jede Verächtigung der Localität des Präsidenten sehr zutreffend zurück und erging sich dann in einer Reihe von Wem und Aber, aus denen nur das eine klar hervorging, daß das Centrum selbst noch nicht weiß, ob es für oder gegen die Vorlage stimmen soll. Herr Spahn persönlich ist für die Vorlage, nur will er die Gebrauchsabgabe nicht in der ganzen geforderten Höhe gewähren. Uebrigens birgt das Centrum noch weit energischerer Gegner der Vorlage in seinem Schoß — wie bei vielen wirtschaftlichen Fragen treibt es auch hier Wahlkreis-Politik. — Morgen Fortsetzung der Debatte; von unserer Fraktion sind Bod, dann Schippel gemeldet. —

Das preussische Abgeordnetenhaus sehte am Dienstag die zweite Beratung des Etats des Kultusministeriums fort. Da die Herren vom Centrum und der nationalliberalen Partei auch heute noch allerlei Kulturpaufereien auszusuchen hatten und sich genähigt fühlten, alles, was sie in den letzten drei Tagen bereits gesagt hatten, zu wiederholen, so wurde der Titel „Ministergehalt“ noch nicht bewilligt. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. —

Das Herrenhaus hielt am Montag eine kurze Sitzung ab, in welcher die Vorlage betr. die Forderung eines veränderten Bedienungspersonals des durch Brand zerstörten Fiedens Protterode in Verbindung mit einer Resolution angenommen wurde, wonach im Nothfalle für die Erhaltung des Fiedens auch mit Staatsmitteln eingetreten werden soll. Im übrigen erledigte das Haus eine Reihe von Petitionen ohne allgemeines Interesse. Der Termin der nächsten Sitzung ist unbestimmt. —

Wer regiert in Deutschland? Der nationalliberale Leipziger Gg.-Offizier, Professor und Reichstags-Abgeordneter Hoffe, der mit dem weltpolitischen Zukunftsstollen-Schwandel in Verbindung gebracht war, hat an das „Leipziger Tageblatt“ folgenden Schreibbrief gerichtet:

In der heutigen Morgenauflage Ihres geschätzten Blattes drucken Sie zu meinem Bedauern eine der „Weser-Zeitung“ zugegangene Privatkorrespondenz aus Celle nach, ohne diese durch eine kurze telephonische Anfrage bei mir auf ihre Wichtigkeit zu prüfen. Ich weiß in diesem Augenblicke natürlich noch nicht, was Herr Regierungsassessor Dr. Eugenberg in Celle wirklich gesagt hat und was in seiner Korrespondenz der Phantasie des Berichterstatters angehört. So viel steht aber fest, daß kein Offizier der Marineverwaltung mir gegenüber die Forderung von 200 Millionen für Marinezwecke, einen Kanzenwechsel oder die Auflösung des Reichstags in Aussicht gestellt hat, und daß ich weder Herrn Dr. Eugenberg noch sonst jemandem gegenüber derartiges behauptet habe. Es handelt sich hier wahrscheinlich um Wiedererwärmung von Gerüchten, die im Januar durch die Berliner Presse liefen und denen ich in jeder Beziehung fern stand. Die Stellung des „Alldeutschen Verbandes“ zur Flottenfrage habe ich in der Versammlung der Kolonialgesellschaft im Architektenhaus zu Berlin am 9. Februar d. J. dargelegt und gebe dies in ausführlicher Weise in der nächsten Nummer der „Alldeutschen Blätter“ zu thun. Lediglich hat der Alldeutsche Verband, der überhaupt keine Personenpolitik betreibt, durchaus keine Veranlassung, sich an einer gegen den Fürsten Hohenlohe gerichteten Bewegung zu betheiligen, dessen in den jüngsten Monaten betätigte „alldeutsche“ Politik vielmehr den ganzen Beifall des Verbandes hat.

Mit der Bitte um gefälligen Abdruck dieser Zeilen bin ich mit größter Hochachtung

Ihr ergebener
Professor Dr. Ernst Hoffe, M. d. N.,
3. St. Vor. des Alldeutschen Verbandes.

Aus jedem Wort schwingt die Verlegenheit. Die „alldeutsche“ Weltpolitik hat sich zu früh vorgewagt und war gar zu plump — da soll zurückgehört werden. Wir haben den Pferdesuß aber nicht bloß gesehen, sondern auch gepackt.

Die Ueberproduktion an Ärzten.

Paris, den 28. Februar 1896.

Die Körperschaft der Aerzte in Frankreich macht eine Krise durch, die von mehreren Gesichtspunkten aus eine augenfällige Analogie mit den Krisen hat, von denen die alten Körperschaften der Gewerbe und Handwerke betroffen worden sind: seit Jahren besteht eine Ueberproduktion an Ärzten, wie es früher einen Ueberfluß an Handwertern gab. Die Handwerker versuchten das Uebel des Ueberflusses an Gesellen dadurch zu heilen, daß sie die Zahl der Lehrlinge beschränkten, die in die Kunstgriffe und Geheimnisse des Handwerks eingeweiht werden konnten.

Das ist genau, was die Studenten der Medizin zu thun bemüht sind. Die Agitation zur Beschränkung der Zahl der zum medizinischen Studium zugelassenen Personen sing an, als die französischen Mädchen das mutige Beispiel einiger russischer Studentinnen, welche in Frankreich die Bildung suchten, welche ihnen eine despotische Regierung in der Heimath verweigerte, nachzuziehen begannen und sich in der Pariser medizinischen Fakultät einschreiben ließen. Die Studenten hielten zahlreiche härmliche Versammlungen ab, in denen sie galanter Weise verlangten, daß den Frauen der Zutritt zu den Vorlesungen und die Theilnahme an der Wahl derjenigen Studirenden, die in den Hospitälern als Externe und Interne zu dienen haben, verboten werden solle. Ich muß hier über den Dienst der französischen Hospitäler einige Ausführungen geben, denn er ist von dem der englischen Hospitäler, die ich kenne, verschieden und wohl auch von dem der deutschen.

Die Externen (Aushelfer) sind Studenten, die erst zwei bis drei Jahre des ärztlichen Studiums hinter sich haben; sie begleiten den Arzt bei seinem Krankenbesuche, schreiben die Verordnungen (Recepte u. s. w.) auf, besorgen die einfachen Kurverfahren und notiren die Beobachtungen über die ihrer Fürsorge anvertrauten Kranken. Sie empfangen eine Vergütung (indemnité) von 30 Fr. den Monat und manchmal das (dem deutschen Mittagessen entsprechende) Frühstück (déjeuner).

Die Internen (Die Inneren) sind Studenten, die alle zur Erwerbung des Doktorats nöthigen Kenntnisse erworben haben. Sie wohnen im Hospital und vertreten erforderlichenfalls den

Herr Hoffe mag sehen, wie er sich aus der Affäre zieht. Daß die Pläne (er nennt es „Gerüchte“) vorhanden haben, gesteht er ein, und was er von sich abwählt, wälzt er auf andere.

Wenn das „Leipziger Tageblatt“ an den Hassen Brief den „Wunsch“ knüpft,

daß der Herr Reichskanzler energisch den Spuren der Verbreiter von Gerüchten nachgeht, die nur dazu dienen können, die gesunde und berechtigte Bewegung zu Gunsten einer wesentlichen Verstärkung unserer Kriegesflotte zu schädigen.

so ist das zwar nicht nativ, sehr aber bei den Lesern des „Wunsches“ eine mehr als polizeiwidrige Raivostät voraus.

Uebrigens ist der hohe („einen der höchsten“) Flottenoffiziere, auf den Herr Dr. Eugenberg sich in Celle bezieht, jetzt genannt worden, — es ist Kontradmiral von Soden-Bibran, Chef des Marine-Kabinetts und der Flägeladjutant des Kaisers. —

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

Der „Vorwärts“ bespricht in seiner politischen Uebersicht die sächsische Streitfrage. Dabei laufen ihm eine Reihe sachlicher Irrthümer unter, die ihn zu falschen Folgerungen verleiten müssen.

1. In Leipzig sei ein Theil der Genossen für frühere Einberufung. Nein, in Leipzig ist die Gesamtpartei, die im Festseller in selten starker Vertretung zusammen war, für eine sofortige Einberufung der Konferenz.

2. Nur die Minderheit der sächsischen Fraktion sei nicht für Niederlegung. Nach dem „Säch. Volksblatt“, das Abg. Goldstein rebigirt, waren alle 14 Mann einig, im Landtage zu bleiben, bis die Landesversammlung sie zum Austritt zwingt.

Das sind die thatsächlichen Verhältnisse. Nun noch eine Bemerkung: Der Zeitpunkt der Mandatsniederlegung sei nicht von Belang, ein Streit um eine solche Lappalie sei nicht der Mühe werth. Darum der „Vorwärts“ nicht einmal zu der sächsischen Fraktion sagt: hört, erklärt Euch doch bereit, Eure Mandate im Falle der Annahme der Vorlage niederzulegen, dann ist ja der Streit aus der Welt geschafft! Das wäre nützlicher vom „Vorwärts“, als immer das Verhalten der Fraktion als Blamieren Nährmücheln zu behandeln.

Da wir der „Leipziger Volkszeitung“ nicht den Gefallen thun können, die Geschäfte unserer Feinde zu besorgen, so lassen wir uns in keine Polemik hineinziehen und wollen bloß kurz berichtigen:

1. Es ist in Leipzig nicht die Gesamtpartei, welche auf dem Standpunkt der „Leipziger Volkszeitung“, oder sagen wir richtiger: des Chefredakteurs derselben steht. Wir sind aber die sächsischen und insbesondere über die Leipziger Verhältnisse zum mindesten so gut unterrichtet wie dieser; und wir stützen uns, außer auf den eigenen Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ über die Festseller-Versammlung auf Briefe alibewährter Genossen. Im Interesse des lieben Friedens haben wir diese Briefe nicht veröffentlicht.

2. Aber ist denn ein Abgeordneter, welcher ganz korrekter Weise — die Frage der Mandatsniederlegung von der Landesversammlung abhängig macht, darum gegen die Niederlegung? Wir haben mit mehreren, vielleicht den meisten der Landtagsabgeordneten persönlich verkehrt und wir wissen, daß nicht einer unter ihnen ist, der daran denkt, sein Mandat zu behalten, wenn die Landesversammlung sich für die Niederlegung erklärt.

Gegen die Fraktion vorzugehen haben wir keinen Grund, weil sie den einzig korrekten Weg gewählt hat, die Frage der Mandatsniederlegung sowie die weiteren tatsächlichen Fragen durch die Landesversammlung entscheiden zu lassen.

Damit wäre für uns und die Masse der sächsischen Genossen ja der Streit aus der Welt geschafft. —

Spanien. Die politische Krise, welche durch den Aufstand in Kuba verschärft wurde, hat durch die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten einen sehr gefährlichen Charakter erhalten. Während von den Republikanern die Lasten, welche der Krieg gegen die Kubaner für das spanische Volk mit sich bringt, als Waffe gegen die Regierung ausgenutzt werden, sind die Chauvinisten, auf welche die Regierung sich bisher stützte, jetzt mühevoll auf die Regierung, weil sie den Krieg nicht mit der nöthigen Energie geführt habe. Und Martinez Campos ist natürlich denen nicht freundlich gesinnt, die ihn abberufen haben. So steht die Regierung, die jetzt in aller Hast 25 000 Mann frischer Truppen nach Kuba entsenden will, angesichts der Neuwahlen eigentlich in der Luft.

Wie verhält die spanischen Chauvinisten sind, erhellt daraus, daß sie die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten fordern. Zum Glück ist das bloß lächerlich. In Barcelona haben chauvinistische Madabrer dem amerikanischen Konsul die Fenster eingeworfen — das werden sehr theuere Fenster werden für Spanien. Natürlich hat die Regierung sofort in Washington um Entschuldigung gebeten. Im übrigen verweisen wir auf den heutigen Vortartikel über Spanien. —

leitenden Arzt (medecin en chef). Sie haben Kost und Logis und empfangen eine Vergütung von monatlich 50—60 Franks.

Die Stellen der Internen werden sehr eifrig erstrebt, nicht nur wegen der unmittelbaren materiellen Vortheile, sondern auch — und vornehmlich — wegen der Erleichterung des Studiums und wegen der Empfehlung, die in dem Titel liegt.

Nun, die Studenten der medizinischen Fakultät haben es eben so wenig erreicht, die Studentinnen fernzuhalten, wie es die Schriftsteller erreicht haben, die Schriftstellerinnen (typotes) von den Druckerien auszuschließen.

Wenn die Gefahr, durch die Studentinnen, die im ganzen nur wenig zahlreich sind, ist nichts im Vergleich mit der Gefahr durch den Massenandrang der Studenten, der von Jahr zu Jahr anschwillt. Die Ueberfüllung ist so groß, daß Dr. Brouardel, der Dekan der Pariser medizinischen Fakultät, dieser Tage sich dahin ausspricht, die Medizinschule sei eingerichtet für 3000 Personen und im Jahre 1895 hätten sich 6000 einschreiben lassen, darunter 1000 Ausländer. Diese Ausländer sind Doktoren, die aus England, der Schweiz, Deutschland und anderen Ländern nach Paris kommen, um sich im Studium der operativen Methoden, welche Frankreich eigen sind, auszubilden. Hauptsächlich aber sind es Flüchtlinge, meist Russen, die nicht in ihre Heimath zurückkehren können, ihren Bohnort in Frankreich erwählen, und, sobald sie im Besitz des Doktorgrades sind, sich in Paris oder der Provinz niederlassen. Diese Zahl ist sehr beträchtlich; Dr. Brouardel erinnert daran, daß in Paris auf je fünf Aerzte ein Ausländer kommt.

Die Arbeiter protestiren gegen das Eindringen fremder Arbeiter, und im Süden Frankreichs ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen italienischen und französischen Arbeitern gekommen. Unter dem Einfluß der nämlichen sozialen Phänomene wie die Arbeiter sind die Studenten zu einem ganz ähnlichen Vorgehen gelangt, obgleich sie sonst für die Arbeiter nur eine sehr mäßige Achtung zur Schau tragen.

Die Studenten von Paris verlangen, daß die medizinische Fakultät Ausländern verschlossen würde; sie haben damit Erfolg gehabt, ebenso wie nach der Revolution von 1848 die Arbeiter, welche die Ausweisung aller fremden Arbeiter aus Paris verlangten, wobei sie unter „fremden“ auch die Arbeiter aus der Provinz verstanden, die wieder in ihre

Deutsches Reich.

— Heute vor 25 Jahren fanden die ersten Wahlen zum deutschen Reichstage statt. —

— Die Kosten der Zusammenlegung der vierten Halbbrigade werden von einem militärischen Korrespondenten des „Hamburger Korr.“, abgesehen von den für die Unterbringung nothwendigen Auslagen auf 600 000 Mark taxirt.

Am Stande der Unteroffiziere, Stenentants und Hauptleute soll sich nichts ändern, nur können 88 Bataillonadjutantenstellen in Abgang, dafür aber 48 Regimentadjutanten und 20 Brigadeadjutanten in Zugang. Ferner fallen 86 Majorstellen fort, in Anschlag kommen dafür 48 Stellen für Regiments-, 20 für Brigadekommandeure und 48 für Oberlieutenants. Einer in militärischen Kreisen befürchteten Stockung im Avancement würde durch diese Neuordnung vorgebeugt.

Im Kriegsministerium scheint man plötzlich diese neue Militärvorlage für so dringend zu halten, daß sie schon am 1. Oktober d. J. verwirklicht werden soll. —

— Eine späte Wirkung der Disziplinarprozesse gegen Leist und Wehlan. Die neueste Ausgabe des amtlichen „Kolonialblattes“ enthält folgende Bestimmungen:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w. verordnen im Namen des Reichs, was folgt: Der Reichskanzler wird ermächtigt, bis auf weiteres die erforderlichen Anordnungen für die Regelung der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen der afrikanischen Schutzgebiete zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 25. Februar 1896.

Wilhelm I. R.
Fürst von Hohenlohe.

Auf Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 25. d. Mts. wird folgendes bestimmt:

In dem Gerichtsverfahren über Eingeborene sind zur Herbeiführung von Geständnissen und Aussagen andere als die in den deutschen Prozess-Ord-nungen zugelassenen Maßnahmen untersagt.

Ingleichen ist die Verhängung von außerordentlichen Strafen, insbesondere von Verdachtsstrafen, verboten.

Berlin, den 27. Februar 1896.

Der Reichskanzler,
Fürst von Hohenlohe.

— Ueber den Geschäftsplan des Abgeordneten Hausers für die nächste Zeit erfährt die „N. N. Ztg.“: Die ganze kommende Woche dürfte der Beratung des Kultusstats gewidmet werden, bis am Mittwoch durch keinen Schmerntag unterbrochen werden soll. Es folgt alsdann der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, bei dem die Frage der Rückertattung der Grundsteuer-Entschädigungen von neuem erörtert werden dürfte. Daran schließt sich der Etat der Anstaltungskommission, bei dem die Polendeckungen in Aussicht stehen. Den Beschluß macht der Etat der Staatsschulden-Verwaltung, der Anlaß zu Erörterungen über die Konvertirung der preussischen Anleihe und über das Finanzverhältnis Preußens zum Reich geben wird. Damit wäre die zweite Beratung des Stats beendet, und die dritte Lesung könnte beginnen. Es ist anzunehmen, daß mit diesem Stoff der März bis zur Osterpause ausgefüllt sein wird; sollte noch Zeit sein, so sollen die aus dem Herrenhause herübergekommenen Vorlagen über die General-Kommission in Ostpreußen, über das Ankerrecht u. s. w. zur ersten Beratung gelangen. Das Lehrerbefoldungsgesetz wird beabsichtigt, erst nach der Osterpause zur zweiten Beratung zu bringen.

— Gegen das Margarinegesetz erklärten sich zahlreiche Versammlungen, auch der Zentralverband deutscher Industrieller hat eine bezügliche Eingabe an den Reichstag gerichtet. —

Der Berliner deutsch-konservative Parteirath hat anlässlich des Austritts Stöcker's aus der konservativen Partei folgende Erklärung abgegeben:

Der Berliner deutsch-konservative Parteirath hat mit großem Bedauern von dem Ausscheiden des Hopsredigers a. D. Stöcker aus der konservativen Partei Kenntnis genommen, indem er die großen Verdienste desselben um die konservativ-christliche Sache und ganz insbesondere um die Berliner Bewegung nach wie vor in vollstem Maße würdigt. Auf Grund der Erklärung des Hopsredigers a. D. Stöcker, auch fernhin konservativ bleiben zu wollen, giebt der Berliner deutsch-konservative Parteirath sich der Hoffnung hin, daß die Trennung keine dauernde sein werde; erklärt aber — im Blick auf das Wohl des Vaterlandes, welches einer starken konservativen Partei bedarf — seinerseits, der deutsch-konservativen Partei unentwegt treu bleiben zu wollen. Er setzt dabei voraus, daß sich die deutsch-konservative Partei immer mehr als wahre Volkspartei erweisen und an dem Programm vom 8. Dezember 1892 insbesondere auch an den auf die Sozialreform bezüglichen Sätzen desselben unverbrüchlich festhalten werde.

Im Gegensatz zu der obigen Erklärung veröffentlicht das „Welt“ folgende Mittheilung:

Die am 28. Februar 1896 in Berlin stattgefundene Generalversammlung der Mitglieder der Heimath abgeschoben wurden. Die Studenten haben übrigens nur deshalb Erfolg gehabt, weil sie ihren Ostracismus*) mit dem thatsächlichen Platzmangel begründen konnten.

Die ausländischen Studenten haben sich nun in den Universitäten der Provinz einschreiben lassen; in Toulouse z. B., wo 1895 nicht ein einziger Ausländer auf der Universität war, zählt man jetzt mehr als 50 auf nicht ganz 1000 Studirende. Der Kampf gegen die ausländischen Studenten entbrennt jetzt auch in der Provinz; in der alten Fakultät von Montpellier, welche die Rivallin der Pariser war, haben die Studenten in einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung eine Tagesordnung angenommen, die besagt, daß das Eindringen der Ausländer ein Hindernis ihrer Studien und eine Bedrohung ihrer Zukunft sei. Diese Bewegung verbreitet sich über ganz Frankreich. Welche Maßregeln wird die Regierung ergreifen? Sie wird nicht verschmähen können, daß kein Platz an den Universitäten der Provinz sei.

Soweit hat es glücklicherweise die kapitalistische Zivilisation innerhalb eines Jahrhunderts gebracht. Die Sorbonne**) und die Universitäten des Mittelalters setzen ihren Stolz darin, in ihrem Kreis die studirende Jugend aller Länder zu vereinigen, um ihnen freigelegte Belehrung in der Philosophie und den anderen Wissenschaften zu theil werden zu lassen und um den Ruhm Frankreichs bei allen Völkern zu verbreiten. Und heute, wo alle Völker der Erde durch den ungeheuren internationalen Verkehr zusammenkommen und sich vermischen, verlangt die gebildete und denkende Jugend, um sich in der Erziehung zu lösen, kapitalistische Wissenschaft eine Existenz zu sichern, daß man die französische Wissenschaft mit einer chinesischen Pauer umschleie. Was für eine jämmerliche Zivilisation!

Gallus.

*) Ostracismus (griech. Ostrakismos) das Echerbengericht der alten Athenen — ein Volksgericht, durch das Verbannung über politisch „unrührige“ Personen verhängt wurde. Denselben haben oft gerade die besten Bürger zum Opfer, so Aristides, Themistokles, Simon u. a.

**) Die Sorbonne, eine alte Theologenschule in Paris, deren Gründung — Mitte des 13. Jahrhunderts — auf Robert von Sorbon, den Postaplan Ludwig des Heiligen — zurückgeführt wird.

Christlich-sozialen Partei hat beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, aus dem Berliner konservativen Wahlverein auszutreten und rath ihnen, auch aus allen politischen Organisationen auszutreten, die sich mit der Haltung und den Bestrebungen der christlich-sozialen Partei in Widerspruch setzen.

— Vom „groben Unfug“. Genosse Rankau, der für den Inzeratentheil der Magdeburger „Volkstimme“ verantwortlich ist, soll „groben Unfug“ verübt haben, weil er eine Wucheranzeige veröffentlicht hat, worin zum Reichsgründungs-Jubiläum empfohlen wurden die Broschüren „Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches“, „Sedanfeier und Sozialdemokratie“, „Der Septembertag vor dem Reichstage“.

Der grobe Unfug fängt nachgerade an wirklich gefährlich zu werden. — Das sächsische Ministerium hat gegen die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ wegen eines Artikels über die Wahlrecht-Vorlage Strafantrag stellen lassen. Unser Dresdener Bruderorgan bemerkt dazu: „Wir werden uns dadurch nicht abhalten lassen, den Kampf um die Rechte des Volkes weiter zu führen, wissen wir doch dabei das Volk hinter uns!“

— Gegen das sächsische Wahlrecht. Die sächsische Blätter melden, beabsichtigt eine Deputation von angesehenen Großindustriellen aus ganz Sachsen, eine Audienz bei dem König Albert nachzusuchen, um denselben persönlich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche der friedlichen sozialen Fortentwicklung Sachsens drohen, falls die Wahlrechtsänderung endgiltig vollzogen werden sollte. —

— Pfarer Naumann, der „Schwarzgeist“ aus Frankfurt a. M., sprach am Freitag in Leipzig über „die Stellung der Christlich-Sozialen zur Sozialdemokratie“. Er erkannte an, daß die Sozialdemokratie nicht nur die innere, sondern auch die äußere Politik Deutschlands ganz wesentlich beeinflusse. Wer die Sozialdemokratie für schlecht hin zerstörend halte, der müsse allerdings zu dem fassam bekannten Standpunkte Stumm's gelangen, daß die sozialdemokratischen Führer außer Landes jagen möchte. Auf geistigem und politischem Gebiete könne der Sozialdemokratie bei ruhiger Betrachtung ein ganzes Stück Anerkennung nicht verweigert werden. Die Sozialdemokratie habe das Volk aus seiner Verhargie erweckt und zu seiner Fortbildung nach der Schule mit beigetragen. Sie habe eine Art Literatur fürs Volk geschaffen, durch die die Wahrheit ins Volk geworfen werde, soweit sie der Sozialdemokratie selbst bekannt sei. Das müsse anerkannt werden, auch wenn man eine andere Weltanschauung habe. Auch auf die Frage, was habe die Sozialdemokratie für Reformen gethan, müsse er mit Anerkennung beginnen. Sie habe die herrschenden Parteien gezwungen, die soziale Frage mit Ernst zu behandeln, ob aus Furcht oder Liebe, sei hierbei gleichgiltig. Wenn die bürgerlichen Parteien sagten, sie würden auf dem Wege der Reform weitergehen, wenn nur die Sozialdemokratie nicht wäre, so müsse doch anfallen, daß soziale Reformen auch dort ausbleiben, wo die Sozialdemokratie nicht existirt. Die Konservativen wollten in der Sozialreform Schlaf eintrüben lassen, und die Liberalen hätten ihre Ideale: allgemeines Wahlrecht, Vereinsrecht, freies deutsches Wort längst aufgegeben. — Bleibt Herr Naumann auch unser Gegner, so zeigen obige anerkennende Sätze, denen allerdings auch schiefe Urtheile über die Sozialdemokratie gegenüberstehen, doch das eine, daß er himmelhoch über den „nichts als Sozialistenfressern“ steht. —

— Amtsrath v. Dieze-Warby, bei welchem alljährlich im Herbst Hofjagden stattfinden, ist durch Prozeßverhandlungen bloßgestellt, über welche wir der Magdeburger „Volkstimme“ nachfolgendes entnehmen: Im Frühjahr 1895 ist in dem Jagdgebiet des Amtsraths v. Dieze eine große Anzahl Rehwild ertrunken. Im Auftrage Dieze's hat dessen Inspektor Weyer dieses Rehwild in Magdeburg verkauft. Dem Rehwild waren Schußscheine beigelegt, welche dasselbe als geschossen bezeichneten, und zwar so ausgefüllt von dem Amtsrath v. Dieze-Warby im Auftrage des Amtsvorstehers von Dieze. Amtsvorsteher und Verkäufer waren also hier identisch. Die Polizei in Magdeburg war aber anonym benachrichtigt worden, daß der Magdeburger Käufer und Wildpretthändler ertrunkenes Rehwild verkaufe. Der noch vorhandene Vorrath wurde mit Beschlag belegt und der Wildpretthändler wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz (sachliche Verkauf von Wild als menschliches Nahrungsmittel) zu 100 M. Geldbuße verurtheilt. Gegen den Amtsrath wurde die Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben. Hier aber wurde auf Freisprechung erkannt, weil der Amtsrath in gutem Glauben gehandelt habe. Eine Urkundenfälschung seitens desselben liege nicht vor. Nach den Vorschriften der Polizeivorschriften müsse der Schußschein das Wort „Erlegt“ enthalten. Es komme nicht darauf an, anzugeben, daß das Wild geschossen sei. v. Dieze wurde in dem Prozeß eidlich als Zeuge vernommen. Er erklärte, er habe mit Rücksicht darauf, daß bei dem Hochwasser einmal vor neunzehn Jahren der Oberpräsident die Genehmigung erteilt habe, ertrunkenes, noch nicht verdorbenes Wild verkaufen zu dürfen, geglaubt, es sei auch diesmal zulässig, das ertrunkene Rehwild, soweit es verdaulich sei, zu verkaufen. Wenn ein Rehwild sich in der Angst den Kopf einrenne oder in einer Schlinge fange, werde es auch als geschossen bezeichnet. Er betrachte den Schußschein nur als eine Urkunde, die erkennen lassen solle, „von welchem Revier“ das Wild herrühre.“

Leipzig, 2. März. (Fig. Ber.) Am 1. März wurde in ganz Sachsen ein Flugblatt, betitelt: „An Sachsen's Volk“, das sich gegen die Wahlrechtsvorlage wendet und für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht plädiert, von der Partei in der bekannten prägnanten Weise verbreitet. —

Weimar, 29. Februar 1896. Landtag. Heute wurde das neue Landtags-Wahlgesetz mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen. Es wählen nunmehr die höchstbesteuerten (mit mindestens 3000 M. Einkommen) Grundbesitzer 5 Abgeordnete, sowie die Industriellen, Beamte etc. ebenfalls 5 Abgeordnete in direkter Wahl. In 23 Wahlbezirken (Weimar, Apolda, Eisenach und Jena bilden je für sich einen Wahlbezirk) werden von allen volljährigen Staatsbürgern, welche das Bürgerrecht in einer Gemeinde des Großherzogthums haben, indirekt, durch Wahlmänner-System (auf je 400 Einwohner ein Wahlmann), 23 Abgeordnete gewählt. Insgesamt also 33 Abgeordnete. Die Höchstbesteuerten haben das Privileg, zweimal, einmal direkt und einmal indirekt wählen zu dürfen, während die große Masse nur indirekt wählen darf. Eine Erleichterung ist in dem neuen Gesetz insofern enthalten, daß die Stimmzettel nicht mehr abgestempelt zu sein brauchen, sondern im Wege der Verbriefung hergestellt werden können. — Im Spätsommer 1897, wenn die Landtagswahlen ausgeschrieben werden, tritt das neue Gesetz in Kraft, und da bietet sich für unsere Genossen die Gelegenheit, mit aller Kraft in die Agitation einzutreten, damit dem oft maßlosen Auftreten der Agrarier erfolgreiche Opposition entgegengekehrt werden kann. —

— Die Ablehnung des Kredits für die Erbauung eines kaiserlichen Jagdschlusses durch den mehr als sanftmüthigen elck-lotbringischen Landesauschuss, die lediglich aus finanziellen Erwägungen erfolgte, wird zum Unlutz einer großen Hege gegen das, was sich im Reichslande die Volksvertretung nennt, benutzt. Die Schlagworte von den Protestlern, der vaterlandslosen Partei schwirren in den offiziellen Blättern des Reichslandes herum. Durch Drohungen will man den Landesauschuss gefügig machen. Diejenigen, die sich im Entgegenkommen kaiserlichen Wünschen gegenüber nicht genug

thun können, hätten besser gethan, vor Einbringen der Vorlage die Situation nach allen Richtungen zu erwägen, als nachher amtliche Entrüstung zur Schau zu tragen. —

Oesterreich.

— Im Wahlreform-Ausschuss wurde, nachdem auch der Ministerpräsident Badiotti erklärt hatte, daß die Regierung an der Zahl von 72 Mandaten festhalte, nach der Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge, Artikel 1 der Regierungsvorlage, der 72 Mandate in der neuen Kurie und die Verteilung derselben auf die einzelnen Länder festsetzt, mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Linke, die Deutsch-nationalen und einige Zentrumsglieder. Antonelli bezieht sich namens der Polen ein Minoritätsvotum vor. —

Schweiz.

Büsch, 26. Februar. (Fig. Bericht.) Im Kanton Bern hat das Volk am nächsten Sonntag über nicht weniger als fünf Gesetzesvorlagen abzustimmen. Die zwei wichtigsten davon betreffen die Einführung der amtlichen Inventarisierung in allen Todesfällen und die öffentlich-rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung. Unsere Genossen empfehlen das erstere Gesetz, welches dem schändlichen Steuerbetrug der Reichen ein Ende machen soll, zur Annahme. Dagegen das andere, welches einen rein kapitalistischen Charakter zu ungunsten der Schuldner hat, zur Verwerfung. Bereits hat das Berner Volk zweimal die Gesetzesvorlagen über diese Materie wegen ihres kapitalistischen Gepräges abgelehnt und nun wird ihm die dritte in der gleichen Gestalt präsentiert. Da der Berner Kantonsrath fast durchwegs aus Angehörigen der bestehenden Klassen zusammengesetzt ist, so scheint es, daß er so sehr unter dem Einflusse von deren besonderen Anschauungen und Interessen steht, daß er über diese Angelegenheit gar kein Gesetz machen kann, das der großen Mehrheit der stimmberechtigten Bürger genehm wäre. Die Herren kapitalistischen Gesetzgeber können halt nicht aus ihrer Haut heraus, weshalb die Bürger sie eben nicht zu ihren Vertretern wählen sollten. — Zwei weitere Vorlagen betreffen die Interessen der Landwirtschaft; unsere Genossen befürworten ihre Annahme, und das fünfte Gesetz betrifft die Ausübung der Jagd. Unsere Genossen überlassen es da jedem einzelnen, wie er darüber abstimmen will.

Büsch, 27. Febr. (Eigener Bericht.) Es scheint, daß die Hege, die seit einigen Jahren von welschen Kantonen resp. den dort herrschenden Geldsack-Politikern gegen den Bund und seine Gesetzgebung systematisch geführt wird, und die sich in der Hemmung jedes sozialpolitischen Fortschritts bei allen Volksabstimmungen offenbart, nun mit neuer Schärfe betrieben werden soll gegen die Bundesbank, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und gegen die — eidgenössische Kranken- und Unfallversicherung. Als neue Kraft stellte sich in den Dienst der welschen Autokratie der Alt-Bundesrath Dros, der nun als politischer Commis voyagour die welschen Kantone durchzieht und unter dem Schlagworte „Föderalistische Demokratie“ die Geschäfte der heutigenigen Bank-, Bank- und anderer Aktionäre, sowie der Spekulanten und Börsenjobber besorgt. Für Herrn Dros, der seinerzeit in Chaux-de-Fonds ein lohnarbeitender Uhr- u. Arbeiter war und der durch die mächtige Hilfe der reichen und herrschenden „Kadifalen“ des Kantons Neuchâtel von Stufe zu Stufe emporgehoben wurde, ist nämlich die soziale Frage gelöst. So lange er Bundesrath war, bestand sie noch für ihn, da ihm das Gehalt von 12 000 Fr. zu wenig war. Da eröffnete sich die Aussicht auf den Direktorsposten des internationalen Bureaus für Eisenbahnfracht-Befen, der mit 18 000 Fr. bezahlt ist, und Dr. Dros verzichtete auf die Ehre eines schweizerischen Bundesrathes und wurde internationaler Direktor. Als solcher hat er keine Sorgen und viel übrige Zeit und da macht er nun — er, der internationale Direktor — Propaganda für die „föderalistische Demokratie“ und agitirt gegen alle Bundesbeschränkungen, welche nicht den Interessen des Kapitals dienen. So ist er der Mann der welschen Autokratie, die ihn auf seinen politischen Geschäftswegen als ihren gut gerathenen Agenten feiert. Dürfte die große Masse des arbeitenden und besitzlosen Volkes diesen Vorgänge aber von sehr aufklärender Wirkung sein.

Basel, 27. Februar. (Fig. Ber.) Der Basler Große Rath machte auch heute wieder ein arbeiterfreundliches Geschäft. Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller Genossen Müller nahm der Große Rath mit übergroßer Majorität folgenden Antrag an: Der Regierungsrath wird eingeladen, zu prüfen und zu berichten, ob nicht das Gesetz betreffend Schutz der Arbeiterinnen vom 29. April 1888 einer Revision zu unterziehen sei im Sinne einer Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Ferner wurde der Regierungsrath beauftragt, ebenfalls auf Antrag des Genossen Müller, die Frage der Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektors zu prüfen und in Kürze darüber Bericht zu erstatten. Bemerkenswerth bei dieser Debatte ist ganz besonders die Stellung der Regierung. Der Regierungsvorsteher forderte vom Rathe die Ueberweisung, um die vom Antragsteller vorgebrachten Beschwerden prüfen und die Mißstände beseitigen zu können. Die Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektors sei deshalb nöthig, weil zur Verwirklichung des eidgenössischen Fabrikinspektors von Bundeswegen so gut wie nichts gethan werde. An der Debatte betheiligte sich außer dem Antragsteller und dem Regierungsvorsteher niemand. —

Frankreich.

Paris, 2. März. Die gemäßigten Blätter erörtern die Rede Faure's in Dijon, mit der er den Staatssozialismus des Ministeriums billigt. In seiner Rede sagte Faure u. a.: Wir wollen nicht, daß die Gesetzgebung für die Arbeiter ein spezielles Regiment einführt; wir wollen alle die Freiheiten. Aber die Intervention des Staates ist in gewissen Industriezweigen, die weniger reich sind als Dijon, notwendig. —

— Präsident Faure, den die Panamisten gern zum Rücktritt bewegen möchten, hat in Lyon eine Zirkrede gehalten, worin er erklärte, daß er seine Pflicht bis zum Ende thun werde. Also kein zweiter Casimir Perier. Herr Bourgeois, der den Präsidenten begleitet, wird überall von dem Volk mit sympathischen Zurufen empfangen. —

— Ganz nach russischem Vorbilde werden in Frankreich anlässlich der Reise des Präsidenten der Republik zahlreiche Verhaftungen von Leuten vorgenommen, die im Verdachte stehen, sich mit Attentatsplänen zu tragen. —

Italien.

Rom, 26. Februar. (Fig. Ber.) Die unausgesetzten Truppenabsendungen nach Abyssinien, zu denen jetzt die durch Aufstände im Rücken gefährdete Lage des Sarattischen Korps nöthigt, werden binnen kurzem 50 000 Mann europäischer Truppen aus Italien entfernt haben. Mit diesen unvorhergesehenen Nachsendungen steigert sich auf das bedenklichste die Unzulänglichkeit des Aufhebungssystems, welches für den Kolonialkrieg von vornherein angewendet worden ist. Man hat, wie bekannt, nicht ganze Regimenter, auch nicht ganze Bataillone, ja nicht einmal ganze Kompagnien mobilisirt, um sie nach Afrika zu schicken, sondern man hat aus jeder Kompagnie zwei bis dreizehn aufgerufen, und als dies keine Ergebnisse mehr brachte, einzelne Soldaten durch das Loos ausgehoben. Die Folge ist, daß die moralischen Einheiten des Heeres, die Regimenter, Bataillone, Kompagnien, zur Zeit völlig zerstört sind und in Afrika im Angesicht des Feindes mit großer Mühe wieder neu gebildet werden müssen; vorläufig kennen dort die Soldaten ihre Führer nicht und diese nicht ihre Soldaten. Aber die Folgen dieses

Aufhebungsmodus, der höchstens bei sehr geringfügigen Truppenabsendungen zulässig war, erstrecken sich nicht nur auf das Heer in Afrika, sondern ebenso auf die in Italien zurückgebliebenen Truppen. Es giebt zur Zeit in Italien (mit Ausnahme der Kavallerie) kein Regiment, kein Bataillon, keine Kompagnie, welche noch intakt und aktionsfähig wäre. Wenn man also jetzt das System der Verschidung einzelner Soldaten aufgeben und ganze Regimenter etc. nach Afrika schicken wollte, so würde man dies nicht mehr thun können. So hat der abyssinische, ohne Noth und ohne die nöthige Voraussicht unternommene Krieg wenigstens für den Augenblick zur Auflösung des ganzen italienischen Heeresverbandes geführt: ein Umstand, der seine Wirkungen auch auf die europäische Politik ausdehnen könnte. Durch vorzeitige Einberufung der Rekrutenklasse von 1876 sucht man die Lücken des Heeres, so gut es geht, auszufüllen; auch heißt es, daß die bereits verabschiedete Altersklasse von 1872 wieder zu den Waffen gerufen werden solle. Inzwischen hat in Mailand eine von den Abgeordneten der radikalsten Partei einberufene, von mehr als 4000 Personen besuchte Volksversammlung ohne Widerspruch von irgend einer Seite die Zurückberufung der Truppen aus Afrika verlangt; dieselbe Versammlung hat auch eine von dem Sozialisten Turati eingebrachte Resolution auf Abschaffung der bestehenden Heere angenommen. —

Rom, 2. März. Crispi soll bei seiner Abreise nach Neapel, wie die römischen Oppositionsblätter behaupten, ausgepöffelt worden sein.

Rom, 2. März. Der Afrika-Korrespondent des Blattes „Don Marzio“ erklärt in einem Interview, er werde, sobald er von seinen Strapazen hergestellt sei, eine Broschüre gegen die afrikanische Politik schreiben. Der Korrespondent stellt fest, daß der italienische Rundschaffendienst äußerst mangelhaft und die Truppen Menelli's besser ausgerüstet seien, als die italienischen Soldaten. Menelli verfüge ferner über 40 000 gute Maulthiere und habe von seinen Postkutschern sogar für 26 000 Thaler an den Obersten Galliano verkauft.

Rom, 2. März. Laut telegraphischer Verfügung des Ministers des Innern werden die Präfecten alle antipatriotischen Umzüge verbieten.

Rom, 2. März. Die „Popolo romano“ berichtet, würden die Kosten des afrikanischen Feldzuges bis zum 31. Mai 80 Millionen betragen; demgemäß werde die Regierung nur noch eine Bewilligung von 60 Millionen verlangen. Zur Deckung der 80 Millionen reichten die Mittel des Staatsschatzes aus.

— Die Aufregung über die Dinge in Afrika erscheint der Regierung so gefährlich, daß sie ein Verbot der Protestversammlungen erlassen hat. Trotzdem ist es an verschiedenen Orten zu stürmischen Kundgebungen gekommen.

Vom Kriegsschauplatz kommen nur verwirrt und meist offenbar gefälschte Nachrichten, wie die Regierung sie zu veröffentlichen sich gut findet. Gebeffert hat die Lage der italienischen Expedition sich jedenfalls nicht. Inzwischen werden mit feberhafter Hast Verstärkungs-Truppen nach Afrika eingeschifft. Die Kosten dieses „kleinen“ Krieges belaufen sich jetzt schon auf 80 Millionen Lire (60% Mill. Mark). —

England.

— Das Auftreten der ägyptischen Frage wird in englischen Blättern auf die deutsche Regierung zurückgeführt. Eine anscheinend offiziöse Notiz im „Hamburger Korrespondent“ erklärt diese Annahme kategorisch für unrichtig. —

Bulgarien.

Sofia, 1. März. Bei den heutigen Deputirtenwahlen wurde in Sofia Janow gewählt. Janow stand viele Jahre als Berschwörer gegen die bulgarische Regierung und als Veranlasser von Attentaten gegen die bulgarischen Monarchen im russischen Solde. —

Türkei.

— Berichten aus Konstantinopel zufolge wurden der Adjutant des Kriegsministers, Oberleutnant Scheski, der Unterkommandant von Dolmabahische Major Burshid und der Lehrer an der Kriegsschule, Major Ahmed wegen jugendlicher Umtriebe zur Degradation und lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt. —

Griechenland.

Athen, 29. Februar. Deputirtenkammer. In der Debatte über die Interpellation in der Angelegenheit Hammerstein stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. Die Kammer billigte mit 115 gegen 18 Stimmen das Verhalten des Ministers. —

Amerika.

— Die Panama- und Nicaragua-Kanal-Gesellschaften haben sich fusionirt. Der Bau des Panamakanals soll endgiltig aufgegeben, der des Nicaraguakanals aber durchgeführt werden. —

Kuba.

— Die Grausamkeiten des „Bluthundes“, wie Welcher im amerikanischen Senat genannt ward, haben die gute, aber von dem Urheber sicher nicht erwartete Wirkung gehabt, die Bewegung zu Gunsten der Kubaner in den Vereinigten Staaten zu stärken und den Senat zu einem entscheidenden Schritt zu veranlassen. Der Senat ist allerdings noch nicht der Kongress, aber das Repräsentantenhaus stimmt in dieser Frage mit dem Senat überein; und das sagten wir schon früher: die Anerkennung der Rebellen als Kriegsführende ist die Anerkennung der Republik Kuba und der Sieg des Aufstandes.

Es ist hohe Zeit, daß es dort mit der spanischen Herrschaft zu Ende geht. Die Insel ist schon jetzt wirtschaftlich beinahe zu grunde gerichtet. Die Tabakrente ist zum großen Theile zerstört, und der Zuckerbau ist so gut wie eingestellt. Die vorjährige Zuckereinte beträgt, da die meisten Plantagen verwüstet sind, bloß 100 000 Tonnen, gegen 1 100 000 in Durchschnittsjahren, und von 861 Zuckerräben, welche die Insel enthält, sind bloß noch 18 im Betriebe, und diese nur mit Unterbrechungen. Für dieses Jahr wird es, wenn nicht sehr bald Frieden wird, überhaupt gar keine Zuckereinte geben und auch keine Tabakrente. Für die deutschen Zuckerbarone bedeutet das hohe Preise. Und es wäre ein wahrer Frevel, wenn man den Herren, die vom Unglück Kubas hohen Profit haben, noch die Liebesgaben der Zuckersteuer zum Präsent machte. —

Schastien.

Kobe, 1. März. Times.) Der König von Korea befindet sich noch in der russischen Gefandtschaft. Die aufständische Bewegung in Innern Korea's dauert fort. Es geht das Gerücht, Japan mache Rußland Vorschläge zur Errichtung einer gemeinsamen Kontrolle über Korea. Man glaubt ferner, General Yamagata werde während seines Aufenthaltes in Moskau über Abschließung eines Bündnißvertrages unterhandeln.

Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

Der Magistratskommissar für die Cris- und Vertriebs-Krankenkassen hält täglich Besprechungen mit Interessenten des Schneidergewerbes ab. Es handelt sich dabei um die Frage, ob es sich empfiehlt, die Krankenversicherungspflicht auf die Gewerbetreibenden durch Ortsstatut ausdehnen. Man sieht auch hieran die günstige Wirkung der Bewegung unter den Konfektionsarbeitern.

In Stuttgart ist die Situation noch immer unverändert. Die Konfektionsarbeiter machen neue Winkelzüge, um den Unterhandlungen

aus dem Wege zu gehen. Ihre Vereinigung hat an den Vor-
sitzenden des Gewerbegerichts geschrieben, man habe die Ver-
mittlung nicht nötig, weil man Verhandlungen, falls solche
gewünscht würden, nur direkt führen werde. Diese Doppel-
gängigkeit wird von der öffentlichen Meinung Stettins
schärf verurteilt. Einige Tage vorher hatte nämlich der
Vorstand der Konfektionär-Vereinigung im Ausschuss des Ge-
werbegerichts erklärt, daß sich keine Vereinigung mit der neuen
Schulskommission vor dem Gewerbegericht einigen werde. — Die
Zahl der Streikenden hat nur eine geringe Zunahme erfahren.
Seit Donnerstag streikt übrigens auch eine Anzahl Zwischen-
meister, welche Mädchen beschäftigen.

Die Halsstarrigkeit der Unternehmer veranlaßt die Lohn-
kommission zu folgendem Ausruf: „Da die hiesigen Groß-
konfektionäre sich den beschiedenen Forderungen der Schneider
und Näherinnen gegenüber ablehnend verhalten, so ist es Ehren-
pflicht aller edel denkenden Menschen, die Streikenden moralisch
und pekuniär zu unterstützen, um dadurch zu verhindern, daß der
Sieg den Großkonfektionären zufällt und dadurch die Lebens-
haltung der Schneider und Näherinnen noch weiter herabgedrückt
wird. Folgende Herren sind gerne bereit, etwaige Geldbeiträge
entgegenzunehmen: Dr. med. F. Mah, Molkestr. 11, Robert
Hartwig u. Co., Wilhelmstr. 17, 1 Tr., Kaufmann Robert
Stark, Stolling- und Sauerstrassen-Ecke, Uhrmacher
Panlow, Große Laube, Leonhard Faust, Restaurant
Barow, Rosengarten 6, 1 Tr., Reichstags-Abgeordneter Friß
Herbert, Friedrichstr. 28.“

In Hamburg stehen noch 110 Personen im Streik; darunter
50 Verheiratete mit 67 Kindern. 64 der Streikenden sind Frauen
und Mädchen. Mit einem großen Theil der Firmen sind die
Differenzen geregelt, mit anderen steht die Lohnkommission in
Unterhandlung und hofft auch diese bald zu einem für die
Arbeiter günstigen Abschluß zu bringen. Nur eine Firma:
Oppenheim u. Rappolt will von der Einigung bis jetzt
noch nichts wissen.

Partei-Nachrichten.

An die Parteigenossen in Friedrichshagen! Freitag,
den 6. März ist die Gemeindevorwähler-Wahl. Wie
ist in der letzten Gemeindevorwähler-Versammlung durch Annahme
einer Resolution das Versprechen gegeben, mit aller Kraft
für den Sieg unserer Kandidaten einzutreten, so ist es nun eure
Pflicht, diesem Versprechen die That folgen zu lassen. Genossen,
wenn Ihr alle, die Ihr die Resolution jener Versammlung
durch Handheben zur Geltung macht, zur Wahlurne tretet, so
muß der Sieg unser werden! Darum auf zur Wahl, opfere
jeder die paar Stunden, während welcher er die Arbeit ruhen
lassen muß, um an der Wahl theilnehmen zu können. Bedenkt,
es kommt nur alle zwei Jahre einmal vor und es
geht ja so mancher Groschen zum Teufel. Nachdem
der Gemeindevorwähler es ablehnte, die Wahlzeit so festzusetzen,
daß es jedem Wähler ohne große Schwierigkeit möglich wäre,
sein Wahlrecht auszuüben, müssen wir zeigen, daß wir uns auch
durch die größten Hindernisse nicht abhalten lassen, von unserem
Recht Gebrauch zu machen. Unsere Kandidaten sind: für den
1. Bezirk (Wahllokal Franzische, Friedrichstr. 78/79) Tischler
Karl Paas; für den 2. Bezirk (Wahllokal Fr. Schulz,
Friedrichstr. 135) Schriftf. Hermann Sonnenburg.
Der erste Bezirk umfaßt die Straßen: Friedrichstraße,
Bahnhof, Schmalzer Weg, Mylius-Garten, Rönigerstr., Westend,
Linden-Allee, Ahorn-Allee und Wilhelmstraße. Der zweite
Bezirk umfaßt die Straßen: Scharnweberstr., Seestr., Bellevue-
straße, Mühlentweg, Spritzenweg, Neu-Kamerun, Rohndorfer-
straße, Kirchstr., Kaiserstr., Brest, Promenade, Kasanien-Allee,
Kurzehr, und Viktorastr. Der Wahlakt währt von 9 bis
11 Uhr vormittags. Die nächste Wählerversammlung wird
Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr im Eiseller ab-
gehalten. J. A.: Wilh. Hensfelder.

Ueber die Gewerbegerichts-Wahlen in S. D. in a. N. H.,
deren Resultat wir in unserer Sonnabendnummer nur erst zum
Theil wiedergeben konnten, wird uns unterm 1. März noch ge-
schrieben: „Die Kandidaten der Sozialdemokraten siegen in
5 Gruppen, während die unsrer vereinigten Gegner nur in
3 Gruppen die Oberhand behielten. Im ganzen sind jetzt 15 Ver-
treter von Sozialdemokraten und 5 von den vereinigten
Gegnern besetzt. Der Wahlkampf war äußerst heftig. Es waren
10 233 Personen in die Wählerliste eingetragen, davon übten
8225 ihr Wahlrecht aus. Wir erhielten 4158, das Mischmasch-
kartell 3896 Stimmen.“

Die Sozialdemokratische Partei des Großherzogthums
Baden hält ihre diesjährige Landesversammlung am
5. und 6. April in Heidelberg ab. Außer den üblichen
geschäftlichen Punkten stehen noch folgende Punkte auf der
Tagesordnung: Die verschobenen Landtagswahlen und was sie
lehren; Referent Landtags-Abgeordneter Aug. Dreesbach.
Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Landtags-
Abgeordneten; Bericht über Landtags-Abgeordneter Anton
Geiß. Die Gemeindevorwähler; Referent Ad. Ged. Be-
schreibung des diesjährigen internationalen Arbeiterkongresses in
London.

In Karlsruhe sind unsere Parteigenossen in die Agitation
eingetreten für die in den nächsten Wochen stattfindenden Wahlen
zum Bürger-Ausschuss.

Unsere Parteigenossen in Zeitz haben einen Verein ge-
gründet, der lediglich den Zweck verfolgen soll, Versammlungen
unter freiem Himmel zu veranstalten. Auf diesen Ausweg sind
die dortigen Genossen verfallen, weil ihnen jede Möglichkeit ab-
geschnitten ist, eine Versammlung in einem Lokal abzuhalten.

Redakteur Leven von der „Neuf. Tribune“ in Genä, der
unseres Wissens vor nicht langer Zeit aus dem Gefängnis zurück-
gekehrt ist, ist nach Mittheilung unseres Erfurter Partei-
Organs bedenklich erkrankt, so daß er seine Thätigkeit in der
Redaktion einstellen mußte. Wir wünschen dem wackeren Partei-
genossen baldige und gründliche Genesung.

Totenliste der Partei. Aus New-York wird uns be-
richtet, daß am 20. Februar Dr. Franz Ceran, der Gründer
des „Labor Lyceum“ in Brooklyn, im Alter von 72 Jahren ge-
storben ist.

Volkzeitliches, Gerichtliches etc.
— „Schweigen Sie, hier giebt es nichts von
Freiheit zu singen!“ also wurde, nach der „Volkswacht“,
ein Genosse und Gesangsbruder in Breslau am vorigen Sonnt-
ag von einem Polizisten angefahren, als er bei einer geselligen
Zusammenkunft Breslauer Genossen ein Lied vortrug, worin das
Wort „Freiheit“ mehrmals vorkam. Die Breslauer Polizei löst
nach wie vor munter jede gesellige Zusammenkunft Breslauer
Parteigenossen auf, sobald von Theilnehmern ein Lied gesungen
wird, das ihr „politisch“ erscheint.

— Wegen Aufreizung zum Klassenhaß hat sich demnächst
Genosse Bahle in Magdeburg, früher verantwortlicher
Redakteur der „Volkstimme“, vor Gericht zu verantworten. Die
Aufreizung soll enthalten sein in Nr. 47 der der „Volkstimme“
beigelegten „Neuen Welt“, auf deren Herstellung Bahle nicht den
geringsten Einfluß hat.

Gewerkchaftliches.

Ausruf an alle Zimmerer Berlins und der Umgegend!
Kameraden, Arbeitsgenossen! Wir können nicht umhin,
auch nochmals auf die Beschlässe der Berliner Zimmerleute hin-
zuweisen. Zwei große öffentliche Versammlungen am 1. März
haben beschlossen, den Schiedsspruch des Einigungsamtes nicht
anzuerkennen, da von den winzigen Forderungen nicht abgelassen
werden kann. Es ist nun eure Pflicht, energisch die Kon-
sequenzen dieses Beschlusses zu ziehen. Es unterliegt keinem
Zweifel, daß die bisherigen Forderungen der Zimmerer so bleiben

können. Zeigt endlich dem Unternehmer, daß wir
als Männer zu handeln verstehen! Auf jedem Bau und auf
jedem Arbeitsplatze muß unbedingt ein Deputirter gewählt sein,
welcher der Lohnkommission das Arbeitsverhältniß seiner Kameraden
sowie die Forderungen, die er stellen will, mit derselben Maßnahme
treffen kann. Kein Ort, wo Zimmerleute arbeiten, darf
ohne Kontrolle sein, damit unsere Forderung strikte
durchgeführt wird. Von dem Verhalten jedes Einzelnen
hängt das fernere Schicksal der Berliner Zimmerleute ab. Unser
Bestreben soll es sein, den Streit nicht nutzlos in die Länge
zu ziehen, sondern morgen schon wäre der Sieg auf
unserer Seite, wenn jeder Zimmerer nach den Be-
schlüssen handelt. Auch hat sich jeder Zimmerer in Besitz
einer Arbeitsberechtigungs-Karte zu bringen, damit er nicht
zu unrecht als Streikbrecher betrachtet wird. Zeigt eure
Solidarität auch in der Unterstützung der Kameraden,
welche es sich zur Pflicht machen, für diese Forderung ein-
zutreten. Jeder Zimmerer hat wöchentlich mindestens 1 M.
zu zeichnen, damit wir in der Lage sind, jedem gerecht zu
werden. Damit jeder von dem Stand der Bewegung informiert
wird, erscheint heute ein Flugblatt, worin die Arbeitgeber
namentlich verzeichnet sind, die sich bis jetzt geweigert
haben, die Forderung anzuerkennen. Wenn jeder arbeit-
suchende Zimmerer sich danach richtet, dann müssen auch diese
Unternehmer nachgeben. Wir bedürfen ferner dringend der
Solidarität der auswärtigen Kameraden, damit uns der Kampf
nicht durch Zug zu erschwert wird. Glaubt nicht den Redamen
auswärtiger Blätter, daß hier Arbeit in Ueberfluth sei; es sind
genug Zimmerleute am Plage.

Wir ersuchen alle Arbeiterblätter, von der letzten Bemerkung
Notiz zu nehmen.
Die Lohnkommission der Berliner
Zimmerleute.
J. A.: Th. Fischer.

Achtung, Tapezierer Berlins! Ersuche die Kollegen, welche
noch im Besitze von Sammellisten vom letzten Streik bei Jakob
u. Braunstr. 106, Alexanderstraße, sind, dieselben Mittwoch, den
4. März, in der Vereinsversammlung, welche bei Jubel, Linden-
straße 106, abends 8 1/2 Uhr, stattfindet, abzuliefern. Der Bevoll-
mächtigte der Filiale Berlins des Allgemeinen deutschen Tapezierer-
vereins.

An die Gärtler Berlins! Die Bewegung in unserer
Branche hat in der letzten Zeit guten Fortgang gehabt betref-
fend die Organisation. Um nun die noch fernstehenden heran-
zuführen, wird Mittwoch, den 4. März, im Lokale von Henke,
Raunigstraße, eine Verammlung abgehalten, in der Genosse
Mehner einen Vortrag über die Frage hält: Was lehren
uns die letzten Streiks? Weiter wird dort über die eingelaufenen
Fragebogen berichtet werden. Es ist Pflicht jedes Kollegen,
in dieser Versammlung zu erscheinen. (Siehe Inserat.) Der
Vertrauensmann, Richard Heinrich, Wienerstr. 61.

Achtung, Klempner! Mittwoch, den 4. März, abends
8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Cohn, Venturstr. 21, parterre,
eine Vertrauensmänner-Sitzung der Klempner
statt. Alle Vorkommen werden erörtert, hierzu Deputirte zu en-
tsenden, da wichtige Beschlüsse für unser weiteres Vorgehen zu
fassen sind. Otto Näther, Vertrauensmann der Berliner
Metallarbeiter.

Die Klempner in der Bademannen-Fabrik von
M. Grund in Berlin haben die Arbeit ausgesetzt. Näherer
Bericht folgt morgen.

In der mechanischen Schuhfabrik von E. Teschner in
Berlin, Neue Friedrichstr. 37, waren die Lohnunterschiede, die
dort geschwebt hatten, am 19. Januar durch gegenseitiges Ueber-
einkommen beigelegt worden. Infolge einer Maßregelung, die
der genannte Fabrikant vorgenommen hat, haben nun sämt-
liche Schuhmacher die Arbeit niedergelegt. Da der Fabrikant die
Maßregelung nicht zurücknimmt, wird der Streik voraussichtlich
längere Zeit dauern. Mittwoch Abend wird eine öffentliche Ver-
sammlung abgehalten. Näheres durch Inserat. Agitations-
Kommission der Schuhmacher Berlins.

Die Tischler in Steglitz und Umgegend sind mit großer
Einnüchtheit in die Bewegung eingetreten. 13 Meister haben
bereits bewilligt, 9 noch nicht. Es sind dies: Blumberg,
Gartmann und Maybaum in Steglitz; Stähr, Hinge,
Gieseler, Stamm, Schütze und Fiedeler in Groß-
Gieselerfeld, Behrendt in Schmargendorf. Die Zahl der Ge-
hilfen, denen bewilligt ist, beträgt 71; im Streik stehen 76, wovon
42 verheiratet und 34 ledig sind. Die Firma Hinge in Lichter-
felde behandelte die Kommission in einer Weise, die jeder Ver-
schreibung spottet; die Mitglieder unserer Kommission wurden
mit Titeln wie Kerl u. s. w. belegt, und die bis jetzt dort in
Arbeit gewesenen Kollegen sämtlich als entlassen erklärt und
wie Hunde vom Fabrikhof gejagt. Herr Hinge will nun un-
gelernte Arbeiter annehmen, aber auch diese zeigen Solidaritäts-
gefühl. Unsere Sache ist gerecht und der Sieg sicher. Alle
Arbeiter werden sich gegen uns solidarisch zeigen. Die Lohn-
kommission. J. A.: Friß Kasper.

Ans Kottbus ist uns über den Stand des Streiks keine
Mittheilung gemacht worden, woraus zu schließen, daß keine Ver-
änderung eingetreten ist.

50 Erdarbeiter, die im Auftrage des Unternehmers
Ehlers aus Kiel beim Erweiterungsbau der Radetenanstalt in
Plohn beschäftigt waren, haben die Arbeit eingestellt. Sie
verlangten eine Lohnerhöhung von 30 auf 40 Pf. pro Stunde,
was nicht bewilligt wurde.

Die streikenden Sattler in Wien haben folgende For-
derungen aufgestellt: Neunständige Arbeitszeit, Minimal-
lohn von 10 Gulden (ca. 17 Mark) wöchentlich, Frei-
gebung des 1. Mai, Maßregelungen wegen Theilnahme am
Streik dürfen nicht vorgenommen werden.

In Karwin ist die Lage unverändert. Es streiken 17 000
Bergleute, die größere Hälfte der Gesamtbelegschaft. Die
Arbeiter halten ihre Forderungen: Wiederanstellung der ent-
lassenen Arbeiter und achtstündige Lohnauszahlung, nachdrücklich
aufrecht, während sie die Forderungen auf Entbehrung gewisser
Beamten sowie auf Lohnerhöhung fallen gelassen haben.

In einer in Adralitz abgehaltenen Versammlung versicherte
der Geistliche Stojalowski die Streikenden der Unterstützung der
Christlich-Sozialen. Die Bergwerksdirektoren beschlossen in
einer Konferenz, Vorschläge nach Kategorien zu gewähren, und
zwar den Häuern 12, den Hundeshörern 8, den Schleppeern 6
und den Abreuerinnen 5 Gulden ohne Abzug. Außer den
regelmäßigen Abschlagszahlungen lehnen die Betriebsleiter
jede Konzeßion, insbesondere auf eine schiedsrichterliche Ent-
scheidung und das auf Verhandlungen mit dem Streikomitee ge-
richtete Verlangen ab. Von einzelnen Werken sind bereits
aus Anlaß des Ausstandes Kündigungen erfolgt. Ein Bataillon
Infanterie ist im Ausstandesgebiet eingetroffen. Gestern wurde
in den Kohlenrevieren eine Kundmachung der Bergdirektion er-
lassen, worin die Arbeiter aufgefordert werden, bis spätestens
am 4. März zur regelmäßigen Arbeit zurückzukehren, widrigenfalls
nach der Dienstordnung gegen sie vorgegangen werden müßte.

Im hiesigen Abreuerhause brachte Berner-
storfer aus Anlaß des Streiks in Karwin einen Dring-
lichkeitsantrag ein, wonach der Karwinamministrir im Ein-
vernehmen mit dem Minister des Innern ermächtigt ist, im Ver-
ordnungswege Maximaltermine für die Lohnzahlung
im Verglebe festzusetzen.

Der Streik im schweizerischen Eisenbahnwesen ist im
letzten Augenblicke abgewendet worden. Zwischen den
Direktoren und Verwaltungsräthen der Nordostbahn mit den
Vertretern der Arbeiter kam eine Einigung zu Stande.

Die Schuhmacher-Ausperrung in Kopenhagen dauert
nun schon 11 Wochen! Circa 450 Mann sind diese ganze Zeit

mitten in der hiesigen Winterzeit arbeitslos, weil sie es sich nicht
gefallen lassen wollten, daß die Fabrikanten den Lohn um 10 pCt.
herabsetzten. Es handelt sich um 14 Fabrikbesitzer, die schon den
Vorteil eines sehr hohen Schutzsolles genießen und in
wenig Jahren große Vermögen erworben haben. Es war
Anfang Dezember, als dieselben einen Ring schlossen,
um den Arbeitslohn noch mehr herabzudrücken. Sie hatten
gehofft, daß die Arbeiter in dieser Jahreszeit würden nachgeben
müssen, oder daß es leicht fallen würde, anderwärts Arbeits-
kräfte heranzuziehen. Glücklicherweise ist ihnen dies letztere bis
auf ganz vereinzelte Fälle nicht gelungen, und die Arbeiter sind
durch die energische Unterstützung seitens der Fachvereine
in der Lage gewesen, die schwere Prüfungszeit zu über-
stehen, obwohl die Fabrikanten es ihnen unmöglich
gemacht haben, sich anderweit Geld zu verdienen. In den letzten
vierzehn Tagen sind Verhandlungen zwischen Unternehmern und
Arbeitern gepflogen worden; sie sind resultatlos geblieben, weil
die Unternehmer noch immer hoffen, der Arbeiter Herr zu werden.
Darum ergeht auch an die deutschen Arbeiter der Schuhbranche
hiermit wiederholt die Mahnung, den Kopenhagener Kameraden
unverbrüchliche Solidarität zu bewahren.

Aus Paris wird telegraphirt: In einer sehr zahlreich
besuchten öffentlichen Versammlung, welche das Syndikat der
Eisenbahn-Angestellten einberufen hatte, wurde
Einspruch erhoben gegen das Koalitions-gesetz, wie es vom
Senat beschlossen worden ist. Nach einer heftigen Rede gegen
den Senat und nachdem unter dem Beifall der Versammlung
die Erklärung verlesen worden war, daß alle Eisenbahn-Angestellten,
wenn während eines Ausstandes ein Krieg ausbräche,
auf die erste Rundgebung der Regierung hin sofort die Arbeit
wieder aufnehmen würden, wurde eine Tagesordnung angenommen,
in welcher das Verhalten des Senats auf's Schärfste getadelt
und an die Deputirtenkammer appellirt wird, dieselbe möge das
unbeschränkte Streikrecht aller Angestellten erklären.

Gerichts-Beitrag.

Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche
wurde dem Komiler Hermann Lewandowski zur Last
gelegt, welcher gestern dieserhalb vor der III. Strafkammer des
Landgerichts I stand. Am 25. September v. J. hielt ein sozial-
demokratischer Diskurs- und Besells ein Unterhaltungsabend
ab, zu welchem außer den Mitgliedern auch Gäste Zutritt hatten.
Der Angestellte hielt bei dieser Gelegenheit einen Vortrag, der
darin bestand, daß auf das apostolische Glaubensbekenntniß
in komischer Weise Bezug genommen wurde. Da die Ver-
handlung im Interesse der öffentlichen Ordnung bei
verschlossenen Thüren geführt wurde, so müssen wir
uns auf die Wiedergabe des Urtheils beschränken. Während
der Staatsanwalt eine Gefängnißstrafe von drei Monaten be-
antragt hatte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen des
Rechtsanwalts Heine und fällt ein freisprechendes Urtheil in
betreff der Beschimpfung. Eine solche liegt nicht vor, wohl aber
ein höchst unpassender Scherz, der das religiöse Gefühl einzelner
Zuhörer verletzen konnte und auch verletzt habe. Hierin sei ein
grober Unfug zu erblicken, den der Gerichtshof mit einer Geld-
strafe von 30 M. geahndet habe.

Landesverrath-Prozess Schoren. Aus Leipzig wird
weiter vom Montag berichtet: Nachdem der Eröffnungsbeschluss
verlesen worden war, beantragte der Ober-Rechtsanwalt den
Ausschluss der Oeffentlichkeit. Nach längerer Be-
rathung beschloß der Gerichtshof, während der ganzen Dauer
der Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschließen,
da durch die Oeffentlichkeit der Verhandlungen die öffentliche
Ruhe und Ordnung gefährdet würde. (Siehe 2. Beilage.)

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 2. März. (B. G.) Die Frankfurter
Zeitung“ meldet aus Mailand: Das verbotene republikanische
Bankett fand gestern unter Theilnahme von circa 400 Personen,
darunter 7 Deputirten, im Hause des Baumeisters Galimberti statt.
Es wurden äußerst wichtige antidinastische Reden gehalten. Gleich-
zeitig wurden Demonstrationen auf dem Domplatze und in der
Galerie Viktor Emanuel inszenirt, wo ein Deputirter vor einer
zahlreichen Menschenmenge gegen die Afrika-Politik der Re-
gierung sprach. Polizei und Carabinieri gingen mit großer
Rücksicht gegen die erregte Menge vor. Später formirte sich
ein Zug, der sich lärmend zur Präfectur begab, wo sich die De-
monstranten pfeifend und johlend zerstreuten. Am Mitternacht
begaben sich zwei Kompagnien Infanterie mit gefülltem Bajonett
zur Galerie Viktor Emanuel. Fünfzehn Personen wurden ver-
haftet.

Mährisch-Odrau, 2. März. (B. G.) Ein großer Theil
der mährischen und viele schlesische Gruben schlossen sich heute
dem Streik an. Im Betriebe sind nur noch die beiden Schächte
in Dombrau und der Heinrichschacht in Odrau. Die Werke in
Gruftztrau und die Koksanstalten mußten wegen Mangels an
Material die Arbeit einstellen.

Wien, 2. März. (B. L. B.) Bei den heutigen Gemein-
de-rathswahlen für den zweiten Wahlkörper erhielten die Libe-
ralen 14, die Antifemiten 39 Sitze. Die Liberalen drangen in
der inneren Stadt, in der Leopoldstadt und im Alfergrund durch;
die übrigen Bezirke wählten antifemistisch.

Bozen, 2. März. (B. G.) Der Anarchist Giuseppe wurde
wegen aufrührerischer Reden in Roveredo verhaftet. Ein
Büchsenmacher, der wegen aufrührerischer Umtriebe verhaftet
werden sollte, erschloß sich.

Christiania, 2. März. (B. L. B.) Der schwedisch-norwegische
Gesandte in Petersburg berichtet: Der Generalgouverneur aus
Irkutsk telegraphirte am Mittwoch eine Orde an den Gouver-
neur von Irkutsk, welche am Donnerstag durch die Post von
Irkutsk nach Jakutsk befördert wurde, und in welcher der Gou-
verneur beauftragt wurde, eine Stafette nach Ulanuski zu senden,
welche möglichst viele Nachrichten über Ransen einziehen soll und
welche kontrolliren soll, ob die Proviant-Niederlagen aus den
neufibirischen Inseln in gebührender Ordnung sind.

Paris, 2. März. (B. G.) Auch die Konsula Deutschlands,
Englands und Oesterreichs sowie Italiens in Mentone lebten
die Theilnahme der Municipalität zur Theilnahme an den Feier-
lichkeiten zum Hundertjahrstage der Vereinigung Nizza mit
Frankreich ab.

Paris, 2. März. (B. G.) Der Geschäftstreisende Tremble,
welcher an seinem Landsmann Farbos in Buenos Aires einen
Raubmord verübte, wurde vom Schwurgericht in Douai zum
Tode verurtheilt. Tremble leugnete seine Schuld.

Paris, 2. März. (B. G.) Bezüglich der vier verhafteten
Anarchisten in Valence glaubt die Polizei Beweise dafür zu
haben, daß gegen den Präsidenten Faure ein Attentat geplant
gewesen und nur durch die rechtzeitige Verhaftung verhindert
worden sei. Bei dem Italiener Camussi wurde auch noch eine
Photographie Faure's gefunden.

London, 2. März. (B. L. B.) Unterhaud. Der erste Lord
der Admiralität Goschen entwickelte das Flottenprogramm und
schlug folgende Schiffsbauten vor: fünf Schlachtschiffe, vier
Kreuzer 1. Klasse, drei Kreuzer 2. Klasse, sechs Kreuzer 3. Klasse
und 28 Torpedoboot-Zerstörer. Diese Schiffsbauten sollen im
Jahre 1899 vollendet sein. Die Aufwendungen für dieselben
werden zehn Millionen Pfund Sterling betragen und auf drei
Jahre vertheilt werden.

Madrid, 2. März. (B. L. B.) Wie verlautet, hätten
einige italienische Schiffsbeder der spanischen Regierung den
Verlauf oder die mietweise Ueberlassung von Dampfern an-
geboten, damit die letzteren für den Fall eines Krieges mit den
Vereinigten Staaten als Kaperschiffe armirt würden.

Reichstag.

49. Sitzung vom 2. März 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Graf Posadowsky, Riquel, v. Hammerstein.
Eingegangen ist der Reichs-Versicherungsausschuss.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betr. die Zuckersteuer.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der vorliegende Gesetzentwurf ist bereits vor Monaten auf illegitimem Wege veröffentlicht worden; seit dieser Zeit schwankt sein Charakterbild in einer heftigen Polemik. Es sollen dem Reich keine Mehreinnahmen zugeführt, sondern nur die durch das Gesetz von 1891 festgestellten Mehreinnahmen erhalten bleiben. Der Gesetzentwurf entspricht dem Antrag Bausche vom Jahre 1894, der die Unterstutzung von 144 Mitgliedern dieses Hauses gefunden hat. Demgegenüber hätten die verbündeten Regierungen abwarten können. Stiegen die Preise, dann war es gut; stiegen sie, dann würde eine Zwangs-Kontingentierung eingetreten sein durch den Eingang von Zuckerfabriken. Davon wäre befriedigt gewesen die linke Seite dieses Hauses und namentlich das gesammte konturrende Ausland. Schon das Gerücht, daß die Vorlage zurückgezogen werden sollte, rief lebhafteste Besorgnis hervor. Im allgemeinen ist der deutsche Landwirth eine ziemlich zähe und schwer zu bewegende Person. Wenn er in die Bewegung geräth, dann müssen brennende Ursachen vorhanden sein, und diese würden wohl jetzt von allen Seiten des Hauses anerkannt werden. Die verbündeten Regierungen hatten die unabweisliche Verpflichtung, alles das zum besten der Landwirtschaft zu thun, wird innerhalb diskutabler Grenzen möglich ist. Innerhalb dieses Kreises liegt die Vorlage. Die Rübenkultur ist die Achse, um welche sich in den betreffenden Gegenden die ganze Landwirtschaft dreht bei der Bestellung und Düngung des Acker, bei der Viehhaltung u. s. w. Gerade der Rübenbau hat zur Hebung der Löhne auf dem Lande geführt. Gutes muß man sich vergegenwärtigen: fallen die deutschen Ausfuhrprämien ganz, dann ist auf eine internationale Beseitigung der Prämien nicht mehr zu rechnen. (Sehr richtig! rechts.) So weit scheinen aber auch die Gegner der Vorlage nicht zu gehen. Bei der Bekämpfung des Zuckersteuergesetzes spielen spekulative Momente die Hauptrolle (Lachen links); deshalb hat man die Preise gesteigert, indem man den Ausfall der kubanischen Produktion übertrieben hat, denn es sind nur wenige Fabriken und Vorräthe zerstört worden. Aber die Produktion der gesammten Welt neigt zur Ueberproduktion. Wir müssen jetzt, wo wir auf der letzten Prämienstufe stehen, uns überlegen, ob der Zeitpunkt der richtige ist, um die Prämien aufzuheben. Die Prämien von 1891 sind nicht bemessen worden auf die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes, sondern in der Hoffnung, daß die Gegner den Kampf aufgeben würden. Desterreich steht uns bezüglich der Ausfuhr ziemlich gleich, es hat etwas billigere Arbeitslöhne. Die österreichische Prämie beträgt 1,94 M., die belgische Prämie betrug 2,50 M., wie früher unsere Prämie. An die französische Prämie werden wir wohl nicht denken wollen, denn sie betrug 5,08 M., also 3,83 M. mehr als die deutsche. Dazu kommt noch der Vortheil aus der französischen Melassesteuer und aus dem hohen Melasse-Schutzzoll. Mit allen Vortheilen, welche außerdem noch die Materialsteuer bringt, wird die Prämie sogar auf 8,28 M. berechnet. Wir sind in dem Gesetzentwurf dem Vorschlage des Antrages Bausche gefolgt, wir wollen die Prämien erhöhen, um durch internationale Vereinbarung dieselben abzuschaffen. Die Vorlage will sowohl die Prämiensumme kontingentiren wie das zu prämiirende Quantum; es sollen die gegängelten Prämien zurückgezahlt werden. Wer sich innerhalb seines Kontingents hält, soll keine Rückzahlung leisten, nur wer darüber hinausgeht, soll die Prämien decken helfen. Um die Vorlage zu bekämpfen, hat man ein soziales Miethspferd vor den Streitwagen gespannt: (Seiterkeit) es würden die kleinen Rübenbauern von dem Rübenbau abgesehen. Die Kaufrüben betragen 58 pCt. der Produktion, die stößt man nicht so leicht ab. Gätten die Altzuckerfabriken ihren Bedarf aus eigenem Anbau decken können, so hätten sie das schon längst gethan. Die Preisbestimmung für die Rüben ist eine verschiedene; bei hohen Preisen wird der Rübenbauer, bei niedrigen Preisen der Zuckerfabrikant den Ausschlag geben. Die Kontingentierung wird einen günstigen Einfluß auf die Kaufrüben ausüben. Die Betriebssteuer rechtfertigt sich dadurch, daß kleinere und kleinere Fabriken für die Landwirtschaft besser sind als die großen, welche ein Monopol besitzen und selbstherrlich die Preise diktiert können. Es hat sich allerdings eine kleine landwirtschaftliche Opposition gebildet, geführt von technischen Leitern der Fabriken. Diese letzteren haben allerdings mehr ein Interesse an der großen Produktion, nicht an den Rübenpreisen. Die landwirtschaftliche Opposition verlangt internationale Abschaffung der Prämien, damit sind wir einverstanden. Die erhöhten Kampfsprämien schlagen wir vor. Aber es wird weiter Protest erhoben gegen jede Erhöhung der Konsumabgabe und gegen jede Betriebssteuer. Woher soll denn aber das Geld für die erhöhten Prämien genommen werden? 1887-88 betrug die Prämie, ich kann es jetzt verathen, weil es keinen Werth mehr hat, für 100 Kilogr. 5,4 M.; gut eingerichtete Fabriken erhielten noch mehr. Wenn man einen angemessenen Ertrag für das Reich haben will, dann muß man ein angemessenes Durchschnittsrendement annehmen; das Verhältniß von 10 Liter Rüben für einen Liter Zucker war ein zu hohes.

Ich muß den Gegnern der Vorlage eine unangenehme Ueber-raschung bringen. Es ist darauf hingewiesen, daß die süddeutschen Staaten eine ablehnende Haltung zur Vorlage eingenommen haben. Diese Annahme ist eine irrige. Die süddeutschen Staaten haben erklärt, daß sie geneigt wären zu einer mäßigen Erhöhung der Prämien, ein Theil derselben hat sich auch den Grundzügen der Vorlage sympathisch gegenübergestellt. Wenn die süddeutschen Staaten gegen das Gesetz gestimmt haben, so ist es geschehen, weil sie sich nicht entschließen konnten, für die Prämien in der normirten Höhe zu stimmen. Ein süddeutscher Staat hat erklärt, daß er prinzipielle Bedenken gegen die Kontingentierung hege. In den weiteren Verhandlungen ist aber hervor-gehoben, daß der Gesichtspunkt nicht maßgebend war, daß die süddeutschen Staaten kein Interesse an der Zuckerfabrikation haben. Das wäre auch eine kurzfristige Politik gewesen bei der einheitlichen wirtschaftlichen Gestaltung in Deutschland. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß auch die Gegner der Vorlage im Hause sich auf diesen Standpunkt stellen, dann können wir zu einer Einigung auf der Grundlage des Gesetzes kommen. (Beifall rechts.)

Herr Richter (Dr. W.): Die heutige Besetzung des Hauses bezeugt gerade nicht, daß das Interesse an der Vorlage ein sehr großes ist. Die beiden Auser im Streit sehe ich heute überhaupt nicht hier. Aus dem, was man jetzt weiß, geht hervor, daß die Rübenkultur im nächsten Jahr um 10-15 pCt. größer sein wird, als im abgelaufenen Jahr; durch eine besondere Prämierung würden wir die Gefahr der Ueberproduktion vergrößern. Niemals ist eine Beschränkung so wenig angebracht gewesen, wie bei dieser Vorlage. Es handelt sich nicht um den Schutz der nationalen Arbeit, auch nicht

um ein kleines Mittel für die Landwirtschaft, sondern um eine große Belastung des Volkes und um eine Maßregel, welche die Landwirtschaft schädigt. Der Bundesrath hat sich eine 2 1/2 monatige gründliche Beratung gegönnt. Der Staatssekretär wollte nur eine Ueber-raschung bereiten bezüglich der Zustimmung der einzelnen Bundesstaaten. Niemals ist eine so große Minderheit im Bundesrath vorhanden gewesen wie diesmal. (Sehr richtig! im Centrum.) Für eine mäßige Erhöhung der Prämien sollen die süddeutschen Staaten gewesen sein, aber der Staatssekretär hat selbst gesagt, daß mäßige Prämien nichts nützen. Gegenüber dem Ansturm der begehrlichen Interessen konnte man nicht stillstehen; man mußte ihn bekämpfen, und das ist lange nicht stark genug geschehen. Niemals sind mit einer größeren Sicherheit falsche Thatsachen vom Ministerische behauptet worden als heute. Aus der erhöhten Verbrauchsabgabe sollen die Prämien gedeckt werden; 55 Millionen werden mehr verlangt, von denen 40 Millionen auf die Prämien entfallen, während etwa 14 Millionen der Reichskasse zufließen. Die Preis-erhöhung wird ein gros 9/16 Pfg. für das Kilogramm betragen, also mindestens 5 Pfg. auf das Pfund im Einzelverkauf, also bis zu 20 pCt. des gegenwärtigen Marktpreises. Schon in den Arbeiterfamilien rechnet man 57 Pf. Zucker für die Familie. Die Zuckerinteressenten verlangen eine Kontingentierung nicht auf 14, sondern auf 17 Millionen Doppelzentner; dadurch würde die Belastung des Volkes noch steigen. Ungeheuerlich ist diese Forderung mit bezug auf den Umfang der Industrie. Der Antrag Kanitz ist bescheiden dem gegenüber. (Seiterkeit.) Der Körnerbau umfaßt wenigstens 14 Millionen Hektar, der Zucker-rübenbau nur 441 000 Hektar! Es steht aber nicht die ganze Rübenkultur in Frage, denn der ganze Inlandkonsum ist durch Prohibitivzölle gesichert. Der Antrag Kanitz würde pro Hektar einen Mehrertrag von 5,50 M. hervorbringen. Diese Vorlage aber würde einen Mehrertrag von 160 Mark garantiren. Der Antrag Kanitz gewährt diese Prämie bei der gegenwärtigen niedrigen Preislage, die Prämie fällt weg, wenn sich die Preise steigern. Aber hier tritt keine Korrektur der erhöhten Preise ein. Allerdings bildet die Rübenkultur den Mittelpunkt der betreffenden Wirtschaften; man kann die am Rübenbau interessirten Flächen auf das Dreieinhalbfache sehen; aber dann läme man immer erst auf 6 pCt. der gesammten Ackerfläche. Die Liebesgabe bei der Branntweinsteuer sollte eine Entschädigung sein für den Rückgang des Branntweinkonsums. Hier kommen solche Dinge gar nicht in Frage.

Weshalb haben denn Oldenburg und Mecklenburg gegen die Vorlage gestimmt, die doch nur agrarische Interessen zu vertreten haben? Sochsen, Hannover, Braunschweig und Anhalt sind hauptsächlich an dieser Vorlage interessirt. Aus der Preislage sucht man ja besondere Gründe herzuleiten für die Vorlage. Als Normalpreis bezeichnet man den von 23-24 M. für den Doppelzentner; dieser Preis bestand bis zum September 1894. Ist es denn richtig, einen solchen normalen Preis als Grundlage der Gesetzgebung hinzustellen? Niemand ist gegen eine solche sozialpolitische Theorie kräftiger aufgetreten als der Landwirtschaftsminister. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Er bezeichnete ein solches Verfahren als den abschüssigen Weg zum Sozialismus. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Damit hat der Landwirtschaftsminister über die Vorlage den Stab gebrochen. Man braucht nur an die Stelle von „Getreide“ immer das Wort „Zucker“ zu setzen und die Vorlage ist mitten durchgerissen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Wenn man die Normalpreise einführen wolle, sagte Herr v. Marschall, dann müsse man sie allgemein einführen oder nur für die Bedürftigsten. Da würden aber andere in betracht kommen als die Landwirthe. Sind die Zuckerinteressenten die Bedürftigsten? Etwa 55 Millionen entfallen auf die wohlhabendsten Gegenden in Mitteldeutschland, wo die Grundverthe eine Höhe erreicht haben, wie in wenigen anderen deutschen Distrikten. Und wenn man nach den Personen fragt, so frage ich: Sind die Vetheiligten diejenigen, welche eine Unterstützung verdienen? Mustern Sie die Liste der Interessenten in dem Jabelschen Adressbuch der Zuckerfabriken; es sind die reichsten Leute. Darauf nicht hinzuweisen, wäre ein Fehler, denn man weiß, wie viel der persönliche Einfluß maßgebend ist in diesen Fragen. (Sehr richtig! im Centrum und links.)

Ist denn überhaupt die ganze Grundlage der Vorlage zutreffend? Wie steht es denn mit der Ausfuhr? Seit dem neuen Zuckersteuergesetz betrug die Ausfuhr 1891-92 6,9 Millionen Doppelzentner, 1892-93 7,3, 1893-94 7,3 und 1894-95 10,5 Millionen Doppelzentner. (Hört, hört! im Centrum und links.) Erst in dem letzten Jahre stellte sich eine erhebliche Preiserminderung heraus. Bezüglich des Getreides führte der Landwirtschaftsminister aus, daß die niedrigen Preise etwas vorübergehendes seien. Dasselbe gilt auch vom Zucker, und zwar ist es nicht bloß eine Vermuthung, sondern es ist ziffernmäßig nachzuweisen. Was sagt die Vorlage über die ganze Preisgestaltung? Der Anbau ist gesteigert worden und das Erträgniß der Ernte ist ein größeres gewesen als früher. Daraus ist die Ueberproduktion entstanden, aber die Rübenbauer haben dabei kein schlechtes Geschäft gemacht; sie haben hohe Rübenpreise bekommen, aber die Zuckerfabriken mußten den Preisfall tragen. Ein Ausgleich ist dabei gewesen insofern die Fabriken selbst Rüben bauen und die Aktionäre Rübenlieferanten sind.

1895/96 haben die Rübenbauer geringere Preise bekommen, die Fabriken haben die Rüben billig gekauft, machen aber bei den gestiegenen Preisen ein gutes Geschäft. Eine Selbstbeschränkung erzwingt sich ohne Gesetz durch die niedrige Preisgestaltung, auf das Gesetz haben die Rübenbauer nicht gewartet; nicht bloß in Deutschland sondern überall ist eine Einschränkung im Rübenbau eingetreten. Hier ist immer nur die Rede von den Rüben, niemals von den Schnitteln, eben so wenig wie man beim Branntwein an die Schlempe denkt; beide vermehren aber die Einnahmen. Die Preise gehen über den Normalpreis von 23-24 M. hinaus; sogar die Terminpreise für die ganze Kampagne sind danach berechnet. Der Staatssekretär sagt: das ist Spekulation! Ist denn Spekulation etwas Unstilles? Die Berechnung der Spekulation hat ihre ganz gesunde Grundlage, ganz abgesehen von Ruba. Die Kurse der Zuckerfabriken spiegeln doch die Bewegung deutlich wieder. Nur eine einzige, die Zuckerfabrik Bredow steht unter Pari, die anderen Fabriken stehen sämtlich über Pari, obgleich 1894/95 keine oder geringe Dividenden gezahlt sind. Die Landwirthe sind doch durchaus nicht einverstanden mit der Vorlage. Hamburg hat gegen die Vorlage gestimmt, obgleich der Handel doch an der Steigerung der Ausfuhr, die beabsichtigt wird, ein Interesse hätte. In Posen, Pommern und Brandenburg stellen sich die Interessenten gegen die Vorlagen, selbst die Rohzuckerfabriken wollen von derselben nichts wissen und die Kassafabriken wollen die Entzuckerung in besonderen Melasse-Entzuckerungsanstalten unter Strafe stellen! Das sind doch Zustände, denen gegenüber die Weisheit von Schilda und Krähwinkel noch hoch steht. (Seiterkeit.) Die Betriebssteuer ist eine Strafe auf den Fortschritt, auf die Vergrößerung des Betriebes. Das übersteigt ebenfalls alles Maß. Die Betriebssteuer wird in diesem Hause einstimmig abgelehnt, das steht heute schon fest. Da sollten doch Diejenigen, die sonst der Führung der Regierung vertrauen, etwas ruhig werden; da sollte man doch auch an die anderen vorgeschlagenen Maßnahmen Kritik anlegen.

Bezüglich der Kontingentierung verwahrte sich der Redner dagegen, daß darin ein Verbot liege. Thatsächlich wirkt sie aber so. Der Verein der Zuckerfabrikanten verlangt eine Fixirung der Mehrsteuer auf 4 M. Das ist unüberführbar; denn wenn Zuckervorräthe auf das nächste Jahr übertragen und dann erst exportirt werden, so würde sofort ein großes Loch in der Staatskasse entstehen. In diesem Augenblick ist eine stärkere Nachfrage auf dem Weltmarkt vorhanden. Die Vorlage will die Kontingentierung, die deutsche Fabrikation kann deshalb nicht in den Weltmarkt eintreten, es sehen sich andere Lieferanten fest. Schließlich müßte der Bundesrath, um den wechselnden Bedürfnissen des Auslandes zu genügen, alljährlich die Kontingentierung festsetzen. Das Hauptbedenken gegen die Kontingentierung liegt aber in einer Erschwerung der Entstehung neuer Fabriken, also der Ausdehnung der Konkurrenz und der Fortschritt. Auch die Vergrößerung der bestehenden Fabriken ist ausgeschlossen. Bei jeder Kleinbahn entsteht eine Rübenzuckerfabrik. Welcher Widerspruch gegenüber dieser Vorlage! Die Kleinbahnen werden subventionirt und hier verhindert man die Entstehung neuer Zuckerfabriken. Der Rübenbau hat sich vervierfacht in Pommern und Mecklenburg, verzwiefacht in Posen. Durch die Kontingentierung wird die Entstehung der Rübenkultur in anderen Gegenden verhindert. Deshalb kann man sich nicht wundern, daß die Landwirthe sich dagegen sperren, daß der bestehende Zustand zur Grundlage der gesetzlichen Regelung gemacht werden soll. Die Nachfrage nach Rüben wird vermindert durch die Kontingentierung, und man wird zunächst die Kaufrüben weniger nehmen und mehr selbst Rüben bauen. Dadurch kommen natürlich die kleineren Bauern am schlechtesten weg, denn die Fabriken schließen lieber einen großen als mehrere kleine Verträge ab. Der Bund der Landwirthe und der Schlesische landwirtschaftliche Verein verlangen daher die Kontingentierung der Rüben- und nicht der Zuckerproduktion. Die Prämien sind an sich nicht nötig und auch ihre Erhöhung ist überflüssig. Die deutsche Zuckerindustrie ist konkurrenzfähig gegenüber der österreichischen und gegenüber der französischen, wo der Ertrag an Rüben und der Zuckergehalt der Rüben niedriger ist als bei uns, so daß sich ein Mehr von 20 pCt. auf demselben Areal ergibt. Es wird die Legende aufrecht erhalten, als ob man sich vorbehalten hätte, die Prämien wieder zu erhöhen, wenn die anderen Staaten dieselben nicht abschaffen. Das gerade Gegentheil ist damals in der Begründung ausgesprochen worden. Seit jener Zeit ist keine Prämienhöhe in den anderen Ländern erfolgt, sondern eher eine Ermäßigung. Die Prämien bringen nur den Weltmarktpreis zum Sinken; dann haben die Ausländer allein den Vortheil des billigen Zuckers, aber nicht der deutsche Rübenbauer. Frankreich wird Depressalien ergreifen. Wenn Amerika seinen Zuschlag entsprechend erhöht, dann haben wir nur unseren Konsum belastet zu gunsten der amerikanischen Konsumenten. Durch die Verwohlfeuerung des Zuckers ist der Konsum gesteigert worden; er ist von 5,7 Kilogramm in den 70er Jahren auf 9 Kilogramm in den 80er Jahren und auf über 10 Kilogramm in den 90er Jahren gestiegen. Ein Rückgang des Konsums kann für die Zuckerindustrie und den Rübenbau sehr bedenklich werden. Sonst heißt es immer: In dem inländischen Markt liegen die Wurzeln unserer Kraft. Hier wird aber der inländische Markt gefährdet.

Das einzig richtige wäre, nicht die Zuckerproduktion zu kontingentiren, sondern den Steuerertrag, damit die Verbrauchsabgabe sich vermindert mit den höheren Beträgen des Konsums. Wenn ein Konsumrückgang eintritt, so macht das bei 2 Millionen Minderkonsum 86 000 000 M. Was werden dazu die Einzelstaaten sagen, die noch vor zwei Jahren so beweglich gegliedert haben über die Beeinflussung ihrer Finanzen durch die Reichsverhältnisse. Dann müssen die Matrikularbeiträge erhöht werden und die Einzelstaaten haben eine unverhoffte Mehrausgabe zu decken. Wenn die Vorlage eine Mehrheit finden sollte, freude wird die Zuckerindustrie daran nicht erleben. Man braucht gar nicht Sozialdemokrat zu sein, um diese Vorlage als Waffe zu benutzen. Wir werden alles versuchen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Die Zuckerindustrie wird mit diesem Gesetz nicht zur Ruhe kommen, sie wird in eine Wuthreize gestürzt werden, daß alle Fabrikanten, die ihre Hand dazu geboten haben, das Gesetz vernichten werden. Bei jeder neuen Ausgabe wird man zunächst darauf dringen, die Kontingentierung so vorzüglich festzusetzen wie möglich, damit die Prämienausgabe sich vermindert. Wer es wirklich gut meint mit der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft, der vereinige sich mit uns, um ein solches Gesetz unmöglich zu machen. (Zustimmung bei den Polen, im Centrum und links.)

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Herr Richter vornehmer Herren und eines Ministers zu verhandeln. Hat der Redner mich damit gemeint? (Zuruf Richter's: Nein!) Einen größeren Vorwurf, wie Herr Richter durch diese Aeußerung der Staatsregierung gemacht hat, daß sie sich leiten ließe durch einzelne hochgestellte Personen, ist bisher im Reichstage, selbst bei den Herren von der äußersten Linken, nicht geäußert worden. Ich hoffe, daß es auch das letzte Mal gewesen ist. (Beifall rechts.)

Herr Graf Bismarck: Diese Vorlage ist mit allen ihren Einzelbestimmungen niemandem im ganzen Hause annehmbar ohne Amendirung. (Hört, hört! links.) Mit einer Erhöhung des Kontingents können wir diesem Zweige der Landwirtschaft besonders Nutzen bringen. Wir haben im Monat Januar von vielen Seiten, auch von den Gegnern des Antrages Kanitz, manches wohlwollende Wort gehört; hoffentlich werden die Herren jetzt bereit sein, ihr warmes Herz zu betheiligen. Es handelt sich hier nicht um Handelsverträge, nicht um Vertheuerung der Lebensmittel, sondern darum, eine große Industrie vor dem Untergange zu bewahren. Es handelt sich nicht bloß um das investirte Kapital, sondern auch um eine große Arbeiterzahl, man kann wohl 3 Millionen Seelen mit ihren Angehörigen rechnen. In jedem Jahre seit 1890 werden 4 Millionen Doppelzentner Zucker mehr produziert, während die Konsumsteigerung nur 2 1/4-3 Millionen Doppelzentner beträgt; aber seit 1890 sind 5 1/4 Mill. Doppelzentner mehr produziert worden; und dabei ist Deutschland am meisten beteiligt. Man muß sich aber die Frage vorlegen, was ist praktisch erreichbar. Die Vorlage der Regierung giebt die richtige Tendenz an. In der Hauptsache handelt es sich um eine vorübergehende Maßregel, um ein Kompromißmittel, welches das Ziel verfolgt, alle Zuckerprämien abzuschaffen. Ohne Kampf werden wir das nicht erreichen; die Hoffnung, daß die anderen Staaten unserm Beispiel folgen würden, hat sich als unbegründet ergeben. Das hohe Prämienwesen der Nachbarstaaten stellt für uns eine Zwangslage dar, ähnlich wie in unserer militärischen Lage. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir das Kontingent von 14 auf 17 Millionen Doppelzentner erhöhen, so werden die Interessen der Kaufrübenbauern dabei vollständig gewahrt werden können. Auf die finanziellen Details will ich nicht weiter eingehen, denn ich hoffe, daß die Vorlage in einer Kommission beraten werden wird.

Wie schnell sich die Konsumenten an die höheren Preise gewöhnen, das zeigt die Steigerung des Konsums gerade in den Jahren der höchsten Preise. Die Preissteigerung wird daher auch in Zukunft keine Abnahme des Konsums herbeiführen, wenn auch die Steigerung sich vielleicht in geringer Proportion voll-

ziehen wird. Es handelt sich ja schließlich doch hier nicht um ein unentbehrliches Lebensmittel. Es gilt hier die Erhaltung eines wichtigen Erwerbszweiges, in dem viele Millionen investirt sind. Ich schließe mit dem Antrage, daß die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werden möge und daß dieselbe sine ira aber cum studio arbeiten möge. (Beifall rechts.)

Abg. Spahn (J.): Der Vergleich dieser Vorlage mit dem Ratgebe Rantz paßt durchaus nicht. In dem Moment, wo eine Industrie zugemutet wird, 92 Millionen beizutragen zu den Staatslasten, muß der Staat auch die Möglichkeit gewähren, daß die Industrie leistungsfähig bleiben kann. Ich frage: Ist die Landwirtschaft in der Lage, eine Katastrophe zu ertragen, und wenn diese Frage verneint wird, dann müssen wir alle zu helfen suchen, soweit die Möglichkeit dafür vorhanden ist. Dem Vorschlage einer erheblichen Ermäßigung der Verbrauchsabgaben können wir nicht zustimmen. Ob man das Kontingent von 14 auf 17 Millionen erhöhen, ob man es vertheilen soll auf die Fabrikation oder auf den Anbau der Rüben, das sind Fragen, die in der Kommission erörtert werden können. Als ein Kampfmittel können wir die Prämie nicht auffassen, denn Frankreich wird immer in der Lage sein, bei seinem geringen Rübenbau uns darin zu übertreffen. Für uns handelt es sich hauptsächlich um die Erhaltung der deutschen Zuckerindustrie.

Darauf wird die Verlesung beschlossen. Persönlich bemerkt **Abg. Richter:** Ich habe nur von vornehmen Herren gesprochen und erst auf einen Zwischenschritt hin von einem Minister. Damit war aber weder der Landwirtschaftsminister, noch ein anderer Reichsminister oder einer der Staatssekretäre gemeint.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Beratung der Zuckersteuer-Vorlage.)

Ein Beitrag zur Sittlichkeit im kapitalistischen Vaterlande.

Unter dieser Epithete schilderten wir in Nr. 298 vom 21. Dezember 1895 die sittlichen Zustände und den Lohnungsmodus in der Patronenfabrikfabrik von Berthold und Manfred Weiß, Chausseestraße 39, im Anschlusse an Mittheilungen, die der Metallarbeiter Beutler in einer öffentlichen Versammlung gemacht hatte, und an Nachforschungen, die wir selber darüber angestellt hatten. Gegen unsere unanfechtbaren Feststellungen wagte niemand etwas zu machen, dagegen erhob einer der Werkführer der Fabrik namens Simon durch den Justizrat v. Simon Verleumdungsklage gegen Beutler. Die Verleumdung sollte in dessen Ausrufung liegen, der Werkführer August Simon hätte Arbeiterinnen zu unzüchtlichen Zwecken benützt und denselben für die Befestigung solcher Benutzung einen höheren Lohn ausbezahlt als sie wirklich verdient hätten. Dafür hätte er anderen, die sich nicht willig gezeigt, den Lohn verkürzt. Simon habe sich von etwa 70 Arbeiterinnen eine Ehrenerklärung unterschreiben lassen, worin es als unwahr erklärt wurde, daß jemals ein Werkführer mit ihnen unzüchtliche Handlungen in der Fabrik vorgenommen oder ihnen unzüchtliche Anträge gestellt habe.

An dieser Klage war schon das eine charakteristisch: Beutler hatte nicht nur von Simon, sondern allgemein von den Werkmeistern der Fabrik gesprochen; der andere Werkmeister Hoppe, auf den sich die Beschuldigungen auch bezogen, hatte nicht gellacht. Beutler hatte zum Termin am 29. Februar ein sehr großes Entlastungsmaterial beschafft und eine ganze Anzahl von Fällen unter Beweis gestellt, wo Simon die in der Fabrik arbeitenden Mädchen geschlechtlich mißbraucht hätte, zum Theil in den Räumen der Fabrik und unter Anwendung von Gewalt, oder nachdem er sie betrunken gemacht hätte. Beutler erbot sich auch zum Beweise, daß eine der Unterzeichnerinnen der Ehrenerklärung sogar ein Kind von Simon hätte.

Alle diese Beweise wurden ihm aber abgeschnitten, denn bei Beginn der Verhandlung gab Simon — trotz der Ehrenerklärung — plötzlich zu, ihm unterstellte Arbeiterinnen geschlechtlich mißbraucht zu haben; natürlich hätten sie sich das alle „freiwillig“ gefallen lassen. Beutler's Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, erklärte, auf die Vernehmung der Zeugen bestehen zu müssen. Simon's Zugeständnis erschröckte keineswegs das, was Beutler ihm vorgeworfen habe und man müsse Beutler den Beweis gestatten, daß die Mädchen eben nicht freiwillig gehandelt hätten. Für die Beurtheilung der ganzen Sachlage sei es notwendig festzustellen, daß Beutler nur, um einen thatsächlich sehr verbreiteten Mißbrauch zu bekämpfen, die Sache öffentlich erörtert habe. Das Gericht lehnte gleichwohl die Beweisaufnahme über die geschlechtlichen Ausschreitungen Simon's ab und beschloß nur über die Lohnfrage Zeugen zu vernehmen.

Der Fabrikdirektor Premierlieutenant a. D. Freiherr von Stengel schilderte den ziemlich verwickelten Lohnungsmodus, wonach der Verdienst der einzelnen Arbeiterin durch Division der von ihr geleisteten Stundenzahl in den für das gemeinsame Gesamtprodukt zu zahlenden Akkordpreis ermittelt wird. Jedenfalls ging soviel daraus hervor, daß die Meister auf die Feststellung der Lohnhöhe einer einzelnen Arbeiterin höchstens dadurch Einfluß ausüben können, daß sie ihr einige Stunden zu viel oder zu wenig anschreiben, daß aber auch dies nicht in erheblichem Maße vorzulommen scheint. Aber noch etwas anderes kam dabei zur Sprache. Auf Vorkathen bestätigte der Baron v. Stengel folgendes: Die Arbeiterinnen füllen die Patronenrahmen in einen Kasten und lassen sie mit diesem wiegen. Wiegt der Inhalt des Kastens 17,5 Kilo, so muß der Kasten 1000 Rahmen enthalten. Eine Zeit lang hatte nun der Meister Hoppe durch die Ringe der Gewichtsschale der Dezimalwaage jedesmal 4 Schrauben im Gewichte von zusammen etwa 200 Gramm gesteckt, und da die Dezimalwaage dies Gewicht verzeichnet, war die Folge gewesen, daß sich die Schale erst senkte, wenn 2 Kilogramm Rahmen mehr im Kasten waren. Ueber den Zweck dieses Verfahrens gab Herr von Stengel folgendes an: Es wären der Fabrik einige Male bereits gelieferte Kasten Rahmen nachträglich als mangelhaft zur Verfügung gestellt worden, und er hätte dem Hoppe gesagt, dieser Schade müßte wieder eingbracht werden. Hoppe hätte darauf, ohne die Diktation zu fragen, dies Verfahren „zur Ausgleichung“ angewendet, nachdem aber in der Versammlung davon geredet worden sei, wäre dies durch die Diktation sofort abgeschafft worden. Herr von Stengel hob noch hervor, Hoppe hätte nach seiner Mittheilung im Einverständniß mit den Arbeiterinnen gehandelt. Beutler bestritt dies entschieden.

Darauf erfolgten lange Verhandlungen über einen Vergleich, den der Richter angeregt hatte. Beutler war bereit zu erklären, daß der Vorwurf der Lohnschiebungen gegen Simon nicht erwiesen sei, wollte aber ausdrücklich alle sonstigen Behauptungen ausdrücklich erhalten, um, wie er sagte, keinesfalls den Eindruck zu erwecken, als ob er den Rückzug anträte. Deshalb wollte er auch keine Gerichtskosten übernehmen, und daran scheiterte der Vergleich.

Justizrat v. Simon plädierte für eine empfindliche Strafe, weil der Angeklagte die Lohnschiebungen nicht hätte beweisen können, und weil er bloß, um zu hegen, diese „privaten Angelegenheiten“ in einer Versammlung besprochen hätte. Wenn er die Interessen der Arbeiterinnen hätte vertreten wollen, hätte er bei dem Baron v. Stengel Beschwerde führen müssen. Die Interessen, die Beutler vertreten hätte, wären nach den Entscheidungen des Reichsgerichts nicht als „berechtigter“ anzusehen. Die Arbeiterinnen pflegten ja — Ausnahmen abgerechnet — keine Verhältnisse zu sein, es sei deshalb eine rein private Angelegenheit des Simon, wenn er

sich mit welchen abgegeben hat. Daß Simon seine Stellung als Vorgesetzter mißbraucht hätte, wäre nicht erwiesen.

Rechtsanwalt Heine beantragte Freisprechung und unterzog zunächst die Auslegung des Begriffs der berechtigten Interessen einer scharfen Kritik. Sittliche Interessen seien immer berechtigt. Beutler hätte aber auch spezielle Sachinteressen wahrgenommen und im Auftrage der Arbeiterinnen als deren Vertreter gesprochen. Das wesentliche in seinen Angriffen sei die Aufhebung der sittlichen Schäden gewesen, an deren Befestigung die Arbeiterinnen trotz der geringfügigen Aufhebung des Gegners noch weit mehr Interesse nähmen, wie an der Abschaffung der Uebelstände bei der Löhnung. Wenn also bei der Lohnfrage ein untergeordneter Punkt nicht erwiesen worden sei, so könnte man daraus keinen Vorwurf gegen Beutler herleiten. Auch in betreff der Löhnung wären schon solche Unregelmäßigkeiten festgestellt, daß man den Arbeiterinnen nicht verdenken könnte, wenn sie glaubten, von den Meistern aus gewissen Gründen begünstigt oder benachteiligt zu werden. Es sei doch ein merkwürdiges Verfahren, Schäden, die die Fabrik erleide und von denen garnicht feststehe, ob die Arbeiterinnen eine Schuld daran träge, durch solches Gewicht wieder einzubringen. Wie gut die öffentliche Verprechung solcher Unzulänglichkeiten wirke, zeige gerade in diesem Falle die Abstellung nach der Versammlung. Die sittlichen Uebelstände wären durch Simon's Zugeständnis bestätigt. Simon habe auch kein Recht, davon zu sprechen, daß ihm Mißbrauch seiner Stellung nicht nachgewiesen sei, denn er habe ja selber die Beweisaufnahme durch seinen Rückzug vereitelt. Uebrigens liege immer ein Mißbrauch der Stellung vor, wenn ein Vorgesetzter seine Untergebenen in dieser Weise gebrauche, denn eine Arbeiterin sei eben einem Manne gegenüber, der sie jeden Tag brotlos machen könnte, nicht frei in ihrer Entschliebung.

Das Gericht verurtheilte Beutler wegen der Beschuldigung der ungleichen Löhnung zu 50 M. Geldstrafe, legte aber Simon die Hälfte der Kosten auf, weil Beutler's übrige Behauptungen erwiesen seien.

Wie uns nachträglich mitgetheilt wird, waren bereits wiederholte Beschwerden an die Zeitung der Fabrik gerichtet worden und zwar ohne Erfolg, ehe sich die Arbeiterinnen entschlossen, ihre Sache der Öffentlichkeit zu übergeben. Ein Werkmeister besitzt eben dem Prinzipal gegenüber immer mehr Mittel, sich rein zu waschen, als der Arbeiter, ihn zu überführen.

lokales.

Der Reichstags-Abgeordnete Tugauer ist nicht unerheblich erkrankt. Der Reichstags-Präsident erteilte ihm gestern bei Beginn der Sitzung einen Urlaub von vier Wochen. Wie uns mitgetheilt wird, leidet unser Genosse an einem Anfälle von Influenza, zu der sich eine leichte Bronchitis hinzugesellt hat. Wir wollen hoffen, daß unser Freund recht bald wieder in den Kreis der Kampfgenossen zurückkehrt.

Das „Komitee für Ferienkolonien“ des Berliner Vereins für häusliche Gesundheitspflege hat am Sonnabend die diesjährige Generalversammlung des Vollkomitees im Festsaal des Rathhauses in Gegenwart der Kaiserin Friedrich abgehalten. Bei dieser Gelegenheit haben einige Hundert festlich gekleidete Ferienkolonisten Verwendung gefunden, um die Sache noch feierlicher zu machen und zugleich die Erfolge des Ausenthalts in den Ferienkolonien ad oculos zu demonstrieren. Aus dem Bericht der bürgerlichen Presse ist nicht zu ersehen, ob man sich bei der Protektion des Vereins wieder entschuldigt hat, daß die Kinder doch nicht ganz so gesund und dick sind, als mancher erwarten könnte. Im November 1881, bei Gelegenheit der Konferenz von Vereinen und Komitees für Ferienkolonien, die in Berlin tagte, wurden die im Sommer 1881 ausgesandten Berliner Ferienkolonisten gleichfalls der Kaiserin Friedrich, damals Kronprinzessin, vorgestellt. Dabei bemerkte der Minister Falk als damaliger Vorsitzender des Vereins für häusliche Gesundheitspflege, die Kinder seien schon seit drei Monaten zurück, deshalb läßen sie nicht mehr so frisch aus. Hinterher wurde jedoch, wenn wir uns recht erinnern, von anderer Seite das Gegenteil behauptet und darüber gestritten, ob die Röthe auf den Wangen der Kinder noch von dem Sommeraufenthalt herrühre oder von der augenblicklichen Aufregung oder gar von der Wärme des Saales. Das Unternehmen war damals noch jung und der Glaube, auf diesem Wege den kränklichen Proletariatskindern helfen zu können, noch groß. „Nicht hunderte, nein tausende elender Kinder müssen von Berlin ausgesandt werden!“ sagte die Kronprinzessin, — ein Wort, das seitdem oft wiederholt worden ist. Das Ziel ist thatsächlich erreicht worden; aber, was der Verein geleistet hat, ist bedauerlicherweise trotzdem von Jahr zu Jahr mehr hinter dem stets wachsenden Bedürfnis zurückgeblieben. Es wurden ausgesandt z. B. 1892: 2846, 1893: 3000, 1894: 3076, 1895: 3140, aber es waren gemeldet 1892: 6000, 1893: 7000, 1894: 8000, 1895: 9000 Kinder, wovon nach Aussage der untersuchenden Ärzte die meisten Sommeraufenthalt dringend nötig hatten. Von dem Ziel, „daß kein einziges kränkliches armes Kind mehr von der Wohlthat der Sommerpflege ausgeschlossen bleibt“, (wie das Komitee alljährlich in seinen Aufträgen sagt) ist man also weiter als je entfernt. Daß es auf dem Wege der Privatwohltätigkeit überhaupt nicht erreicht werden kann, das könnte nachgerade auch der bürgerlichen Klasse klar geworden sein.

Der Kampf gegen die Gewissensfreiheit in Preußen. In der „Kampfflag“ lesen wir: Vor der humanistischen Gemeinde erhaltete der Sprecher Schäfer am Sonntag Bericht über die weitere Entwicklung seines Streites mit dem Kultusministerium, der sich außerordentlich zugespitzt hat. Wie mitgetheilt wurde, hat das Ministerium Herrn Schäfer wegen seiner pantheistischen Weltanschauung die sittliche Befähigung zu jedem Unterricht, nicht bloß zum Religionsunterricht, abgesprochen. Eine entschiedene Vorstellung der Gemeinde dagegen, die ja durch diese Maßregelung wesentlich getroffen wurde, blieb ohne Erfolg. Um wenigstens durch ein gefälliges Band die Kinder an der Gemeinde und ihrem Leben zu halten, hat sich ein Kreis von Familien zusammengethan, um der Reihe nach mit den Kindern häusliche Unterhaltungen zu pflegen. Herr Schäfer und seine Frau haben den Anfang damit in ihrer Wohnung mit etwa zehn größeren Kindern gemacht und die Unterhaltung an Räthsel, Sprichwörter, Fabeln, Gedichte u. s. w. geknüpft. Die Polizei hatte davon sofort Wind bekommen. Sobald die Kinder aus dem Hause traten, wurden sie von Geheimpolizisten angesprochen, begleitet und unter verschiedenen Vorwänden nach Namen, Wohnung und Lehrbüchern ausgefragt, was alles auch auf der Straße von ihnen notirt wurde. Darauf wurde im Auftrage des Provinzial-Schulkollegiums Herr Schäfer von der sächsischen Schulddeputation über seine Unterhaltungen mit den Kindern vernommen. Er erklärte, niemandem außer seinem ordentlichen Richter das Recht einzuräumen, darüber nachzuforschen, was er in seinem Hause thue und treibe; gleichwohl verhehle er nicht, daß er zuweilen mehrere Kinder der Gemeinde zu sich einlade, um sich mit ihnen in geeigneter Weise zu unterhalten. Auf Grund dieser Erklärung erhielt Herr Schäfer kürzlich vom Provinzial-Schulkollegium eine Verfügung, binnen 14 Tagen für zwei solche Unterhaltungen 200 M. Strafgeld zu einzahlen, da diese Unterhaltungen als eine Fortsetzung seines Unterrichts angesehen werden müßten. Die Folge dieser Maßregelung wird nun sein, daß künftig Frau Schäfer allein und zwar stets in Abwesenheit ihres Mannes diese häuslichen Unterhaltungen fortsetzt, und wenn das auch ihr verboten werden sollte, die nächste Familie die Unterhaltung übernimmt.

In der Angelegenheit Le Contre hielt am Sonntag der Sparverein für Konsummanden in der Prenzlauer Vorstadt eine

Generalversammlung ab. Geschädigt wurden durch die Beiträgerinnen sämtliche 325 Mitglieder, die erklärterweise fast vollständig erschienen waren. Der Vorsitzende des Sparvereins, Lehrer Hänseler theilte den Versammelten mit, daß sich für das Buchbindereigenschaft des Herrn Le Contre ein Respektant gefunden habe, der geneigt sei, dasselbe für einen Betrag zu übernehmen, von dem unter einigermaßen günstigen Umständen die Mitglieder zum Theil oder völlig schadlos gehalten werden könnten. Doch herrschte in den Geschäftsbüchern Le Contre's ein halloser Wirrwarr; von regelrechter Buchführung sei seit 1893 keine Rede mehr gewesen, und an einen Kaufschluß wäre, bevor eine Bilanz vorliege, natürlich kaum zu denken. Zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins wählte die Versammlung eine fünfgliedrige Kommission, die aus dem Herren Buchdruckereibesitzer Wils, Revierlieutenant v. Papen, Zigarrenfabrikant Mehnert, Köhler und Jäkel besteht. Diesen Herren liegt vor allem die dringliche Aufgabe ob, ein Parole zu beschaffen, durch welches die zur Oflertzeit nothwendigen Aufgaben gedeckt werden können. Die fernere Wirksamkeit des Sparvereins sieht weiter in Frage, da die Versammlung sich einstimmig für den Fortbestand erklärte und auch einen neuen Vorstand wählte. Entgegen der Berichtserwartung, die auch wir am Sonntag brachten, ist mitzutheilen, daß gegen Le Contre sofort nach Entdeckung seiner Unterschlagungen Strafantrag gestellt worden ist; auf dringendes Ersuchen eines Vereinsmitgliedes hat sich die Behörde auch am verklossenen Sonnabend entschlossen, Le Contre zu verhaften. Der Verdacht, um die Unterschlagungen gewußt und sie stillschweigend gebilligt zu haben, richtet sich übrigens nur gegen ein einziges früheres Vorstandsmittelglied, das verstanden hat, die von ihm eingezahlte Summe rechtzeitig bis auf einen unbedeutenden Betrag aus der Vereinskasse herauszuziehen.

Ein Mädchenmord. Ermordet worden ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die am 6. November 1875 zu Berlin geborene unverheiratete Klara Gaß, die zuletzt bei ihrem Schwager, dem former Madde in der Zietenstraße 61 in Rixdorf wohnte. Das Mädchen, das von seinen Bekannten als durchaus ordentlich geschildert wird, war bis zum 15. v. M. in der Gutmuth 18 in Dienst und zog dann zum Schwager nach Rixdorf. Herrenschaftsloshalt soll es bis dahin nicht gehabt haben. Am Donnerstag Nachmittag verließ Klara Gaß gegen 4 Uhr ihre Wohnung und begab sich in die Gurtstraße, um dort in der Filiale Expedition des Berliner „Lokal-Anzeigers“ den „Arbeitsmarkt“ dieses Blattes einzusehen. Von diesem Ausgange ist sie nicht zurückgekehrt. Ihr Schwager hatte sie gleich am Freitag auf dem Rixdorfer Amtsbureau als verschwunden gemeldet, doch blieben die Nachforschungen ohne Erfolg. Am Sonntag Vormittag nun fanden mehrere Männer aus Rixdorf im Wiesengraben zwischen den Köllnischen Wiesen und dem Rappbach-Ufer, nicht weit von der Stelle, wo vor kurzem der elfjährige Knabe Wilm Burr ermordet worden ist, die Leiche eines Mädchens auf, das augenscheinlich eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Diese Leiche ist als die der Klara Gaß von ihrem Schwager erkannt. Nach dem Befunde ist diese jedoch nicht am Fundorte der Leiche ermordet worden. Die Leiche weist verschiedene Verletzungen auf: einen Stich in die rechte Schläfe, zwei Stiche in die rechte Wade und Strangulationsmarken am Hals, darunter Einbrüche, die von einem Fingerringe herzurühren scheinen. Die Leiche war nur mit einem feinen Hemde und einem Korset bekleidet und hatte um den Hals ein Sammetbündchen und an einem Finger der linken Hand einen Siegelring. Sie lag zum Theil im Wasser des Grabens, mit den Füßen am Grabenrande. Die Spur eines Handlakens führt von der Fundstelle der Leiche nach der Bannerstraße, diese entlang zum Rappbachufer und über dieses bis zur Thielensbrücke. Hier verliert sie sich, weil die Brücke einen Bohlenbelag hat und das hinter ihr folgende zur Glogauerstraße führende Kottbusser Ufer mit Steinen gepflastert ist. Blut hat man bei dieser Wagenspur zwar nicht gefunden, man nimmt aber trotzdem an, daß das Mädchen in Berlin ermordet und mit einem Handwagen an den Wiesengraben gebracht worden ist. Das Blut, das man nur in geringer Menge an der Leiche fand, war beim Auffinden bereits getrocknet. Hand und Korset waren mit Blut besudelt, das Mädchen ist also erst nach der Ermordung ausgekleidet worden. Der Tod war nach dem Gutachten des Volizei-Arzt's Dr. Horneffer etwa acht Stunden vor dem Auffinden der Leiche eingetreten. Von dem Mörder hat man noch keine Spur, ebenso wenig von dem Verbleib der Kleider. Das Mädchen trug einen dunkelrothen Rock mit einer schwarzen spitzenbesetzten Crêpehaube, ein schwarzes Jacket, einen schwarzen Filzhut mit grüner Feder und Knöpfstiefel.

Eine unglückliche Ehe hat am Sonntag Morgen durch den tragischen Tod einer hoch blutigen Frau ihr Ende gefunden. Der Pohlshammer Robert Schmidt, der 30 Jahre alt und auf dem Pader-Postamt in der Oranienburgerstraße beschäftigt ist, heirathete vor drei Jahren die 18-jährige Franziska Schulze, die Tochter eines hiesigen Töpfermeisters. Die Ehe blieb kinderlos. Im April v. J. bezog das junge Paar im linken Seitensügel des Hauses Linienstr. 116 eine drei Treppen hoch gelegene Wohnung von Stube, Kammer und Küche. Miethbewohner des Hauses bemerkten bald, daß das Eheleben ein sehr trauriges war. Hader und Schlägerei wiederholten sich immer von neuem und wurden schließlich derart unentzählich, daß sich die Hauswirthin, Frau Hen, erst vor einigen Tagen ins Mittel legen mußte. Wen die Schuld an dem steten Unfrieden trifft, läßt sich schwer beurtheilen. Frau Schmidt warf ihrem Manne vor, daß er oft Wirthschaften mit weiblicher Bedienung aufsuche und dort bis spät in die Nacht hinein verweile; Schmidt seinerseits fühlte sich in der Häuslichkeit von seiner Frau vernachlässigt. Am Sonnabend hatte er sein Gebalt bezogen und war ohne seine Frau ausgegangen. Diese vermittelte ihn in einer Wirthschaft in der Auguststraße und wartete von 2 1/2 Uhr morgens ab auf der Straße auf ihn. Um 3 Uhr endlich trat er aus einem Hause heraus. Die unglückliche Frau muß ihm heftige Bormärse gemacht haben; denn es kam auf offener Straße zu einer Schlägerei, die dahin führte, daß beide Eheleute nach der Polizeiwache gebracht wurden. Etwa um 4 Uhr kehrten sie nach der Wohnung zurück, wo der eheliche Zwist fortgesetzt wurde. Durch den Lärm wachten Hausbewohner aus dem Schlafe auf, und die Ehefrau des Glasermeisters Tsch stand auf, um nachzusehen, was vorgefallen sei. Sie fand Frau Schmidt auf dem Hofe in einer Blutlache liegend vor; der Mann stand bei ihr. Es ergab sich, daß die Unglückliche in der Absicht, aus der Wohnung zu entfliehen, eine Leine an dem Fensterkreuz ihrer neben der Wohnstube belegenen Kammer befestigt und sich an derselben hinabgelassen hatte. Die Leine war aber zu kurz, auch hatte sich das untere Ende verschlungen, sodaß die Frau den Hof nicht erreichen konnte und aus einer beträchtlichen Höhe hinabstürzte. Als der Mann den Hof erreicht hatte, fand er an der Leiche seiner Frau, die sich durch den Sturz auf das Steinpflaster den Schädel geschnitten hatte. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Schmidt blieb an der Leiche, bis sie von der Polizei abgeholt wurde.

Die im Köpenicker Viertel ansässigen Kerzte haben sich einstimmig geweigert, dem in diesem Stadttheil bestehenden Sanitätsverein ärztliche Hilfe zu gewähren. Der Verein besteht aus etwa 180, zum großen Theil gut situirten, nicht dem Arbeiterstande angehörigen Familien und bietet für die Familie 60 Pf. ärztliches Honorar. Die Kerzte des Südostens halten dies Honorar für ein durchaus unwürdiges und warnen ihre Kollegen vor der Annahme dieser Stelle.

Ein Werd ist an einem Kinde verübt worden, dessen Leiche Sonntag Vormittag von einem Schuttmann des 76. Reviers

in Landwehrkanal unweit der Freiarche unter einem Bogen der Stadtbahn gefunden wurde. Es handelt sich um ein kleines Mädchen, das etwa 1 1/2 bis 2 Jahre alt gewesen sein mag. Das Kind ist durch einen wollenen Handschuh, der beim Aufsuchen der Leiche noch im Munde steckte, erhitzt und dann ins Wasser geworfen worden. Der Kleidung nach scheint es das Kind eines Schiffers zu sein. Näheres ist noch nicht festgestellt.

Zur Selbsthilfe gegen einen zahlungsunfähigen Bauunternehmer ist am Sonnabend Abend in Nixdorf wieder einmal ein dortiger Tischlermeister geschritten. Er hatte an den betreffenden Unternehmer für Lieferungen zu einem Neubau an der Kaiser Friedrich- und Reuterstraßen-Ecke eine größere Forderung, welche er trotz aller Mahnungen nicht bezahlt erhalten konnte. Er hatte sich deshalb schon am Donnerstag Abend mit einer Anzahl von Arbeitern nach dem Bau begeben, um die von ihm gelieferten und bereits eingesezten Fenster und Türen wieder an sich zu bringen. Doch wurde er an jenem Abend durch Einschreiten der Polizei daran verhindert. Am Sonnabend jedoch erschien er abermals mit seiner Hilfsmannschaft. Und jetzt gelang es ihm, die Türen und Fenster wieder auszuheben und tatsächlich von dem Bau fortzuschaffen. Doch wird die Sache für ihn jedenfalls noch ein unangenehmes gerichtliches Nachspiel haben, da der Betrüger den ehrlichen Mann zur Anzeige gebracht hat.

Die Brandstifter von Noabit scheinen jetzt auch Charlottenburg zu besuchen zu wollen. Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, wurde dort ein Bodenbrand im Hause Wilmersdorferstraße 62/63 entdeckt. Dies Haus hat zwei Eingänge, einen von der Wilmersdorferstraße, den andern von der Kanthstraße. Kurz vor 5 Uhr bemerkten mehrere Dienstmädchen, wie ein Mann mit einem Pelzermantel sich verdächtig machte und von Thüre zu Thüre ging. Bald darauf entdeckte eine Mieterin, die Kohlen vom Boden holen wollte, das Feuer in dem Aufgang von der Wilmersdorferstraße aus. Dann bemerkte sie auch, daß auf dem Bodenraum in dem andern Aufgang ebenfalls Feuer war. Zum Glück gelang es den Mietern, die sofort herbeigerufen waren, den Brand zu löschen, so daß die Feuerwehr nicht in Thätigkeit zu treten brauchte. Brandstiftung liegt der „Charlottenburger Btg.“ zufolge unweifelhaft vor.

Bei einem Brande ist am Sonntag früh die 15-jährige Ella Keil, Tochter des Gastwirths Keil in der Kampbaufenstr. 5 verbrannt. Die Feuerwehr wurde um 7 Uhr 25 Minuten von Hausbewohnern alarmirt. Als die 2. Kompanie aus der Leichenbergstraße an der Brandstätte anlangte, brannten in der Wohnung Kleidungsstücke und der Fußboden. Sapperre schlugen sofort Thüren und Fenster ein, um dem Rauch Abzug zu verschaffen. Sie fanden das junge Mädchen todt auf dem Fußboden vor. Wiederbelebungsversuche, welche die Samariter der Feuerwehr sofort anstellten, blieben ergebnislos. Ein Arzt stellte dann fest, daß der Erstickungstod bereits eine Stunde vor Entdeckung der Leiche eingetreten sein müsse. Die Entstehungsurache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden, der Brand selbst wurde schnell gelöscht. Hausbewohner haben erst kurz nach 7 Uhr, durch den Qualm aufmerksam gemacht, das Feuer bemerkt und die Feuerwehr benachrichtigt.

Die Ober-Postdirektion theilt uns mit, daß die in Nr. 48 gebrachte Meldung, wonach am Montag vor acht Tagen auf dem Postamt 90 (Winterfeldtplatz) nach verbotenen Schriften gehandelt wurde, unrichtig ist. Weder dem genannten Postamt noch dem zuständigen Polizeirevier sei von solchen polizeilichen Nachforschungen etwas bekannt. Desto besser, wenn die uns von einer für zuverlässig gehaltenen Seite zugegangene Meldung unrichtig ist.

Der frühere Bauunternehmer Ehlers wurde am Freitag Abend von der Nixdorfer Polizei verhaftet. Er wurde schon lange von der Berliner, sowie der Nixdorfer Polizei gesucht und hat noch 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus wegen mehrerer Verbrechen zu verbüßen.

Ein bedeutender Diebstahl an Stoffen und Kleidungsstücken, der in der Nacht zum Sonntag in einer Gormannstr. 2 belegenen Faserfabrik verübt worden ist, führte zur Verhaftung eines Burschen, der der That verdächtig erscheint.

Einer jener Vorgänge, welche die Herbergen zur Heimath leider gar oft zu ihrem Nachtheil auszeichnen, war wiederum am Sonntag nachmittags in der Oranienstraße zu beobachten. In dem dort befindlichen Heimathsausschuss befahl der Hausknecht etwa um 4 Uhr, daß sich jedermann setzen sollte. Ein Mann, etwa Mitte der vierziger, bemerkte, daß ihm die Erfüllung dieses Befehls nicht gut möglich sei, denn er könne keinen einzigen freien Stuhl finden. Um solchen Raisonnement und gleichzeitig dem Hausknecht ein Ende zu bereiten, warf der robuste Hausknecht den gebredlichen Mann kurzerhand zur Thüre hinaus und gab ihm hinterwärts einen Stoß, so daß er überschlug und aus Nase und Mund blutend besinnungslos auf dem Hofe liegen blieb. Dort wurde der Verletzte schließlich von der Polizei fortgeschafft.

Keine Mißhandlung. In der in Nr. 47 gebrachten Mittheilung über den Zustand der ins Krankenhaus gebrachten 13-jährigen Tochter des Kaufmanns D. wird uns berichtet, daß die Krankheit die Folge einer Vergewaltigung sei, die es vor drei Jahren erlitten hat. Von den Eltern ist das Mädchen stets liebevoll behandelt worden, und die Annahme ist völlig ausgeschlossen, daß das Kind infolge von Mißhandlungen erkrankt ist.

Ein Bauunfall hat sich am Sonnabend gegen Mittag auf dem Grundstück der Brauerei Pfefferberg an der Schönhauser Allee zugetragen. Beim Bau eines Schornsteins wurde der Maurer Richard Thiele von einer eisernen Platte, die der Sturm zum Fallen brachte, so schwer getroffen, daß er mehrere Rippen brach. Der Verunglückte wurde zunächst in seine Wohnung gebracht, später aber ordnete ein Arzt der Unfallstation II seine Ueberführung in ein Krankenhaus an.

Vermißt wird seit dem 20. v. M. der 42 Jahre alte Fuhrherr Friedrich Schmidt aus der Schornhorststr. 7a. Schmidt entfernte sich in Pantoffeln aus seiner Wohnung, während seine Frau im Stalle zu thun hatte, und ist bisher weder zurückgeführt noch gefunden worden. Auf dem Tische fand die Frau einen Zettel, auf dem mit Tinte geschrieben stand: „Liebe Gemille, meine nicht über mich, meine Schmerzen waren zu groß. Dein lieber Fritz.“ Der Verschwindene ist seit Herbst vorigen Jahres nervenleidend; seine Frau, die glaubt, daß er sich ein Leid angethan hat, wäre für jede Mittheilung über seinen Verbleib dankbar.

Zu erschießen versuchte sich am Montag, mittags gegen 1 Uhr im Thiergarten der Kaufmann Jache aus der Kottbuserstraße. Selbstmordversuche sollen den Mann zum Selbstmordversuch getrieben haben.

Herrschafftliche Equipagen. Ueberfahren und schwer verletzt wurde Sonntag Abend gegen 8 Uhr eine 78 Jahre alte Dame an der Ecke der Koch- und Friedrichstraße durch ein zweirädriges auf Gummirädern laufendes Trabergeräth, welches im schnellsten Tempo die Friedrichstraße nach dem Bellevue-Anstanzplatz zu dahinjagte. Die Verunglückte, welcher die Räder über die Brust gegangen waren, wurde in bewußtlosen Zustande nach der Charité geschafft. Der Reiter des Wagens, auf welchem letzterem sich noch ein Herr und eine Dame befanden, suchte schleunigst das Weite zu gewinnen, wurde aber von einem Schuhmann unter Mithilfe von hinzuströmenden Passanten festgehalten und sammt seiner Herrschaft, die sich weigerte, ihren Namen anzugeben, zur Wache gebracht.

In gräßlicher Weise wurde am Sonnabend in Spandau ein Gefelle des Buchfabrikanten Görner verkrüppelt. Dem 19-jährigen Manne, der an dem durch Gastkraft betriebenen großen Wiegemeßer beschäftigt war, wurden von dem scharfen Instrument beide Unterarme abgetrennt. Der Unglückliche verlor angesichts dieser entsetzlichen Verletzungen nicht die Besinnung.

In der Untersuchung wegen Ermordung des Knaben Willy Burr waren am Sonnabend zwei Beamte der Berliner Kriminalpolizei, der Heine Bruder des Ermordeten, der siebenjährige Otto Burr, und der Fleischermeister, bei dem der muthmaßliche Thäter ein Stück Buch gekauft hat, in Spandau. Der Schuhmacher Oskar Schliebig wurde im Amtsgerichtsgefängniß dem kleinen Burr und dem Fleischermeister gegenübergestellt; er konnte von ihnen indes nicht mit Bestimmtheit als der Mann bezeichnet werden, den sie am Tage der That gesehen haben und der als der Mörder gilt. Trozdem wird der Verdacht gegen Schliebig noch anrecht erhalten. Die Spandauer Polizei hat inzwischen ermittelt, daß die Behauptung des Schliebig über sein Mißbi am 12. Februar, dem Mordtage, falsch sei. Er hatte angegeben, daß er an jenem Tage in Spandau gewesen sei und im Hause seines Meisters bestimmt bezeichnete Arbeiten verrichtet habe. Es ist aber festgestellt, daß diese Arbeiten erst am 14. Februar ausgeführt wurden; andererseits ist ein Maurer ermittelt worden, zu dem Schliebig am 12. Februar mittags gefogt hat, er fahre nach Berlin. Schliebig wird in Haft behalten und die Untersuchung gegen ihn fortgesetzt.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. März 1896. Ziemlich warmes, zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Der Verein Probühne veranstaltete am Sonntag Mittag abermals eine Vorstellung im Residenz-Theater. Ein Vorstandsmitglied des Vereins, Herr J. Lehmann, ließ ein Schauspiel in drei Akten „Das Kapital“ aufführen. Der Autor hat vor drei Jahren in der „Festobühne“ mit einem recht langweiligen und unnützen Jambendrama „Thomas Bekker“ Unglück gehabt, aus welchem er, wie die Sonntagsvorstellung lehrte, immerhin einige Rührung empfangen hat. Das neue Stück ist ein Griff ins moderne Leben und bietet, allerdings in einer Rede von Sentimentalität und unter den Blüten einer zum Theil nicht immer freiwilligen Komik doch zuweilen Gaben, die erkennen lassen, daß es dem Verfasser nicht an Gestaltungskraft und einiger Routine mangelt. Ein Liebespaar, aus Finanzkreisen entsprossen, möchte gar zu gerne ein beschränktes Stück Idealismus an sich verwirklichen, unabhängig vom Schanden Rammon der Väter. Er ist namentlich auf diese Caprice verfallen. Sohn eines verstorbenen Großwüchters wurde er aus Haß gegen den Vater und dessen zusammengekrachten Millionen Gymnasiallehrer. Mit dem Einkommen aus dieser wenig bevorzugten Stellung will der Gute seine Liebe, die Tochter eines — wie sich bald herausstellt — bankrotten Kommerzienraths am häuslichen Herd hegen und pflegen. Als der Zusammenbruch des Geschäftes unvermeidlich scheint und der karrikirt gezeichnete Kommerzienrath mit dem Gedanken umgeht, wegen unerschlagener Depotgelder ins

Gefängniß zu wandern, macht sich der bislang verachtete Bucherer durch Vergabe einer Million zu einer mit Inbrunst angebeteten Gloriengestalt. Der Sohn, dessen Liebe er sich bisher vergeblich zu erringen getrachtet hatte, die Schwiegertochter, der Kommerzienrath und dessen hochfahrende Sippschaft, deren Vermögen gleichfalls vom Bankrott verflungen worden wäre, alle, alle huldigen sie in seinen Millionen ihm, dem vorhin beleidigten und gehähten Menschen. Der Rammon, gleichviel ob erwuchert oder in heuener Form erworben, ist die segenspendende Gnadenform in der Welt des Kapitalismus. Was zu beweisen war. Leider führt der Autor den Beweis von der Allmacht und Erhabenheit des Kapitals, gleichviel welcher Herkunft, in einer gar ernsthaften Form, aus welcher der Kolold nur selten hervorguckt. Als Satire gedacht und bearbeitet, würde das Stück so lächelnd nicht sein. Die Darstellung war getragen von Herrn Emil Marx vom Deutschen Theater, der den alten Bucherer in prächtiger Maske und Charakterisierung gab. Im übrigen wurde das Stück recht mittelmäßig gespielt.

Das National-Theater, das allen berühmten Stücken anderer Bühnen hart auf den Fersen sitzt, kam am Sonntag auch mit seinem König Heinrich. Dießmal irrt man sich aber, wenn man meint, daß der Verfasser, Herr Helbig, ein schöner Nachahmer Wildenbruch's wäre. Das Drama hat schon vorher in Weimar das Licht der Welt erblickt, und der Verfasser soll sich von dorthin sogar einiger Originalerfolge rühmen können. Schon möglich. Schwachheit ist das Stück aber darum doch nicht. Ein Jambendrama, wie es gar oft von wagemuthigen Leuten verfaßt wird, die anerkennen, daß ungeschickel alles Deutschthums auch der schlimme Gregor in seiner weltberühmten Anmuthung noch ein süßes Herz im Busen trug, ja, daß er, wenn er es nicht zum Pöbel gebracht hätte, ein ganz passabler Kerl geworden wäre. Viel Schwertergeklirr und Volksgedulde gab es in dem Stück, und so mußte es dem Sonntagspublikum schon gefallen. Herr Siegfried Brud gab sich redlich Mühe, der Rolle des Gregor dramatische Kraft einzubringen; sehr ungenügend war der König Heinrich von Herrn Bach dargestellt.

Vermischtes.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich, wie hiesigen Abendblättern gemeldet wird, in der Brennerei zu Neugörzig im Kreise Schwerin an der Marthe. Als bei der Revision der Brennerei der Ober-Steuerkontrolleur Kemelst und der Steuerkontrolleur Krubäl den Wäheraum betraten, fielen sie sofort besinnungslos um. Krubäl war auf der Stelle erstickt, während Kemelst sich wieder erholt. Krubäl hinterließ Frau und sieben unvorhergesehene Kinder.

Ein Ehrenmann. Die „Sonderburger Zeitung“ meldet: Bei der Spar- und Leihkasse in Eszabell auf Allen ist, dem Vernehmen nach, eine Unterbilanz von mehr als einer Viertelmillion Mark festgestellt worden. Die Kasse stand unter der Leitung des kürzlich verstorbenen Abgeordneten Lassen.

In Düsseldorf ist der Homöopath Dr. Volbeding wegen grober Unregelmäßigkeiten in seiner ärztlichen Praxis verhaftet worden.

Auf der Bahnhstation St. Andreae bei Helsingfors fand Sonntag früh in einem Eisenbahnwagen zweiter Klasse eine Explosion statt, durch welche der Wagen vollständig zerstört wurde. Zwei Personen wurden getödtet, sieben verwundet. Man vermutet, daß ein Passagier Dynamit bei sich gehabt hat.

Vermutheter Schiffsuntergang. Wie die „Nowoje Wremja“ in Petersburg meldet, ist der Dampfer „Colombina“, der sich auf der Fahrt von Konstantinopel nach der Krim befand, an seinem Bestimmungsort nicht angekommen. Da auch jede Nachricht von dem Schiffe fehlt, fürchtet man, daß es während des letzten Sturmes untergegangen ist.

Ueber ein furchtbares Brandunglück wird aus Petersburg berichtet: In der Nacht zum Montag ist in einem entlegenen Stadttheile in den Fabrikanlagen von Butlowosty ein von Arbeitern bewohntes Haus niedergebrannt; acht verkohlte Leichen sind bisher gefunden; die Nachforschungen unter den Trümmern dauern fort.

In Odessa-Basarhely (Ungarn) wurden acht Personen verhaftet, welche seit Jahren auf Bestellung miltiebige Personen vergifteten. Das Haupt der Bande ist eine angesehene Gutsbesitzerin.

Ueber einen Schiffsunfall wird aus New-York vom 29. Februar berichtet: Der Dampfer „New-York“ fuhr im Nebel auf und blieb auf dem sandigen Boden fest. Die Lage ist unglücklich. Die Passagiere werden mittels Bugsdampfer gelandet. Der Kapitän glaubt die ganze Ladung auf Leichtern transportiren zu müssen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonntagsabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Berichtigung. In dem Artikel: Juristische Scholastik, Spalte 3 Seite 1, muß es statt reichsgesellschaft heißen: reichsgerichtliche.

H. W., Danzig. Ueber die Versammlung war bei Eintreffen Ihrer Zuschrift schon berichtet. Vielen Dank! B. 100. Die Anstellungs-Kommission befindet sich in Posen.

Achtung! Möbelpolirer.

In der Möbelfabrik von Hülshenbeck, Kroll & Co. sind Differenzen ausgebrochen. Die dort arbeitenden 10 Kollegen legten einmüthig die Arbeit nieder, weil die den Tischlern bewilligte Lohnerhöhung wieder zurückgezogen wurde.

Nachstehende Werkstellen haben unsere Forderungen noch nicht bewilligt: Mathuse, Admiralstraße 18. Gäwde (Griß), Bürgerstraße 16. Unfrau, Brunnenstr. 98. Lucat u. Weißelberg, Cuvyrstr. 46. Krüger u. Comp., Eisenbahnstr. 96 b. Fischer, Forststr. 4. Salymann, Frankfurter Allee 143. Bolle, Gerichtsstr. 72. Regen, Gubenerstr. 10. Derford, Heinersdorfer Weg 3. Scheffler, Langestr. 70. Werner, Langestr. 91. Rose, Mantelstr. 57. Einigun, Raibachufer 8. Laborenz (Mißdorf), Knefbeckstraße. Hagen (Weichenberg), Prenzlauer Allee 12. P. Oyan, Händeldorferstr. 47. Staff, Weichenbergstr. 135. Baumgart (Weichenberg), Charlottenstr. 81. Rösener, Weichstr. 6. Berendt, Wienerstr. 31. Kienow, Wollinerstr. 27 a. Girschner, Wienerstr. 44. Seibel, Wienerstr. 57 a. Wild, Przl., Friedrichsbergerstr. 23. Fischer, Gr. Frankfurterstr. 123. Regel, Griebelstr. 22. Böllel, Königsbergerstr. 90. Anders, Königsbergerstr. 29. Tzolf, Langestr. 35. Schon, Mariannenstr. 31/32. Schneider, Weichenbergstr. 125. Koch, Bagialupo Gassigna, Schönhauser Allee 78. Freienstein (Weichenberg), Königs-Ghauffee 65. Macheleit, Weberstr. 3. Preister u. Rohmann, Skalkherstr. 134/135.

Die Kollegen werden ersucht, obige Werkstellen zu beachten! Ferner werden die Kollegen gebeten, dem Beschluß der Versammlung vom 17. Februar betreffend den Streikfonds regelmäßiger nachzukommen. Die Kommission. Auch ersuchen wir nochmals, Werkstellen, welche sich an der Bewegung abspalt nicht betheiligt haben, oder Kollegen, welche in gesperrten Werkstellen arbeiten, sofort der Kommission zu melden.

Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen.

Sonntag, den 29. März 1896, nachm. 6 Uhr, im Lokale des Wirthes Herrn Karl Ern zu Solingen (Wohnort): General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Erklärung über die stattgefundene amtliche Revision. 2. Geschäftsbericht. Vorlage der Bilanz pro 1895. 3. Beschlußfassung über die Verwendung des Geschäftsergebnisses. 4. Anträge. Der Aufsichtsrath. 1896

Unerreicht billig!!! Teppiche

fehler in größter Auswahl von 3,50 M. an. empfiehlt d. älteste Teppich-, Gardinen-, Möbelstoff- und Portièren-Geschäft Berlin. Otto Büchler, Berlin G., Große Klosterstraße, 32/1. Berjaudabtheilung D. 147/14

Einsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Rammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139. Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Hackescher Markt 4, J. Brünn, Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf! Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Leinenwaaren! Fertige Wäsche! zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Abgeordnetenhaus.

82. Sitzung vom 2. März, 11 Uhr.

Am Ministertische Kultusminister Dr. Voffe und Kommissarien.

Dem am Sonnabend nach kurzer Krankheit verstorbenen Abg. Brühl (Welfe) widmet der Präsident Worte ehrender Erinnerung; das Haus ehrt sein Andenken in üblicher Weise.

Gingegangen ist eine Interpellation King (L.), betr. Maßregeln gegen Einschleppung von Viehseuchen.

Die Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neudach (fr.): Für die verantwortungsvolle Stellung der Kreisinspektion genügt diese Amtsausübung nicht, wenn das Amt lediglich im Nebenamt verwaltet wird, und zwar um so weniger, als die Dezentralisation der Schulverwaltung auf die Kreisverwaltung eine nothwendige Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung der Schule ist. Man scheint nach den hier stattgehabten Debatten allerdings zu glauben, daß die Zeit für ein neues Schulgesetz nach dem Wuster des Zedlitz'schen schon gekommen sei; wenigstens sind die Reden Bachem's und Stöcker's gar nicht anders verständlich, als wenn man sie als ein Aufklärungsgesetz für den beginnenden Kampf um dies Gesetz betrachtet. Wir sind damit einverstanden, daß der Volksschul-Unterricht auf religiöser Grundlage beruhen soll; aber was in dem Zedlitz'schen Gesetz gefordert war, ging weit hierüber hinaus und entzog dem Staate seine natürlichen Rechte in bezug auf die Schule. Damit wurde ein Gegensatz zwischen den Bürgern des Staates, die ihren Einfluß auf den Unterricht der Kinder nicht aufzugeben willens sind, und der Schulobrigkeit geschaffen, der die schlimmsten Folgen haben mußte. Darum sind wir Gegner des Gesetzes.

Abg. Dr. Jazdzewski (P.): Eine großpolnische Agitation, wie sie der Minister schildert, besteht nicht; für Ausschreitungen einzelner soll man das polnische Volk nicht verantwortlich machen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Zur Zeit der polnischen Herrschaft hat die größte Toleranz gegen Deutsche geherrscht; sie hatten deutsche Schulen und Kirchen und lebten unangefochten von der polnischen Obrigkeit. Heute genügt polnische Abstammung und Sprache bei einem Menschen, um ihn als staatsgefährlich erscheinen zu lassen. In der Behandlung der katholischen und evangelischen Bevölkerung Polens läßt sich die größte Inparität konstatieren. Freilich lassen die Angriffe Dr. Sattler's gegen das Polenthum erkennen, wozu die Reife geht und wenn der Minister sich als Fanatiker gegenüber den Polen hinstellt, so ist mit etwas Drarriges bisher in meinem parlamentarischen Leben noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig bei den Polen.) Freilich v. Stein anerkennt, daß die Polen einen berechtigten Stolz besitzen, den man schonen muß. Das ist ein Wort, das jeder Pole unterschreiben kann! (Beifall bei den Polen.)

Minister Dr. Voffe: Ich nehme aus meiner Rede nichts zurück, außer dem Ausdruck „fanatisch“ in bezug auf die polnischen Krankenschwestern, der wohl überholt war. Erfüllen die Polen ihre Pflichten gegen den Staat, so haben sie keine Maßregelung von uns zu erwarten. Der ungläublichen Deutschenbege gegenüber müssen wir einschreiten, namentlich wenn sie so getrieben wird, wie jetzt in Oberschlesien. Vielleicht ist Herr v. Jazdzewski der Fall bekannt, daß den deutschredenden Kindern Religionsunterricht in deutscher Sprache verweigert wird. (Abg. v. Jazdzewski verneint.) Der Probst hieß Dr. v. Jazdzewski. (Hört! hört! Heiterkeit.) Sie werden begreifen, daß ich da eingreifen muß (Sehr richtig). Den rein agitatorischen Bestrebungen in Oberschlesien müssen wir mit allem Nachdruck entgegenreten, denn dort handelt es sich um deutsche Bevölkerung, die wir in ihrem Deutschthum schützen müssen. (Bravo!)

Abg. Richter (fr. Vg.): In bezug auf Oberschlesien stehe ich vollständig auf dem Standpunkt des Ministers. Wenn es möglich wäre, über das Zedlitz'sche Schulgesetz eine Volksabstimmung herbeizuführen, so würde Herr Stöcker sich überzeugen, daß er keineswegs eine Mehrheit hinter sich hat.

Abg. Schwarze (Z.) hält den Vorwurf der Inparität gegen die Regierung aufrecht. Der christlichen Volksschule für einen Vödel die Verantwortung aufzuerlegen, ist ein Unbding, das nur bei Herrn Richter möglich ist.

Abg. Frhr. v. Loß (Z.): Die Darstellung, welche v. Egnern von den Beschlüssen der Würzburger Generalversammlung bezüglich der Presse gegeben, ist unwar.

Abg. v. Egnern (natl.): Die Behauptungen über den Beschluß bezüglich der Presse habe ich dem Schulthes'schen Gesichts-talender entnommen, dessen Zuverlässigkeit noch nirgend bezweifelt ist.

Abg. v. Hendebrandt (L.): Wir können dem Freiherrn v. Zedlitz nicht zugeben, daß der Zedlitz'sche Schulgesetz-Entwurf einen zu weitgehenden Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule gestattete.

Abg. Mören (Z.): Die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens haben zu vielen Unzutuglichkeiten geführt, und die Behandlung der Ordensmitglieder ist eine unwürdige Behandlung von Leuten, die sich unweigerlich in den Dienst der Nächstenliebe stellen. Man kann sich das nur so erklären, daß sich im Kultusministerium immer noch kulturkämpferische Neigungen geltend machen. (Beifall bei dem Zentrum.)

Minister Voffe: Wünschen Sie eine Aenderung der Kirchenvermögens-Verwaltung, so bringen Sie ein Gesetz und schaffen Sie die Genehmigung des Landtages; wir haben kein Interesse daran, die Kontrollinstanz wieder aufzuheben, die Sie in dem Gemeinderath besitzen. Ordensniederlassungen haben wir heute 300 mehr als vor dem Kulturkampf. In keinem Lande mit katholischer Mehrheit der Bevölkerung stehen die Orden so günstig wie bei uns.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Die Polen waren so lange tolerant gegen Deutsche, als sie politisch ohnmächtig waren. Die Auf-forderung des Ministers an das Zentrum, Anträge auf Aenderung des Ordens- und des Kirchenvermögens-Gesetzes zu stellen, halte ich für nicht unbedenklich. Ein Mittel gegen Umsturz ist die Kirche nicht; übrigens sind die Umsturzbestrebungen in katholischen Ländern nicht geringer, sondern stärker als bei uns.

Abg. Kirch (Z.): Unsere Orden treiben keine Propaganda gegen die evangelische Kirche; in Belgien und Amerika sind sie besser gestellt als in unserer Gesetzgebung. Die Mahnung an die Presse zur Mäßigung in den Angriffen gegen Andersgläubige hat nur in der von Freiherrn v. Loß dargelegten Form stattgefunden.

Abg. Dabach (Z.) legt ausführlich die Vorgänge bei der Dortmunder Wahl dar, um den wiederholten Andeutungen des Herrn v. Egnern entgegen zutreten, das Zentrum begünstige die Sozialdemokratie. — Redner wird von dem präsidenten Vize-Präsidenten Krause gebeten, zur Sache zu kommen, da die Dortmunder Wahl in keinem Zusammenhang mit dem Titel Ministergehalt stehe. — Redner verliest einen Artikel der „Köln. Zig.“, worin die Stellung des Königs in sehr bedenklicher Weise kritisiert wird; das sei Erschütterung der Grundlagen des modernen Staates (Rachen bei den Nationalliberalen), von denselben Nationalliberalen, die diesen Vorwurf gegen das Zentrum erheben wegen seiner Zu-

stimmung zum Zedlitz'schen Schulgesetz-Entwurf. Egnern's Behauptungen über die Würzburger Generalversammlung und deren Beschluß bezüglich der Presse überhoben auf falscher Information. Schließlich weist Redner auf die Ersparnisse aus katholischen Fonds hin, die man gelegentlich zu katholischen Zwecken verwenden könne.

Nach einer kurzen Erwiderung des Ministers Voffe, der namentlich eine generelle Erklärung über die Zulassung stöcherlicher Niederlassungen ablehnt, verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen 11 Uhr, nachdem Abgeordneter v. Jazdzewski in persönlicher Bemerkung die Darstellungen des Ministers über seine Person als unrichtig erklärt hatte.

Landesverraths-Prozess Schoren.

Aus Leipzig wird uns vom 2. März geschrieben:

Zum ersten Male seit der Einweihung des neuen Reichsgerichtsgebäudes ist der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts genöthigt, aus Anlaß eines Prozesses von politischer Bedeutung zu einer mehrere Tage dauernden Verhandlung zusammenzutreten. Es dürfte den Lesern noch erinnern sein, daß der zur politischen Abtheilung der Berliner Kriminalpolizei gehörende Kriminalkommissar v. Lausch unter Assistenz des Berliner Kriminal-Wachtmeisters Beck und des Berliner Kriminal-Schuttmanns Roth am 18. September 1895 auf dem Central-Bahnhof in Köln eine kühnen erregende Verhaftung vornahm. Die Verhafteten waren der Ingenieur Schoren und seine „Maitresse“, die Schneiderin Margarethe Richter aus Magdeburg. Letztere unterhielt, außer mit Schoren, ein intimes Liebesverhältnis mit einem jungen Arbeiter in Magdeburg und war gleichzeitig mit einem Bisfeldweibel in Saarbrücken verlobt. Dieser hatte wohl von der Bisfeldigkeit seiner Frau keine Kenntnis, denn er hatte beschlossen, Fräulein Margarethe Richter zum Traualtar zu führen. Der Tag der Vermählungsfeier war bereits auf den 24. September 1895 festgesetzt. Fräulein Margarethe wollte daher mit Schoren, noch ehe sie mit ihrem Saarbrücken'er Bisfeldweibel den Ehebund einging, einige Tage in zwei-jahrigem Verbringen. Sie folgte daher sehr gern einer Einladung des Schoren in die Hauptstadt des Rheinlandes. Schoren war bereits am Morgen des 18. September in Köln eingetroffen und hatte im „Hotel Ernst“ Wohnung genommen. Er theilte dem Oberkellner des erwähnten Hotels mit, daß er am Abend seine Gattin, die aus Magdeburg komme, erwarte und daß außer dieser noch zwei Freunde eintreffen dürften. Abends gegen 7 Uhr kam auch Margarethe Richter in Köln an. Schoren hatte sich rechtzeitig auf den Bahnhof begeben, um seine Angebetete zu empfangen. Kaum hatte er dieselbe begrüßt, da trat Kriminalkommissar v. Lausch, der den Schoren schon lange beobachtet hatte, an das Paar heran und erklärte beide für verhaftet. Auf dem Polizeipräsidium in Köln angelangt, wurde sofort eine eingehende Sichtung der Akten vorgenommen. In der Tasche des Schoren fand man einen in kleine Stücke zersetzten Brief, den sich laut Beobachtung der Berliner Kriminalbeamten, Schoren am selben Tage, da der Brief „postlagernd Köln“ adressirt war, von der Post abgeholt hatte. Dem erwähnten Kriminalkommissar gelang es, die einzelnen Stücke zusammenzusetzen, so daß er aus dem in französischer Sprache abgefaßten Briefe ersehen konnte, daß derselbe mit „Müll“ unterschrieben und ihm 200 Frank. beigelegt waren. In dem Briefe wurde Schoren von dem „Müll“ ersucht, den „joyeux compagnon“ zu beantragen, die Konstruktion des Gewehrs, Modell 88, zu verfolgen. Ganz besonders wünsche man zu wissen, ob eine neue Ladevorrichtung mit diesem Gewehr geplant sei. Außerdem lag dem Briefe ein Fragebogen bei; auf diesem wurde um Auskunft ersucht über die von der Abtheilung der Eisenbahn-Brigade im August 1895 zwischen Jaenichendorf und Magdeburg ausgeführte Uebung im Eisenbahnbau, über Ladbefähige transportable Brücken u. s. w. Es gelang sehr bald, festzustellen, daß der „Müll“ ein Mann namens „Emil Montier“ war. Dieser wohnte zur Zeit in Brüssel und betrieb dort ein Diktando- und Fuhr-Geschäft; er war außerdem Theilhaber des Musée D'histoire in London und Inhaber einer Konservinenfabrik in Antwerpen. Angeblich schrieb Montier auch Artikel über militärische Angelegenheiten für belgische und französische Zeitungen. Es wurde aber auch festgestellt, daß Montier ein französischer Spion war, der im französischen Kriegsministerium zu Paris ein- und ausging, oftmals nach Deutschland kam und sich Briefe aus Deutschland an die Adresse seiner Geliebten „Marie Joséphe le Collet, rue Antoine Dansaert 40, Bruxelles“ schicken ließ. In Deutschland reiste Montier gewöhnlich unter dem Namen „Marchal“. In seinen Hauptquartieren gehörte wohl mehrere Jahre der Ingenieur Schoren, der von 1890 bis 1893 auf dem Grusonwerk zu Wetzlar bei Magdeburg angestellt war. Letzterer hat dem Montier ausserdem schon seit mehreren Jahren Berichte über Geschätzkonstruktionen u. s. w. geliefert. Nach seinem Weggange von Gruson suchte Schoren seine Beziehungen zu früheren Angestellten von Gruson bezw. Krupp aufrecht zu erhalten. Er wußte zunächst den Ingenieur Karl Puff in Essen unter allerlei Vorwänden zu bewegen, nach Brüssel zu kommen. Dort stellte er diesen dem erwähnten Montier als „Monsieur Marchal“ vor. Letzterer versprach dem Puff ein festes Gehalt von monatlich 300 M. und eine große Extragrattifikation, „zumal für diese Zwecke Millionen disponibel seien“, wenn er ihm berichten wolle über neue deutsche Feldgeschütze, über die Ausrüstung der deutschen Feldartillerie, über Geschütze, die zur Beförderung der französischen Sperrforts bestimmt sein sollen u. s. w. Puff ging nach längerem Sträuben aussehend auf dies Anerbieten ein, machte jedoch bei seiner Rückkunft nach Essen sofort der Diktation der Krupp'schen Werke Mittheilung und sandte, im Einverständnis mit dieser, in fingirter Form die verlangten Berichte. Puff wurde einige Zeit darauf von Montier eingeladen, nach Brüssel zu kommen. Dort wurde ihm von Montier gesagt, seine Angaben seien nicht zureichend. Drei andere Herren in Deutschland, die ihm ebenfalls berichten, hätten ihm das gerade Gegentheil mitgetheilt. Montier übergab nun dem Puff 250 Frks. Reisegeld und versprach ihm ein sehr hohes Honorar, wenn er ihm weitere Berichte über Geschütze, Mitrailleusen, Sprenggranaten, Schnellfeuer-Gaubühntürme, deren Konstruktion, Wirkung u. s. w. geben, d. h. wenn nach geschehener Prüfung die Angaben sich als richtig erweisen würden. Puff brach jedoch die Beziehungen mit Montier und Schoren ab. Letzterer war inzwischen bemüht, den Ingenieur Paul und den Buchhalter Plewka in Essen, beide Angestellte auf den Krupp'schen Werken, ebenfalls als „Berichterstatter“ zu gewinnen. Er begab sich wiederholt selbst nach Essen, suchte die alte Freundschaft mit Paul und Plewka, mit denen er in Brückow bei Magdeburg auf dem Grusonwerk zusammen gearbeitet hatte, wieder aufzurichten und diese unter allerlei Versprechungen zu bewegen, ihm über neues Kriegsmaterial, das auf den Krupp'schen Werken angefertigt werde u. s. w., Bericht zu erhalten. Paul und Plewka widerstanden jedoch den Verlockungen des Schoren. Nicht so widerstandsfähig erwiesen sich der Ingenieur und Lieutenant a. D. Pfeiffer und der Buchhalter und Korrespondent Ringbauer. Obwohl die zwischen Schoren und Pfeiffer stattgefundene Korrespondenz nur in wenigen Bruchstücken vorgefunden wurde, so ist doch die Anklagebehörde der Meinung,

daß Pfeiffer dem Schoren in sehr erheblicher Weise Berichte über diskretes Kriegsmaterial der verschiedensten Art geliefert hat und zwar umsomehr, da Pfeiffer geständig an seinen jetzigen Prinzipal, den Fabrikbesitzer Emil Ritter v. Skoda in Pilsen, der in letzterem Orte ein ähnliches Werk wie das Gruson'sche besitzt, von Berlin aus „Wochenberichte“ über Feldgeschütze, Doppelpänder, Sprenggranaten, Gaubühntürme u. s. w. geliefert hat. Diese „Wochenberichte“ charakterisiren sich nach Ansicht der Anklagebehörde ebenfalls als Landesverrath, bezw. Verrath militärischer Geheimnisse. Auch Ringbauer, der viele Jahre auf dem Grusonwerk als Buchhalter und Korrespondent beschäftigt war, soll dem Schoren zahlreiche Berichte über diskretes Kriegsmaterial geliefert haben. Die Margarethe Richter, die dem Schoren u. a. als deutsche Bedienungsdiente, wurde, da gegen diese etwas Belastendes nicht vorlag, nach einiger Zeit aus der Haft entlassen, dagegen Pfeiffer und Ringbauer verhaftet. Die beiden letzteren haben sich daher am Montag, in Gemeinschaft mit Schoren, auf Grund der §§ 1 und 3 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1893, betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse, vor eingangs bezeichnetem Reichsgerichte zu verantworten. Die erwähnten Gesetzesparagraphe lauten: § 1. „Wer vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, in den Besitz oder zur Kenntniss eines anderen gelangen läßt, wird, wenn er weiß, daß dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet wird, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 15 000 M. erkannt werden kann. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter 6 Monaten ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden kann.“ § 3. „Wer vorsätzlich den Besitz oder die Kenntniss von Gegenständen der im § 1 bezeichneten Art in der Absicht sich verschafft, davon zu einer die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Mittheilung an andere Gebrauch zu machen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden kann.“ Schoren heißt mit Vornamen Paul. Er ist am 6. Dezember 1861 zu Grewenmachern in Luxemburg geboren. Er besuchte das Luxemburger Gymnasium und später die école centrale in Paris, die er 1884 mit dem Diplom als Ingenieur verließ. Sein Vater, der vor einigen Jahren gestorben ist, war längere Zeit Bürgermeister von Grewenmachern und Vertreter dieses Städtchens in der Luxemburger Kammer und später Bezirkskommissar. Nach dem Tode seines Vaters trat Schoren in das Grusonwerk bei Magdeburg ein. Er blieb daselbst vom 1. August 1890 bis zum 28. März 1893. Hierauf wurde er in der Maschinenfabrik von G. Luthar in Braunschweig als Ingenieur engagirt. Als diese Firma am 1. Mai 1893 eine Filiale in Brüssel errichtete, wurde Schoren deren Leiter. Im Jahre 1894 wurde die Filiale nach Paris verlegt. Schoren übernahm infolge dessen nach Paris über und blieb auch hier Leiter der Filiale. — Pfeiffer heißt mit Vornamen Ludwig. Er ist am 24. Juli 1859 zu Weizingen bei Neustadt a. d. Hardt geboren, Lieutenant a. D. und Ingenieur. Er war bayerischer Ingenieur-Division. Eines Tages passirte ihm das Unglück, mit dem Pferde zu stürzen. Er zog sich dadurch eine arge Verletzung zu. Nach geschehener Genesung nahm er seinen Abschied und setzte seine Studien als Techniker fort. Am 6. September 1889 trat er bei Gruson als Ingenieur ein und verblieb daselbst bis zum 30. Juni 1892. Abdam begab er sich in den Dienst des bereits erwähnten Ritters v. Skoda nach Pilsen. Am 26. Juli 1895 siedelte Pfeiffer im Auftrage seines Chefs nach Berlin über, um fortan in der deutschen Reichshauptstadt für das Werk in Pilsen thätig zu sein. — Der dritte Angeklagte, Ringbauer, heißt mit Vornamen Paul. Er ist am 28. Mai 1869 zu Halle a. S. geboren. Die Angeklagten sind bisher sämtlich noch unbestraft. Als Zeugen sind u. a. geladen: Techniker Karl Puff in Essen, Kriminalkommissar v. Lausch, Kriminalwachtmeister Beck und Kriminal-Schuttmann Roth (Berlin), Ingenieur Josef Paul und Korrespondent Bernhard Julius Plewka (Essen), Kaufmann Alfred Pundhoefer und Ingenieur Jean Glarner (Paris), Direktor Johannes Schliephal und Direktor Kemperer (Magdeburg) Fabrikbesitzer Ritter v. Skoda (Pilsen) und Schneiderin Margarethe Richter (Magdeburg). Als Sachverständige sind u. a. geladen: Major v. Eberhard vom preussischen Kriegsministerium in Berlin, Rechtsanwält Dr. Dunler als Dolmetscher der französischen Sprache, Buchdruckereibesitzer Henze (Leipzig) für Schriftvergleichung und Stenograph Emil Berger (Leipzig) für Stenograph.

Der Militarismus vor dem Schwurgericht.

München, 1. März.

Sozial sensationelles Material die Strafgerichtsverhandlungen unserer bayerischen Hauptstadt in der letzten Zeit aus für den „neuen Pitaval“ ausgebeutet haben, vom Prozeß des „Doppeltmörders“ Gynski, dem Laibach'schen Silberdiebstahl, der Fuchsmühl'schen Pilseneraffäre bis zum „Fall Jech“, keine dieser Verhandlungen kann das Interesse des breiten Volkes in dem Maße für sich in Anspruch nehmen, wie die gestrige fünfzehntägige vor dem oberbayerischen Schwurgericht, Formell angeklagt wegen „Verleumdung der Unteroffiziere und Offiziere der königlich bayerischen Armee“ war Genosse Ed. Schmidt, Nebatteur der „Münchener Post“. Im Laufe der Verhandlung änderte sich die Szene und als kurz nach Mitternacht der Obmann der Geschworenen sein „Richtschuldig“ verkündete, figurirte als eigentlicher Angeklagter und Uebersäher der Militarismus.

Am folgenden handelte es sich: In Nr. 191 unseres hiesigen Parteiorgans (vom 9. und 10. Juni vorigen Jahres) war ein Artikel unter der Ueberschrift: „Soldatenmenage“ enthalten. Der Artikel beschäftigte sich eingehend mit den sich in letzterer Zeit immer mehr häufenden Epidemien in den Kasernen, dieselben größtentheils auf verdorbene und mangelhafte Verköstigung des Volkes in Waffen zurückzuführen. Gesagt war dann weiter, daß die Menage häufig so schlecht sei, weil die Küchenunteroffiziere mit den Pörsentanten unter einer Decke spielen, und weil die Vorgesetzten (Menageoffiziere) sich nicht genügend Mühe gäben, die Menage genau zu überwachen. Darin erblickte das Kriegsministerium die oben bezeichnete Verleumdung und veranlaßte den Strafantrag. Das Ergebnis der langwierigen Voruntersuchung, die schon allerlei gravirendes zu gunsten des Beschuldigten zu tage brachte, ließ es längere Zeit hindurch zweifelhaft erscheinen, ob die Anklage wirklich erhoben werden würde. Allein das Landgericht schloß sich der Ansicht des sehr eifrigen Staatsanwalts Guggenheimer an und verfügte die Eröffnung des Hauptverfahrens. Außerordentlich kennzeichnend für die dominirende Stellung des Militarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft sind die Schwierigkeiten, welche unserem angeklagten Genossen bei Beschaffung eines Verteidigers erwuchsen. Eine Reihe von Rechtsanwälten lehnte die Vertretung von vornherein ab, aus Rücksicht auf ihre Reserve-Offiziers-Capuletten! Ein Rechtsanwalt, der die Voruntersuchung führte — und dessen Ruf durch Prozesse für unsere Partei begründet wurde — legte in letzter Minute sein Mandat nieder. Endlich fand sich ein junger Rechtsanwalt Namens Gaaß, der die

Vertretung übernahm und der auch seine Aufgabe mit großem Geschick und in schneidigster Weise löste.

Dreizehn Zeugen waren zur Verhandlung geladen. Dreizehn davon, zum Teil Offiziere, waren von der Staatsanwaltschaft zitiert, die übrigen fungierten als Entlastungszeugen zur Erbringung des Wahrheitsbeweises.

Den Vorsitz führte Oberlandesgerichtsrath Leeb. Er zeigt eine große Aktenkenntnis, verkehrt mit den Zeugen in gemüthlichem bayerischem Dialekt und löst der Verteidigung genügenden Raum zum Kreuzverhör der Zeugen. Sein sonstiges Verhalten beweist eine gewisse subjektive Militärfreundlichkeit und dazu eine große Milde in der Beurtheilung von Vorkommnissen des alltäglichen Lebens. Ist geht eine stille Feitheit durch das Auditorium, wenn der Herr Vorsitzende einen Zeugen, der über das Trinkgeldverhältnis zwischen Fleischlieferanten und Menagesoldaten ausfragt, fragt: „Mit wahr, das war ja nichts Ansehnliches, da haben Sie sich nichts böses dabei gedacht, das war halt ein Trinkgeld?“ — Im Auftrage des Kriegsministeriums ist Major von Nagel als Sachverständiger anwesend. In Zeugenfragen, Belehrung und Ermahnung der Geschworenen bekundet der Herr Major denselben Standpunkt wie die Staatsanwaltschaft.

In seinem Verhör erklärt Genosse Schmid: Ich habe den Artikel, der mit von einem ehemaligen Offizier der bayerischen Armee unter der ausdrücklichen Versicherung, daß alles, was in demselben gesagt ist, wahr und erweisbar ist, übergeben wurde, gelesen und in manchen Theilen gemildert und ihn dann aufgenommen, weil ich von der Wahrheit dessen, was von dem Artikel gesagt worden ist, ebenso überzeugt war, wie der Artikelfreiber selbst. Der Verfasser des Artikels — ich bin autorisiert, ihn zu nennen — ist der Sekondeleutnant a. D. Hofmeister. Eine Absicht, jemanden mit dem Artikel zu beleidigen, habe nicht bestanden. Ich war wie viele andere, über die immer mehr sich häufenden Soldaten-Erkrankungen erregt und hatte die Absicht, auf verschiedene Mängel und Schäden hinzuweisen, um solche erschrecklichen Vorkommnisse hintanzuhalten. Das ist Pflicht und Aufgabe des Redakteurs. Der Artikel erschien am Sonnabend. Am darauffolgenden Sonntag ging mit einer Zuschrift in dem Artikel gefagte nicht ganz der Wahrheit entspricht. Diese Zuschrift des Metzgermeisters habe ich in der nächstfolgenden Nr. 132 vollständig veröffentlicht. Mir war es darum zu thun, die Wahrheit zu bringen, eine beleidigende Absicht hatte ich nicht.

Der Vorsitzende fragt im weiteren Verlaufe des Verhörs: Wollen Sie behaupten, daß Sie eigene Interessen wahrgenommen haben? — Genosse Schmid: Selbstverständlich nehme ich den Schutz des § 198 in Anspruch. Es kann mir nicht gleichgültig sein, wie meine Freunde und Brüder beim Militär verpflegt werden.

Vorsitzender: Die Verhandlung wird ergeben, daß einzelne Unregelmäßigkeiten vorkamen. Wenn aber ein einzelner gefehlt hat, dann darf man den Vorwurf nicht allgemein erheben. — Genosse Schmid: Es handelt sich hier um das System, nicht um die eine oder andere Person. Das System muß gekennzeichnet werden, damit den Behörden Gelegenheit zur Remedur gegeben wird.

Leutnant a. D. Hofmeister wird als Verfasser des Artikels unweidig vernommen. Er erklärt, daß die darin enthaltenen Beobachtungen nach den bei seinem Regiment gemachten Erfahrungen richtig seien. Dann folgt die Vernehmung der geladenen Offiziere, denen ein eigenes Zeugnis immer angewiesen ist; die Zivilzeugen müssen auf dem letzten Korridor warten und frieren. Die Offiziere bekunden, daß die Menage gut, ja „vorzüglich“ sei, daß alles in der größten Ordnung verlaufe. Die Vernehmung der Zivilzeugen schafft ein anderes Bild. Das Resultat des achtstündigen Zeugenverhörs läßt sich im allgemeinen in nachstehende Befundungen zusammenfassen:

1. Die Menage ist unzureichend; aus der unzureichenden Menage werden noch Ersparnisse gemacht; „der Soldat, welcher mittellos ist und nichts zuzusetzen hat, ist im höchsten Grade zu bedauern“ (wiederholte wörtliche Aussage).

2. Das „Trinkgeld“ umweilt besteht; das Küchenpersonal erhält regelmäßige Trinkgelder, Unteroffiziere erhielten „Geschenke“ bis zu 50 Mark von Fleischlieferanten.

3. Die Militärtische ist vielfach unreinlich, die Speisen sind oft ungenießbar, Rattenschwänze, Zigarrenstummel fanden sich in dem Essen.

4. Die Revision seitens der hierzu bestimmten Vorgesetzten ist eine unzureichende.

5. Beschwerden sind vielfach erfolglos. Die Beschwerde führenden Soldaten — wenige haben den Muth, den komplizierten Beschwerdeweg zu betreten und leiden lieber Noth — hatten zuweilen Unannehmlichkeiten.

6. Im Gegensatz zu den seinerzeitigen Gutachten der Militärärzte und im Einklang mit den Gutachten der Zivilärzte wird bekundet, daß nur solche Mannschaften der „epidemischen Infektion“ zum Opfer fielen, welche Vörrergemüse aßen; diejenigen, welche sich andere Kost kaufen konnten, blieben gesund.

Somit war der Wahrheitsbeweis in erdrückendem Umfange erbracht. Der Staatsanwalt hielt indessen die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Die Beweisaufnahme erschien ihm einseitig. Erstaunlich beklagte er sich über — „Moralität“ der Verteidigung, welche Entlastungszeugen herbeiführt habe, ohne auch dem Gericht Gegenzeugen zu bezeichnen. (1) Schließlich drängte ihn sein Amt als Ankläger noch dazu, einen Appell an die Geschworenen zu richten, in dem er von lobenswerthen Klammern spricht, die an der Staatsordnung leiten, und die Geschworenen beschwört, für die Erhaltung der bedrängten Ordnung zu sorgen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Gaab, zerzaust die Rede des Anklägers in ein Nichts. Das erdrückende Beweismaterial, die Befundungen veredelter Zeugen führt er gedrängt noch einmal vor und knüpft eine vernichtende Kritik der erhabenen Zustände daran. Eindringlich warnt er die Geschworenen vor der Zumuthung des Staatsanwalts, nach politischem Parteihass zu urtheilen und erhofft von ihnen, daß ihr Spruch ausfällt im Sinne einer notwendigen Pressefreiheit und zur Ehre des Instituts der Geschworenengerichte.

Nach einer Belehrung durch den Vorsitzenden, über die wir aus guten Gründen und nicht weiter äußern wollen, zogen sich die Geschworenen zurück. Eine halbe Stunde nach Mitternacht verließ der Obmann das „Richtschuldig“.

Genosse Schmid mußte infolge dessen freigesprochen werden; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Die nothwendigen Schlussfolgerungen werden dem Kriegsministerium demnächst im Landtage gelegentlich der Berathung des zweiten Theils des Militär-Stats präsentiert werden.

Soziale Ueberfluth.

Eine allgemeine Bauarbeiter-Versammlung in Mainz beschloß, ein von einer früher gewählten Bauarbeiter-Kommission zusammengestelltes Amendement zu der von der Bürgermeisterei ausgearbeiteten neuen Bauordnung für die Stadt Mainz den Stadtverordneten zu unterbreiten. In dem Amendement werden schärfere Bestimmungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter bei Ausübung ihres Berufes gefordert. Weiter beschloß die Versammlung, die Bürgermeisterei zu ersuchen, bei der Berathung der Vorlage auch Vertreter der Bauarbeiter zuzuziehen. Außerdem wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, daß bei Einführung der neuen Bauordnung die Kontrolle über die Ausführung der baupolizeilichen Schutzvorschriften an zwei Arbeiter übertragen werde.

Wie sehr die Verhältnisse in den Bäckereien der gefehlichen Regelung bedürfen, zeigt auch ein Bericht des Magistrat

von Stuttgart. Danach sind dort im vorigen Jahre in Bäckereibetrieben 88 polizeiliche Beanstandungen vorzunehmen gewesen; nicht weniger als 37 Bäckergehilfen hatten Hautkrankheiten. Dabei war es gerade der württembergische Vertreter in der Kommission für Arbeiterstatistik, der der Regelung im Bäckergewerbe den schroffsten Widerstand entgegensetzte.

Städtische Textilarbeiter-Löhne. Nach den Angaben, die in Mühlhausen auf einer Textilarbeiter-Konferenz gemacht wurden, beträgt der Tagelohn der Arbeiter in den Mühlhäuser Wollspinnereien für Spinner 4,20—5 M., Anseher 2,50—3,10 M., Wollsortierer 3,20—4 M., Vorarbeiterinnen 1,40—2,50 M., jugendliche Arbeiter 1,00—1,40 M. Lohn der Arbeiter in den Baumwollspinnereien: Spinner 4—4,70 M., Anseher 2,40—3 M., Vorarbeiterinnen 2 M., Jugendliche 1,20—1,70 M. Der Lohn der Weber schwankt zwischen 2—3,40 M. pro Tag. Es sind dies die besten Löhne der oberelsässischen Textilfabriken. Im Münchenerthale werden die niedrigsten Löhne gezahlt, nämlich 2—3 M. durchschnittlich bei 12- und theilweise 15stündiger Arbeitszeit!

Ein kommunales Elektrizitätswerk wird auch in St. Gallen in der Schweiz errichtet.

In Bern schloß am Sonntag die Unterstützung der Arbeitlosen seitens der städtischen Versicherungskasse, da sie nur für die Monate Dezember, Januar und Februar gewährt wird. Die Unterstützung betrug in diesem Winter 10 200 Fr. gegen 9684 Fr. im Vorjahr und 8835 Fr. in 1893/94. Ohne Arbeit sind jetzt noch 35 Maler und Zimmerer, 250 Arbeitslose hatten beim städtischen Bauamt Arbeit erhalten.

Enquete für Frauenarbeit in Oesterreich. Die immer härter wachsende Frauenbewegung hat in weiten Kreisen auch das Interesse an der Frauenarbeit und damit an der Lage desjenigen Theiles der weiblichen Bevölkerung vertieft, der heute schon im Gewerbe den Männern gleichgestellt ist. In Oesterreich, scheint die Wiener „Arbeiter-Ztg.“, giebt es eine halbe Million Arbeiterinnen in den verschiedensten Zweigen der Industrie; die Erfahrungen über die Lohn- und Lebensverhältnisse derselben sind jedoch noch sehr dürftig. Man weiß nur, daß auf diesem Gebiete bringende Reformen nöthig sind und für eine verbesserte Gesetzgebung und neue Wohlfahrtsanstalten genügender Anlaß ist. Es hat sich nun eine freie Vereinigung von Bürgern und Angehörigen verschiedener Parteien gebildet, welche im Monat März d. J. eine Enquete über die Frauenarbeit in Wien veranstalten will. An dieser Enquete nehmen theil: der Sekretär des Vereins für Arbeitsvermittlung, Joseph Wardorf, Dr. Friedrich Frey, die Reichsrath-Abgeordneten Professor Raizl, Professor Marchet, Bernerstorfer und Monsignore Scheicher, Professor Eugen v. Philippovich, Frau Adelheid Popp, Dworzak, Dr. Leo Verkauf, Baronin Marie Bogelsang, Dr. Victor Aler, Dr. Kristles Prezina, Buchdrucker Emil Engel, Dr. Richard Faber, Dr. Emil Ritter v. Fürtb, Fräulein Auguste Fickert, Ober-Sanitätsrath Professor Max Gruber, Dr. Michael Hainisch, Inspektor Herrdegen, Sekretär der niederösterreichischen Handels- und Gewerbeammer, Dr. Mareš, der Obmann der Genossenschaft der Naturblumenbinder, Josef Müller, Dr. Richard Schüller, Frau Schlegelinger, Professor Dr. Isidor Singer, Dr. Schwiedland, Schneidergehilfen-Obmann Johann Smika, Ludwig Stroh, Kammerath Aloph Weiß, Magistrats-Sekretär Dr. Weiskirchner und Otto Wittelsbäuser. Diese Kommission wird in den Räumlichkeiten der Handels- und Gewerbeammer vom 1. März ab eine größere Anzahl von Sachkundigen aus den verschiedenen Branchen, insbesondere Buchbinderei, Kartonnage-Arbeiten, Kunstblumen-Erzeugung, Bekleidungs-Gewerbe, Handelsgewerbe u. s. w. vernehmen, beziehungsweise ihre aufklärenden Mittheilungen entgegennehmen und daran eventuelle Spezial-Untersuchungen anknüpfen. Die Kommission, welche diese Erhebungen in einer von jeder parteiischen Einseitigkeit freien Weise pflegen wird, hofft, daß die geplante Enquete ein brauchbares Material zu Tage fördern werde, das vielleicht schon bei der Berathung der dem Reichsrathe vorliegenden Gewerbe-Ordnungs-Novelle in betracht gezogen werden könnte.

Gewerkschaftliches.

In die Buchdrucker-Gehilfen Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 4. März, abends 1/9 Uhr wird in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29, eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung abgehalten, wo die Antwort des Bundes der Berliner Buchdrucker-Gehilfen auf die am Sonntag in der allgemeinen Buchdrucker-Versammlung gefasste Resolution bekannt gegeben wird. Es ist Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung am Mittwoch zu erscheinen. J. A.: Die Kommission.

Die Berliner Holzbildhauer-Gehilfen stehen in einer Bewegung zu gunsten der Wiedererlangung der 8 1/2stündigen Arbeitszeit und der allgemeinen Durchführung der Lohnarbeit an stelle des Akkordsystems, das sich vielfach eingebürgert hat. Mit den Kleinmeistern hat eine Verständigung bereits infoweit stattgefunden, als dieselben die Bewilligung der Forderungen für den Fall zusagten, daß die Forderungen allgemein, nämlich auch bei den Tischlern und Gebrüchleren gestellt werden. Zweck Durchführung dieser Bewegung wurde zum Dienstag, den 3. März eine zweite Delegirtenversammlung nach dem Lokal Annenstr. 18, und zum Donnerstag, den 5. März, eine gemeinschaftliche Versammlung der Meister und Gehilfen nach dem Englischen Garten, Alexanderstraße, einberufen. Die Werkstattdelegirten-Kommission macht darauf aufmerksam, daß bei beiden Versammlungen zahlreiche Besuch erforderlich ist, um zu einem einheitlichen Beschluß zu gelangen.

Achtung, Buchbinder! Es wird hierdurch gewarnt, bei der Firma J. B. Soeccc in Bukarest, einer graphischen Anstalt, verbunden mit Buchbinderei Engagement anzunehmen, da die Arbeiter dieses Etablissements beständig Mißhandlungen von seiten des Direktors Emil Soeccc ausgesetzt sind, was durch Zeugen festgestellt und auch beim deutschen Konsulat in Bukarest zur Anzeige gebracht worden ist. Im übrigen sind die theuren Lebens- und sonstigen Verhältnisse in Bukarest nicht dazu angethan, zu einem Engagement nach Bukarest zu raten. In jeder weiteren Auskunft ist gern bereit der Vorstand des Buchbinder-Vereins in Bukarest, Strada Ceres (Noor) Nr. 6 bis.

An die Posamentierer Berlins! Wer den Besuch unserer Versammlungen beobachtet hat, könnte meinen, daß in unserem Gewerbe die Arbeitsbedingungen noch so günstig sind, daß zu gemeinschaftlicher Thätigkeit kein besonderer Anlaß vorhanden wäre. Thatsächlich ist das Gegentheil der Fall. Kollegen! Wollt Ihr noch länger dulden, daß die Arbeitslöhne herabgesetzt und die Arbeitsleistung hinaufgeschraubt wird, daß das System, Monate lang nur halbe und dreiviertel Tage zu arbeiten, bei einem Lohn von 40 Pf. pro Stunde oder wöchentlich 12 bis 18 Mark aufzuwahren soll? Ist es möglich, daß bei diesem elenden Lohn in Berlin und Umgegend ein Arbeiter seine Familie vor Hunger schützen kann? Aber nicht genug damit, daß man unsere Löhne bis auf ein Niveau herabgedrückt, wobei es keinem mehr möglich ist, selbst die allernothdürftigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen: man entzieht uns auch noch die sogen. Stapelartikel, die uns in der neuen Geschäftszeit sonst einzigen Verdienst abwarfen, gänzlich und bezieht sie aus dem sächsischen Erzgebirge, wo diese Artikel in der Hausindustrie von Mädchen, Frauen und schulpflichtigen Kindern, überhaupt von ganzen Familien hergestellt werden zu können, mit denen zu konkurriren uns absolut unmöglich ist. Kollegen! Bedenkt, wohin es führen muß, wenn Ihr solchen Zuständen gegenüber theilnahmslos bleibt. Raft Eure Kraft zu

sammen und tretet ein in die Reihen der organisierten Kollegen, um mit ihnen gemeinsam diese unhaltbaren Zustände zu bekämpfen. Mittwoch, den 4. d. Mts. wird eine öffentliche Versammlung abgehalten, wo wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Eure Pflicht ist es, Mann für Mann zu erscheinen! Näheres siehe Inserat. J. A.: Der Vertrauensmann.

An die Gärtnergehilfen von Berlin und Umgegend! Immer trauriger wird unsere Lage. Hunderte von Kollegen irren auf den Landstraßen herum und die blasse Noth blickt ihnen aus den Augen. Sie können trotz aller Mühe keine Arbeit finden, während die in Kondition stehenden durch übermäßige Arbeitsleistung, durch 13—16 Stunden tägliche Arbeitszeit ihre Gesundheit zu grunde richten. Sündig an diesen Zuständen habt Ihr, Kollegen selbst, insofern, als Ihr Euch zum größten Theil der Organisation fernhaltet, obgleich Ihr wissen müßtet, daß auch in unserm Gewerbe ohne Organisation nichts, durch die Organisation aber sehr vieles ausgerichtet werden kann. Erst im vorigen Jahre hat man durch Einführung der Arbeiterkarten eine neue Bedrückung der Gärtnergehilfen ins Werk gesetzt. Hoffen wir uns nicht auf, indem wir zusammen eine einheitliche, starke Organisation bilden, so werden wir noch manch andere Maßregel über uns ergehen lassen müssen. Deshalb, Kollegen, weg mit dem Bangen, Zagen und Klagen! Muthig vorwärts! Tretet dem Zentralverein der Gärtner bei. Einigkeit macht stark und führt uns zum Sieg! Mitglieder werden jederzeit aufgenommen für Pankow von M. Steinbach, Wollankstraße 118, für Berlin von R. Meßchen in Brühl bei Berlin, sowie in den Mitglieder-Versammlungen, die jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jedes Monats bei Siegesmund in Berlin, Alexanderstr. 11, abgehalten werden. Auch der Arbeitsnachweis befindet sich dort. Am 7. März wird im Kronprinz-Garten in Friedrichsberg ein großer Wiener Maskenball abgehalten, dessen Ueberbruch nur für Agitationszwecke verwendet werden wird. Die Kollegen werden deshalb gebeten, sich zahlreich zu betheiligen. Zentralverein der Gärtner, Zahlstelle Berlin. M. Steinbach, Schriftführer.

450 Steinarbeiter haben in Bunzlau, Barchau und Radwiz in Schlesien wegen Nichtannahme des neuen Tarifs gestern die Arbeit niedergelegt.

Die Zwickauer Amtshauptmannschaft verbot die zu letztem Sonntag nach dem Liebhold'schen Restaurant in Bilkau einberufenen Maurerverammlung, weil das Lokal sich nicht zu öffentlichen Versammlungen eigne. Bei Liebhold sind schon hunderte von Versammlungen abgehalten worden, aber nach der neuerdings erlassenen Verordnung, betreffend die Beschaffenheit der Lokale, wird jedenfalls dort keine Versammlung mehr gestattet werden. Gegenwärtig stehen den Arbeitern im ganzen Zwickauer Amtsbezirk bloß noch zwei Restaurationszimmer zur Verfügung.

In Mainz sind die Bierbrauer wegen ihrer an die Direktion der Rheinischen Aktienbrauerei gerichteten Forderungen ersucht worden, sich mit dem Syndikus der vereinigten Mainzer Brauereien, Rechtsanwalt Dr. Lucius, in Verbindung zu setzen. Die Bevollmächtigten der Arbeiter, der Brauer Johann Kirth und der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Phil. Müller, begaben sich hierauf zu Dr. Lucius, der ihnen jedoch bedeutete, er bezweifle sehr, ob die Brauereien mit Leuten verhandeln würden, die nicht in ihren Betrieben beschäftigt sind. Infolge der Erwiderung, daß dies ein unberechtigter Einwand sei, denn er, der Syndikus sei ja auch nicht in Brauereibetrieben beschäftigt, erklärte sich Dr. Lucius schließlich bereit, die Forderungen zu übermitteln und versprach, daß die Rückänderung der Brauereien den Delegirten zugestellt werden soll.

Der Verband der schweizerischen Brauereibesitzer hat es abgelehnt, mit dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes auf der Grundlage des für den Arbeitsnachweis entworfenen Reglements zu unterhandeln. Als solche Grundlage fordert er den freien Arbeitsnachweis statt des von den Brauereigehilfen proponierten obligatorischen.

Der schweizerische Textilarbeiter-Kongress wird am 5. und 6. April in Winterthur abgehalten, nicht in Zürich, wie früher verlautete. Gegenstände der Verhandlungen werden u. a. sein: Gründung eines schweizerischen Textilarbeiter-Verbandes, Revision des Fabrikgesetzes im Sinne des Jahrestundentags, Freigabe des Sonnabend-Nachmittags an Arbeiterinnen, Abschaffung des gegenwärtigen Akkordsystems in der Textilindustrie, Stellung zu den Beschlüssen der internationalen Textilarbeiter-Kongresse in Genf und Manchester, Stellung zum nächsten Textilarbeiter-Kongress in Roubaix.

Versammlungen.

Eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung tagte am Sonntag bei Keller in der Kopenstraße. Der große Saal mit-samt den Galerien war von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt, deren Zahl zwischen 3 und 4000 betragen mochte. Da kurz nach 10 Uhr das Lokal abgesperrt wurde, mußten noch Hunderte unkehren, ohne Einlaß gefunden zu haben. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme zu dem Antrage der Kollegen Leipzig auf Revision des Tarifs. Der Referent Massini führte aus, daß der besagte Antrag der Leipziger Kollegen, der am 21. v. M. gestellt wurde, den Kollegen Deutschlands zwar unzulässig aber nicht überraschend kam. Gerade die Leipziger Kollegen wurden durch das Verhalten ihrer Prinzipale zu dieser Stellungnahme veranlaßt. Die letzten fünf Jahre seien eine schwere Zeit für die Kollegen gewesen, da die Prinzipale es meisterhaft verstanden hätten, die für sie günstige Situation, welche der verfehlte Streik von 1891 geschaffen hatte, für sich auszunutzen, indem sowohl die einzelnen Kollegen, wie auch die Organisation der Buchdrucker die Uebermacht des Unternehmertums zu fühlen bekamen. Als im vorigen Jahre die deutsche Gehilfenschaft verdrängt, eine Tarifvereinbarung zu schaffen, war es die Prinzipalsorganisation, der Deutsche Buchdrucker-Verein, der sich diesem Bestreben entgegenstellte, indem er betrefis der Wahl der Gehilfendelegirten, die mit den Delegirten der deutschen Buchdruckerbesitzer zusammen die Tarifvereinbarungen treffen sollten, den Gehilfen Vorschritten nach der Richtung hin machen wollte, daß der damals 18 000 Mitglieder zählende Verband deutscher Buchdrucker 5 Delegirte wählen sollte, während die übrigen 4 Gehilfendelegirten der 18 Mann zählenden Gesamtkommission vom deutschen Buchdrucker-Verein, der Prinzipalsorganisation bestimmt werden sollten, wobei man sich darauf zu stützen suchte, daß die Hälfte der Buchdruckergehilfen nicht dem Verbande deutscher Buchdrucker angehörte. Der Redner führte speziell hierzu aus, daß sofern die Prinzipalität diesmal wieder versuchen sollte, die deutsche Gehilfenschaft berart zu bevorzugen, so würde das von der Gehilfenschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zurückgewiesen werden. Weiter schilderte der Redner die Vorgänge im Buchdrucker-Gewerbe seit dem Jahre 1890. Nach dem Tarif, dessen Weiterbestehen 1891/92 durch ein Abkommen zwischen Wägenstein-Döblin beschlossen wurde, sollten die in gewissem Gelde stehenden Gehilfen die gefehlichen Feiertage bezahlt erhalten. Diese Bestimmung wurde dadurch zu umgehen versucht, daß die ohne Kündigung arbeitenden Kollegen einfach am Tage vor dem Feste entlassen wurden. Auch die Vereinbarung, welche die Zahl der Lehrlinge nach der Zahl der im Geschäft angestellten Gehilfen regelt, wurde nicht befolgt. Viele Prinzipale hielten bedeutend mehr Lehrlinge, als sie hiernach zu beschäftigen berechtigt wären. Durch diese Lehrlingsausbeutung wurde vielen Gehilfen die Arbeitsgelegenheit benommen, so daß im vorigen Jahre

im 1. Quartal	681 Kollegen	21 595 Tage
2.	709	24 220
3.	808	31 486
4.	814	23 100

arbeitlos waren, und zwar betreffen diese Zahlen nur Verbandsmitglieder. Die große Arbeitslosigkeit rechtfertigt die geforderte Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, womit natürlich eine prozentuale Erhöhung des Lohnes Hand in Hand gehen müsse. In Österreich und der Schweiz seien diese Forderungen bereits bewilligt, woran sich die deutschen Prinzipale ein Beispiel nehmen könnten. Die gegenwärtige Geschäftslage sei eine recht gute und daher die Situation für das Vorgehen der Gehilfen äußerst günstig. Im Jahre 1893 hätten die Prinzipale die ihnen damals günstige Situation ausgenutzt, indem sie den Gehilfen ihren Tarif aufzwangen. Wir haben von ihnen gelernt — meint der Redner — und werden, da die Lage jetzt für uns günstig ist, unsere Forderungen durchsetzen. Die Hinausschiebung der Tarifberatung bis zum 10. März sei ein Schachzug der Unternehmer, die die Gehilfen nur hinhalten wollen, bis die Situation sich wieder zu ungunsten der letzteren geändert habe. Wir wollen den Frieden, schließt der Redner, und wünschen, daß die Prinzipale uns die Hand dazu bieten. Geschieht das nicht, werden unsere gerechten Forderungen zurückgewiesen, dann freilich wird ein Kampf entbrennen, wie er noch nie dagewesen ist. Von dem heutigen Tage ab, meint Redner, werden wir darauf acht geben müssen, uns keine Kränkung gefallen zu lassen. Durch die Organisation werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln derartige Reduzierungen zurückweisen. (Großer Beifall.) In der Diskussion wies Buchdruckereibesitzer Verneise die Auffassung, als hätte die Innung ihr Ehrenwort gebrochen, als unzutreffend zurück und meinte, der Tarif solle nach früheren Abmachungen nur bezüglich der Bezahlung und der Arbeitszeit, nicht aber hinsichtlich der anderen Punkte gelten. Die Bezahlung der Feiertage habe die Innung nicht abgelehnt. Er (Verneise) und ein großer Teil der Berliner Prinzipale seien bereit, sogleich in Verhandlungen über den Tarif einzutreten. Gleichwohl hält er es für angebracht, bis zum 10. März zu warten. Sollte aber der Vorstand in Leipzig am 10. März nicht mit der Tarifkommission des Verbandes in Verhandlungen treten wollen, dann wird der Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer (Innung) seinerseits mit den Vertretern der Gehilfen unterhandeln. Buchdruckereibesitzer Boll führt gleichfalls aus, daß die Berliner Prinzipale zu Verhandlungen bereit und mit dem Verhalten der Leipziger Prinzipale nicht einverstanden seien. Von Seiten der Gehilfen beteiligte sich eine große Zahl von Rednern an der Debatte, die sich hauptsächlich darum drehte, ob man mit der Hinausschiebung der Tarifverhandlungen bis zum 10. März warte, oder dieselben an einem früheren Termin verlangen solle. Einige Redner waren dafür, daß schon am Montag, den 2. März, die Forderungen der Gehilfen an die Prinzipale gestellt und bei Abweisung derselben der Generalstreik proklamiert werden solle. Dieser Standpunkt wurde auch in einer von Barowsky eingebrachten Resolution vertreten. Der fürmische Beifall, der den in diesem Sinne gehaltenen Reden folgte, ließ erkennen, daß die Mehrheit der Versammlung diese Anschauung theilte und zum sofortigen Vorgehen bereit war. Massini bemerkte demgegenüber, daß er zwar dem in der Resolution Barowsky zum Ausdruck kommenden Kampfesmut aus vollem Herzen zustimmen könne, daß er aber einen so übereilten Schritt nicht für zweckmäßig halte. Wir wollen den Prinzipalen nicht, wie sie es 1893 mit uns gemacht haben, die Pistole auf die Brust setzen, sondern ihnen Zeit lassen, sich unsere Forderungen zu überlegen. Der Redner schlägt vor, am Montag den Prinzipalen die Forderungen vorzulegen und ihnen bis Mittwoch Zeit zur Antwort zu lassen. Im übrigen betonte er nochmals die Friedensliebe der Gehilfenschaft, die nicht den Kampf um des Kampfes willen wolle, und wünscht, daß auch die Prinzipale die Hand zum Frieden bieten möchten. Die Resolution Barowsky wurde schließlich zurückgezogen und folgende von Giesecke eingebrachte Resolution angenommen:

Die Versammlung beschließt: unter der Voraussetzung, daß der Gehilfenschaft Deutschlands die selbständige Stellung ihrer Tarifvertretung gewahrt wird, den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins zu eruchen, eine Tarifrevision in die Wege zu leiten, welche sich lediglich mit der Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und einer Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs um 15 pCt. zu beschäftigen hat. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Termin zur Beantwortung des vom Zentralvorstand des Verbandes gestellten Antrages auf Revision des Tarifs bereits eine Verschiebung bis zum 10. März erfahren hat; sie erwartet nunmehr aber bestimmt, daß die Vertreter der Prinzipale bis zu dem einmal vereinbarten Termin bereit sind, unmittelbar darauf mit der Vertretung der Gehilfenschaft in Verhandlung zu treten. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, die vorstehende Resolution dem Vorstande des Bundes Berliner Buchdruckereibesitzer umgehend zu übermitteln, von dem bis Mittwoch, den 4. März, unbedingt eine mündliche oder schriftliche Antwort über seine Stellungnahme zu der Resolution erwartet wird.

Alle in der Seidenweberei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Sonntag Vormittag eine öffentliche, sehr stark besuchte Versammlung ab, in der der Vorsitzende der Filiale Berlin, Lunde, Bericht erstattete über den Verlauf des Streiks in der Wulstischen Hutfabrik. Aus dem Berichte geht hervor, daß die Arbeiter, die wie in der gesamten Fabrik üblich, auf Akkord beschäftigt sind, einen durchschnittlichen Lohnschlag von 10—15 pCt., sowie Verbesserung der sanitären Einrichtungen, namentlich auch die erforderlichen Schutzvorrichtungen gegen Anfälle beim Motor, durchwegs erlangt haben, so daß der Streik, der rund 8 Tage gedauert, als beendet erklärt werden kann. In der hierauf folgenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Bewilligungen einverstanden. Auf einstimmigen Beschluß der Versammlung wird hierauf der Streik in der Wulstischen Hutfabrik für beendet erklärt. Um für die Zukunft einen einheitlichen Tarif für ganz Deutschland anzuarbeiten, wird eine Lohnkommission von 9 Mitgliedern gewählt, welche die gesamte Lohnbewegung überwachen und in der nächsten Zeit einen den Verhältnissen entsprechenden Tarif vorlegen soll.

Zwei öffentliche Versammlungen der Holz- und Bretterträger sowie Brettschneider Berlins und der Umgegend fanden am 1. d. M. gleichzeitig statt im Norden bei Mayer (Müllerstraße 7) und im Osten bei Pfist (Weberstraße 17). Dort und Runge erläuterten in beiden Versammlungen in eindringlicher Weise die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation und verwiesen auf die Pflicht auch der ungelerten Arbeiter, den Zielen der modernen Arbeiterbewegung zuzustreben und sich zu organisieren, um Mißständen im Beruf wirksam entgegenzutreten zu können. Als solche wurde besonders die Akkordarbeit bezeichnet, welche wiederum eine unbegrenzte Arbeitszeit, eine unvernünftige Ausnutzung der Arbeitskräfte und ein Sinken der Löhne bedingt. Der Gedanke eines Erfahres der Akkordarbeit durch Lohnarbeit, einer Regelung der Arbeitszeit und der Löhne, um dadurch allen Brot zu schaffen, fand bei den Versammelten lebhaften Anklang und wurden in beiden Versammlungen nach reger Diskussion Resolutionen beschlossen, die sich für Anschluß an den seit 1889 bestehenden Fachverein aussprachen, um durch die Organisation in die Lage zu kommen, eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen zu können. Von den etwa 1500 Berufsgenossen gebühren leider die allerwenigsten dem Fachverein an. Denselben wurden indessen in beiden Versammlungen eine Anzahl neuer Mitglieder zugeführt. Auch soll eine weitere rege Agitation entfaltet und in den Fachvereins-Versammlungen näher über die angeregten Fragen beraten werden.

Die öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Berlins, die am Sonntag Vormittag im großen Saale der Kronenbrauerei tagte, war gut besucht. Litfin referierte über das Thema: Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, das Verhalten der Metallindustriellen und welche Aufgaben erwachsen daraus den Berliner Metallarbeitern. Nach den Ausführungen des Redners erfreut sich die gesamte Metallindustrie augenblicklich einer guten Geschäftskonjunktur und haben die Unternehmer auch große Gewinne. Der Jahresabschluss der Firma Ludwig Löwe u. Co. von 1893 lasse genau erkennen, welche ungeheure Summen diese Betriebe abwerfen; nicht weniger als 2 959 254 M. könne die Firma als Reingewinn für das letzte Jahr verzeichnen, dies bedeute 900 000 M. mehr, als im vorigen Jahre. Den Aktionären wurden trotz enormer Abschreibungen und Erhöhung des Aktienkapitals 20 pCt. Dividende zugesprochen. Ziemlich ebenso stehe es auch in anderen Betrieben der Metallindustrie; das krasse Gegenteil aber trete zu Tage, ziele man Erkundigungen über die Lage der Arbeiter ein. Arbeiter mit einem Stundenlohn von 25 Pfennigen beschäftigt die Firma Löwe in Menge, die Firma Gebauer mit 25 Pf. und darunter. Wägen es Arbeiter, bei ersterer Firma um Lohnaufbesserung vorstellig zu werden, weise man sie mit dem Hinweis auf die „Arbeitslosen vor dem Thore“ ab. Ebenso bleibe in sanitärer Beziehung in allen Betrieben sehr zu wünschen übrig. Daß genügend Austräge vorhanden, beweise, daß man fast überall auf Ueberständen dränge. Bei der Firma Schöffers und Dehlmann werden die Arbeiter mit Titulationen belegt, welche nicht wiedergegeben sind. Eine gewählte Kommission der Arbeiter, die bei letzterem vorstellig werden sollte, wurde rundweg abgelehnt und sofort entlassen; nach einigen Tagen aber theilte man brieflich den Arbeitern mit, daß man von nun an die Arbeiter anständig behandeln, die entlassene Kommission wieder einstellen und den seit der Entlassung ausgefallenen Lohn ebenfalls auszahlen wolle, nachdem man gesehen, daß die übrigen Arbeiter Stellung zu dem Vorgehen der Firma nahmen. Es sei erreicht worden, daß die Kommission auch als solche anerkannt, des weiteren auch andere Forderungen als Stundenlohn zc. bewilligt wurden. Der Sieg der Arbeiter aber sei nur dem Umstand zuzuschreiben, daß von 140 Arbeitern 110 organisiert sind, welches die Unternehmer wohl zu würdigen wußten. Das Gegenteil sei leider in den weiteren großen Betrieben, desgleichen bei Ludwig Löwe u. Co. zu verzeichnen und dies allein sei die Schuld daran, daß man jetzt, in der Stunde, die geeignet, Forderungen an die Unternehmer zu stellen, erst zum Zusammenschluß der Arbeiter aufgefordert werden müsse. Nachdem Redner den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen, das schwarze Kabinett in der Gartenstraße mit seinem schwarzen System gebührend beleuchtet, fordert er nochmals zum Anschluß an die Organisation auf. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion wurde erörtert, daß im vorliegenden Betriebe durch eigene Schuld der Arbeiter — weil stets uneinig und unentschlossen — die Löhne bedeutend zurückgingen. Mehrere Redner beklagten sich noch über grobe Behandlung der Meister bei L. Löwe und Siemens u. Halske, wofür die Ueberstundenarbeit in schärfster Mithie stehe. Litfin verliest anschließend ein Schreiben einer Anzahl Arbeiter von L. Löwe, in dem die sanitären Zustände der Läusebrennerei und Schleiferei geschildert sind. Die Ventilatoren seien äußerst primitiv und der Aufenthalt ein sehr ungesunder. Eine Anfrage, die Mühlenbäufischer der Firma Behold u. Ko. betreffend, beantwortet Litfin, daß fragliche Angelegenheit in nächsten Tagen ihre Regelung erfährt und der Metallarbeiter-Verband auch denjenigen Mitgliedern Streifenunterstützung gewährt, die in die Lohnbewegung der Tischler mit hineingezogen werden. Am Schluß wurde gemeldet, ein Maskenfest, arrangiert von der Sterbefürsorge der chemischen Branche, Klempner und Schloffer, das am 7. d. M. in den gesperrten Germania-Sälen stattfindet, zu besuchen.

Der Schiedspruch des Einigungsamtes in Tagen des Zimmererstreiks beschäftigte am Sonntag zwei große öffentliche Versammlungen der Zimmerer. Die Versammlung für den Westen und Süden Berlins wie für die daran stehenden Vororte tagte im großen Saale der Viktoria-Brauerei, Löhnowstraße, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Vertrauensmann Obß, der im Einigungsamt fungiert hatte, berichtete über die Verhandlung und deren Ergebnis. (Verständlich in Nr. 49 des „Vorwärts“.) Redner berührte u. a. den Einwand des Raths-Zimmermeisters Otto gegen das Argument der Arbeiter, daß auch die weiten Entfernungen von der Wohnung nach der Arbeitsstätte und zurück eine Verlängerung der Arbeitszeit, abgesehen von den bekannten anderen Gründen, als nothwendig erscheinen ließen. Otto habe wohl recht, wenn er meine, die weiten Entfernungen ließen sich mittels der modernen Verkehrsmittel in ebenso kurzer Zeit zurücklegen, wie früher die geringeren. Dem sei aber doch entgegenzuhalten, daß die Benutzung dieser Verkehrsmittel Geld koste und der Verdienst entsprechend gesunken werde. Redner setzte nochmals die Gründe auseinander, welche die Arbeiterschaft im allgemeinen und auch die Zimmerer dazu bewegen, gerade die Forderung der Arbeitszeitverlängerung allen anderen Forderungen voran zu stellen. Dann legte er den Versammelten nahe, mit fester Ueberlegung sich zu entschließen, ob sie sich dem Schiedspruch fügen und dadurch der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und dem Minimal-Stundenlohn von 62 1/2 Pf. zustimmen, oder ob sie an der Forderung des Neunstundentages und eines Mindestlohnes von 55 Pf. pro Stunde festhalten wollten. Die Meinung der Platzdeputirten, welche sich am 28. Februar versammelt hatten, sei in der folgenden Resolution niedergelegt: Die Versammlung beschließt: 1. In anbetraucht, daß der Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts aus Unkenntnis der Verhältnisse im Berliner Baugewerbe hervorgegangen ist und mit denselben im Widerspruch steht und in keiner Beziehung den gerechten Forderungen der Zimmerer Berlins und Umgegend durch Ehrenwort sowie schriftlich anerkannt und sich verpflichtet hat, die winzigen Ansprüche auch im Sommer zur Durchführung zu bringen, und in Erwägung, daß ein anderer Theil der Unternehmer, ohne offiziell sich für die Forderungen auszusprechen, in den bezüglichen Geschäften tatsächlich nur 9 Stunden arbeiten läßt und den Stundenlohn von 55 Pfennig zahlt; beschließt die Versammlung ferner, daß die Kampfesaktivität wie folgt zu ändern ist:

Bei allen denjenigen Unternehmern, welche länger als 9 Stunden arbeiten lassen, sowie unter 55 Pf. Stundenlohn zahlen, wird hinfür der Einzelkampf und zwar durch Platzpexten geführt, so daß stets nach Bedarf und dem Ermessen der Lohnkommission mit Zustimmung des Platzdeputirten über eine Anzahl dieser Geschäfte die Bau- und Platzpexte verhängt wird, die mit aller Schärfe und aller Energie geführt werden muß. Um diesen Kämpfen stets gerüstet gegenüber zu stehen, wird die Sammlung zum Agitations- und Unterpfändungsamtes nach wie vor fortgesetzt und zwar daß jeder arbeitende Kamerad bis auf weiteres verpflichtet wird, wöchentlich mindestens 1 M. beizusteuern. Die Unterpfändung der Gewahrgelagten und Streikenden, aber nur solcher, wird in der bisherigen Weise fortgesetzt. — (Die am Schluß des zweiten Abzuges stehenden Worte sind nachträglich an stelle der mitverhändlichen des Entwurfs der Platzdeputirten gesetzt worden: „den partiellen Streik aufzuheben.“) Obß schloß sein Referat mit einer energischen Ermahnung an die Richterorganisten, sich an die Organisation anzuschließen. Man möge es als eine Warnung betrachten, daß gelegentlich der Verhandlungen vor dem Einigungsamt die Arbeitgeber an dem geringen Prozentfuß der Organisten unter den Berliner Zimmerern (33 pCt.) Anstoß nahmen, indem ihrerseits fortwährend die Befürchtung laut wurde, daß

ein großer Theil der Zimmerer bei ihren Konkurrenten für einen geringeren Lohn und täglich länger arbeiten würden, wie sie es ihren Leuten bewilligten. — Alle Redner, die an der ausgedehnten Debatte theilnahmen, sprachen gegen die Anerkennung des Schiedspruchs, und zwar wurde hauptsächlich betont, daß vor allem an der Forderung des Neunstundentages festgehalten werden müsse. Die Abweisung des Schiedspruchs erfolgte zum theil in recht scharfen Worten. Knäpper, der in der Deputirten-Versammlung als einziger für Unterwerfung unter den Schiedspruch war, ist, wie er erklärt, nach reiflicher Ueberlegung zu dem entgegengesetzten Entschluß gekommen. In ihm erregt besonders der letzte Passus des Spruches Bedenken, worin es heißt, daß die Gehilfen gehalten seien, nur dort zu arbeiten, wo die im Schiedspruch näher bezeichneten Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Die Resolution wurde hierauf noch Schluß der umfangreichen Debatte einstimmig angenommen bis auf den letzten, die Unterpfändung betreffenden Passus, gegen den sich eine Stimme erhob. Nachdem Obß und Knäpper noch zur strikten Befolgung des Beschlusses ermahnt hatten, theilte Fritzsch (Steglich) mit, daß der dortige Zimmermeister Kohnst einmündig am Montag bewilligt und am nächsten Tage schon Leute mit 50 Pf. Stundenlohn eingestellt habe. Großen Unwillen erregte die Mittheilung Obß's, bei Streich und Köppchen hätten sich die Streifbrecher mit Tauen den ausgerüstet und ein kontrollirender Arbeiter, der ruhig und besonnen austrat, sei von diesen Leuten arg geprügelt worden. Man möge sich trotz solcher Rohdthaten nicht aus seiner Ruhe bringen lassen; mit Verachtung strafe man derartige Leute am besten.

Die Versammlung für den Norden, Osten, Moabit, Reinickendorf zc., welche im Köstnerhof stattfand, war ebenfalls von weit über 1000 Personen besucht. Hier berichtete Meißner über die Verhandlungen des Einigungsamtes. Dieselben hätten gezeigt, daß die Herren Arbeitgeber nur ihr Klasseninteresse verständen, sonst nichts. Charakteristisch nannte Redner das Verhalten des Zimmermeisters Kranz, der erst brieflich die gestellten Forderungen bewilligt habe, dann sich aber mit aller Kraft vor dem Einigungsamt bemühte, der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zur Anerkennung zu bringen. Die Versammlung nahm somit im wesentlichen den gleichen Verlauf, wie die im Westen; die oben abgedruckte Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen. — Die Arbeiter wurden aufgefordert, sofort der Lohnkommission anzugehen, wo noch länger als 9 Stunden und unter 55 Pf. gearbeitet werde. Mit einem Hoch auf die Bewegung trennte man sich.

Zwei öffentliche Versammlungen der Maurer waren seitens der zentralen Richtung zum Sonntag, den 1. März, vormittags, einberufen, die sich mit der Tagesordnung: Die wirtschaftlichen Krisen und deren Folgen, Diskussion und Gewerkschaftliches beschäftigt. Außerdem lag beiden Versammlungen folgende Resolution zu grunde: „Die am 1. März tagenden öffentlichen Maurerversammlungen erkennen, daß durch die Ueberproduktion und die derselben folgenden Krisen die Lebenshaltung der Arbeiter immer tiefer herunterfällt, das Arbeitslohn sehr vergrößert und die uns dadurch erwachene Konkurrenz, verbunden mit der Profitgier des Unternehmertums, zu immer größer werdenden Arbeitsleistungen antreibt und uns der völligen Ausbeutung unserer Gegner ausliefert. Da die Bauhätigkeit wahrscheinlich in diesem Jahre eine regere wird, betrachten die Versammlungen es als Aufgabe der Berliner Maurer, ihr Augenmerk auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu richten und beauftragen ihren Vertrauensmann, mit den Vertretern der lokalen Richtung über zu stellende Forderungen an unsere Arbeitgeber in Verhandlung zu treten und das Resultat einer großer allgemeinen Maurerverammlung vorzulegen.“

In der Versammlung bei Schmidke, Stromstraße, referierte Genosse G. Faber und beleuchtete eingehend die kapitalistische Produktionsweise und ihre Wirkungen. Von einer Diskussion über den Vortrag selbst wurde Abstand genommen und nach einer kurzen Geschäftsordnungs-Debatte über die Resolution verhandelt. Kater wünscht, daß in dieser Versammlung keine Beschlüsse gefaßt werden, da man nicht wisse, was die andere Versammlung beschließt, andertheils aber sei die große allgemeine Versammlung geplant, die zu allen diesen Fragen Stellung nehmen wird. Nachdem noch verschiedene Redner dafür und dagegen gesprochen und von Fritzsch und G. H. M. p. l. die Resolution eingehend begründet worden war, wurde dieselbe in ihrem ersten Theil einstimmig, der zweite Theil gegen die Stimmen der Anhänger der lokalen Richtung angenommen.

Bei Henke in der Raumnstraße hatte das Referat Genosse Meißner übernommen, der die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter schilderte und besonders das Submissionswesen in seiner jetzigen Form geißelte. Nur eine starke Organisation sei im Stande, bessere Verhältnisse zu schaffen. Eine Diskussion über den mit Beifall ausgenommenen Vortrag wurde hier gleichfalls nicht beliebt und sofort in die Verhandlung über die Resolution eingetreten. Nach langer Debatte, an der sich eine große Anzahl Redner beider Richtungen beteiligten und von allen auf die Nothwendigkeit der beiderseitigen Verständigung hingewiesen worden war, wurde die Resolution einstimmig mit dem Zusatz angenommen, daß sich die Anwesenden verpflichten, soweit dies noch nicht geschehen, einer Organisation beizutreten. Außerdem einigte man sich dahin, nicht eher in eine Lohnbewegung einzutreten, bis zwischen beiden Richtungen in der Maurerbewegung eine Einigung in der Unterstützungsfrage erzielt ist. Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Einigkeit der Maurer Berlins geschlossen.

Zu dem Bericht der öffentlichen Maurerverammlung vom 27. Februar in der Nr. 51 des „Vorwärts“ ist richtig zu stellen, daß die zum 8. März nach dem Hauptsaal einberufene Versammlung nicht den Zweck haben soll, in eine Lohnbewegung einzutreten, sondern dazu anberaumt ist, zunächst eine Einigung der beiden Richtungen herbeizuführen, um dann event. gemeinsam Forderungen zur geeigneten Zeit stellen zu können.

Wilmersdorf. Der hiesige Arbeiterverein besprach in seiner letzten Sitzung die örtliche Lokalfrage. Zum Abschluß kam die Angelegenheit nicht, und soll erst in der nächsten Sitzung am 4. März die endgültige Entscheidung stattfinden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprachkande findet am Montag Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6—7 Uhr statt.

W. T., Schöneberg. Wir haben gegen Ihre Person gar nichts einzuwenden. Wir bedauern nur, daß Sie sich unüberlegt zu solchen Sachen hergeben. Ihren Brief haben wir einem unserer Abgeordneten zu gelegentlicher Verwendung übergeben.

G. L., Remmünster. Wenden Sie sich an Karl Scholz, Brangelstr. 32.

Haag. Der beste, freilich recht theure Kommentator für das Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz ist der von Woffe und Boedike, Leipzig, Duncker u. Humblot; die beste Lektüre ist die von Woffe, Berlin, J. Guttentag. Nr. 2 M. In nennen sind noch Kohn, das Recht der Arbeitsversicherung, der bez. Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Die billige übersichtliche Darstellung des Gesetzes ist die im Verlage der Buchhandlung Bornäns erfahrene Ausgabe zu 25 Pf. — R. A. 27. Inwiefern ein Jahressatz die Dienstverhältnisse der Wehrnachrichtlichen zurückzuführen, wenn durch Verschuldung des Dienstherrn der Dienst gelöst ist. — H. R. Wie wiederholt an anderer Stelle dargelegt, ist für die Vertretung in Unfallsachen nicht die Gewerkschaft für Rechtsanwände maßgebend. — G. S. 27. Wenden Sie sich an den Vorstand der Anwaltskammer und ersuchen Sie die Vollmacht. Gebührenanspruch hätte er und regreppflichtig wäre der Betreffende.

Buchdrucker Berlins!

Mittwoch, den 4. März, abends präzise 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

Allgem. Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort des Bundes der Berliner Buchdruckereibesitzer.
2. Diskussion.

Sämtliche Buchdrucker Berlins — Prinzipale wie Gehilfen — sind zu dieser entscheidenden Versammlung eingeladen.

Der Einberufer: **Albert Maffini.**

Achtung!

Holz- und Metallarbeiter!

Heute, Dienstag, abds. 8 Uhr, bei Rabe, Kolbergerstrasse 23:

Versammlung

d. Arbeiter d. Mühlenbau- u. Maschinenfabrik v. Kapler.
T.O.: Die Arbeitsverhältnisse in obiger Fabrik und die Arbeitseinstellung der Tischler. Pflicht eines jeden Arbeiters der Fabrik ist es zu erscheinen. [91/4] Der Einberufer.

Deutsch. Schneider- u. Schneiderinnen-Verband.

Dienstag, den 3. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Josi's Festsäle, Andreasstr. 21:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 162/13
1. Die Erzeugnisse des Streiks in der Konfektionsindustrie und wie sichern wir dieselben. Ref.: J. Timm. 2. Diskussion. Die Kollegen und Kolleginnen aller Branchen sind eingeladen. Gäste sind willkommen. Die Bevollmächtigten.

Bosamenten-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, im Lokale Busching, Neue Rossstr. 3:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beschluß über den Generalfonds und unsere nächste Lohnforderung.
2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Wahl und Verschiedenes.
Kollegen agitiert für den Besuch dieser Versammlung. 63b
Der Vertrauensmann.

Sattler!

Mittwoch, den 4. März 1896, abends 8 Uhr, bei Brochnow, Sebastianstraße 39:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Lage und welche Mittel sind zu ihrer Verbesserung nötig?
2. Unser Verlangen an die sozialdemokratische Fraktion und die Erklärung der Meister betrefis der Handindustrie. 3. Verschiedenes.
Die Lohn- und Agitations-Kommission:
J. A.: Bruno Pörsch, Staligerstraße 141a, 4 Tr.
158/15

Achtung! Gürtler. Achtung!

Große öffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 4. März 1896, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Lokale des Herrn Henke, Rannysstr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wehner über: „Was lehren uns die letzten Streiks?“ 2. Diskussion. 3. Bericht über die eingelaufenen Fragebogen.
4. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen aus folgenden Werkstätten eingeladen: Schmitz, Rannysstr. 68. Konrad, Ritterstr. 82. Pausberg, Köpnickstr. 133. Schwarz & Seehaus, Rannysstr. Frost & Söhne, Koloff & Pantje, Fricker, Lindenstr. Joseph, Ritterstr. Freie, Waldemarstr. Schäffer & Hanschler.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Der Vertrauensmann.
Richard Heinrich, Wienerstraße 61.
118/53

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Große öffentliche Versammlung

aller in der Schuhbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Mittwoch, den 4. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:
1. Der Streit in der Schuhfabrik von Eschner. 169/11
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Achtung! Gärtner! Achtung!

Oeffentliche Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung: Sind die Gärtnergehilfen Berlins u. Umgegend gewillt, ihre Lage zu verbessern? Referent: R. Millar.
Die Genossen werden gebeten, die Gärtner hierauf hinzuweisen.
J. A.: P. Abromeit.
62b

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5,

empfehlte seine
Säle 500 Personen fassend.
Neu eröffnet: Naturgarten, Sitzplätze für 300 Personen fassend.
Sonntags im April, Mai, Juni, Juli u. noch frei. 6b

Zu Versammlungen

empfehle meine Säle (100—400 Personen fassend). 44128*
Paster, Neue Königstr. 7
(nahe Königsthor)

Kranzbinderei und Blumenhandlung

Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Widmungs-Kränze, Guirlanden und Blumen,

empfehle zu den billigsten Preisen
A. Retzlaff, Kranzbinderei ein gros. Geschäftstr. 10, Ecke Hochstraße.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Glückerstraße 14,
Berlin SW. 42988*
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
Billigste (Marthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

6 Pfund Albrecht's

Brot für
50 Pfennig Bäckerei,
liefern Wrangel-Strasse 8.
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Freitag: Resterverkauf

Angewandte Malerarbeiten
Jedes Maß zu Esgrößen.
Brenner & Co.
Alte Jakobstr. 57/59.

Möbel - Ausverkauf

des Möbelhändlers Rosenhainstr. 13.
Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Möbelwerkstätten verkaufe ich mein Warenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Zum Anzuge und für Brautleute ist somit die einzig rechte Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebildet und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unangenehme Anpreisungen blenden, sondern beachte sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebrauchten Möbeln und anerkannt billigen Preisen. Durch Entzug von 3 großen Möbelkammern zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch größte Lager gebrauchter und verlegener gemauerter Möbel zu vortheilhaften Spottpreisen. Kleiderständer 18 Mark, Kuchenschrank 20 Mark, Aufstellregal 12 Mark, Kommode 9 Mark, Bett 16 Mark, Spiegel 8 Mark, Ausbaumatrasen mit Saue 60 Mark. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Quantitäten, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Mein Abnahmengeschäft. Meine Tapeten, Tischlerwerkstätten, vier große Möbelhäuser. Verkaufte Möbel können jederzeit aus meinen Lagerbeständen 3 Monate neben bleiben und werden dann durch eigenes Personal sauber transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Sophastoffe

in Typo, Damast, Cröpe, Phantastie, Gobelien und Plüsch spottbillig!
Prägen franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Rohtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise.
Sämtliche Fabrikations-Arten.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Vereinsversammlung am Mittwoch, den 4. März, fällt wegen der Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung aus.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20/21:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Partei legitimiert.
Jede Werkstatt muss vertreten sein. 91/13
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!

Folgende Werkstellen haben bis gestern, nachmittags 5 Uhr, nicht bewilligt:

- Kastenmöbel und Büffets: Kienow, Bollinerstr. 27a. Gödes, Wildenowstraße 4. Jung, Rheinsbergerstr. 56. Ahl, Schützenstr. 68. Degen, Gubenerstr. 10. Stoppert, Prenzlauerstraße 26. Grams, Koloniestraße 5. Hagenow, Waldemarstraße 28. Meier, Ballisadenstr. 47. Ediger, Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße 70. Krüger, Fischerbrücke 11. Geyer, Ruppinerstr. 9.
- Bauarbeit: Kreyman, Sebastianstr. 86. Herrgott, Wilhelmshafenstraße 28. Wagentrecht, Rummelsburg.
- Schreibische, Tische und Nähtische: Dreuse, Kallamerstr. 25. Einide, Mantuffelstr. 76. Sievert, Rüdersdorferstr. 26. Böhm, Weberstr. 52. Trompler, Rüdersdorferstr. 7.
- Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Meier, Dichtenbergerstr. 17. Loth, Pappel-Allee 5. Keutel, Stralauerstr. 85. Mühlbauer, Andreasplatz 8. Dohse, Grüner Weg 2.
- Mühlmaschinen: Frister u. Rosmann, Staligerstr. 134/135.
- Goldschleifen: Reithow u. Co., Köpnickstr. 109. Stieghahn, Waldemarstraße 14.
- Lugnumöbel: Bab, Gitschinerstr. 75. Franz, Forsterstr. 7. Freische, Oranienstr. 36. Kofe, Mantuffelstr. 57.
- Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: Fahnlow, Wasserthorstr. 9. Ferd. Voigt, Alte Jakobstraße.
- Sigmöbel: Brandt, Reichsbergerstr. 30.
- Jalousien: Steen u. Schulze, Steinwegstr. 25.
- Telephon: Trümple, Holzmarktstr. 48.
- Orgelfabrik: Cocchi Grassingna u. Vaccigalupo, Schönhauser Allee 78.
- Mühlmaschinen und Maschinenfabrik von Kappler, Pringen Allee 76—78 und (Abth. Roabit), Alt-Roabit 80.

Ferner sind am 3. März in folgenden Werkstellen Differenzen ausgebrochen:

- Hilsbeck & Kroll, Königsbergerstr. 8. Kasten. Reimann, Feilnerstraße 5. Tische. Böppner, Seydelstr. 29, Konfektionsbranche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltung Berlin Zentrum.)
Mittwoch, den 4. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokale des Herrn Bergner, Auenstraße 16:

Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Gewerkschafts-Kongress und Wahl eines Delegierten.
2. Besprechung der Bestimmungen für die Verschmelzung. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle mitzubringen. Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.
Die Versammlungen finden regelmäßig jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im obigen Lokale statt.

Metallarbeiter!

Mittwoch, den 4. März cr., abends 7 Uhr,
im Lokale von Rennfahrt, Dennewitzstr. 13:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Zustände in der Fabrik von Orenstein & Koppel, Tempelhof.
2. Die gegenwärtige Lohnbewegung der Metallarbeiter.
Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen der Firmen: Orenstein & Koppel, Tempelhof. Pfeifer & Druckmüller, Schöneberg. Brass & Hortstot, Kreuzbergstr. 42a. Mix & Genest, Bülowstr. 67. Dr. Aron, Lühnowstr. 6. Marcus, Lühnowstr. 6. Krüger, Lühnowstr. 6. Pionierwerth, Sturfsrübenstr. 32.
Herr Ingenieur Runze von der Firma Orenstein u. Koppel ist gleichfalls eingeladen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N., Antlamerstraße 44.
118/8

Achtung! Steinarbeiter Berlins u. Umg.

Dienstag, den 3. d. Mts., abends 7 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns zu dem diktatorischen Verhalten der Meister den Gesellen gegenüber in der letzten Innungsversammlung? 2. Stellungnahme zur Arbeitsniederlegung der Kollegen in Bunzlau und den Steinbrüchen. 3. Verschiedenes. 172/20
Zu betrachten der wichtigen Tagesordnung wird ein jeder Kollege ersucht, zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.